Nr. 172. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montag.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die englische Antwort.

London, 23. Juli. (Eig. Ber.)

Nach den Perspektiven unerhörten Wettrüstens, die Churchills gestrige Flottenrede einer staunenden Welt eröffnete, erscheint die lumpige Million Pfund Sterling des Nachtragsetats wie ein Körnchen Sand gegenüber einem Chimborasso. Der gelinde Zweifel der englischen Imperialisten, ob Churchill denn auch wirklich endgültig einer der ihren geworden sei, brauchte nicht lange zu dauern, und sie sind für ihre Aengstlichkeit reichlich entschädigt worden. Mit dieser Unterhausrede hat Churchill auf das bündigste bewiesen, daß es keine leere Drohung war, als er im März dieses Jahres die deutsche Regierung vor die Alternative stellte, entweder eine allgemeine Pause in dem Wettrüsten eintreten zu lassen oder aber durch beispiellose Neurüstungen Englands hoffnungslos überholt zu werden. Hätte die Beweiskraft der Logik irgendwelchen Einfluß auf die deutsche imperialistische Politik, dann müßte jetzt wenigstens mit der albernen Hoffnung aufgeräumt werden, England könne in dieser wahnsinnigen Hetze zuerst erlahmen und Deutschland gegenüber ins Hintertreffen fallen. Die Aussichten, die Churchill unter dem fortdauernden Beifall der überwältigenden Mehrheit des Unterhauses mit ruhiger Sachlichkeit und zahlenmäßiger Genauigkeit eröffnete, wären noch vor fünf Jahren jedem phantastisch erschienen. Aber auch noch nie hat eine Ministerrede den ganzen verbrecherischen Wahnsinn des internationalen Wettrüstens und Imperialismus in so erschreckender Weise offenbart. Und gewiß ist auch das noch nicht das letzte Wort des Imperialismus. Bisher erschollen von England her gelegentlich Kassandrarufe über die Folgen dieses Wahnes. Heute stecken auch die englischen Minister den Kopf in den Sand und eilen wie die andern mit fatalistischem Stumpfsinn den Abgrund hinab.

Wir treten also wieder einmal in eine neue Epoche des wahnsinnigen Wettrüstens, die dazu nicht einmal ausschließlich von der deutsch-englischen Rivalität beherrscht sein wird. Die Flottenschwärmer Großbritanniens haben einen neuen Feind entdeckt — oder gar gleich zwei: Oesterreich und Italien. Und für das Bestehen der österreichischen und italienischen Gefahr kann man mit denselben plausibel klingenden Argumenten operieren, als für das Bestehen der deutschen Gefahr. Denn müssen nicht 60 Proz. der Lebensmittel, die nach Großbritannien eingeführt werden, das Mittelländische Meer passieren? Zwar wies Herr Churchill und auch der Premierminister darauf hin, wie unwahrscheinlich es sei, daß Oesterreich und Italien in einem Kriege gegen England als Verbündete auftreten würden; aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß sich die mächtigen Interessen, die in Großbritannien hinter der Flottenagitation stehen, durch derartige Einwände, die bei dem in der Geschichte entfernter Staaten schlecht bewanderten englischen Volk auf wenig Verständnis stoßen werden, in ihrer Agitation werden irre machen lassen. Schon seit März, seit dem Zurückziehen des alten englischen Geschwaders von Malta, wird die „Mittelländische Frage" von den Jingo-Organen nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet. Es hat sogar den Anschein, als habe die Admiralität diese Frage eigens aufgerollt, um ihren öffentlichen Wortführern neuen Agitationsstoff zu liefern, nachdem die „deutsche Gefahr" durch übermäßigen Gebrauch etwas fadenscheinig geworden ist. Jedenfalls ist es recht sonderbar, daß die Admiralität Monate, bevor das neue Kreuzergeschwader für Malta fertig sein kann, die Schlachtschiffe von Malta abberuft und dadurch das Geschrei über die Preisgabe der Machtstellung Englands im Mittelländischen Meere verursacht.

Herr Churchill ist wie Wachs in den Händen seiner Ratgeber. Deshalb wird er auch von den Reaktionären gelobt, als wäre er einer der ihren, was im Grunde genommen heute auch wieder zutrifft; denn trotz seines fortschrittlichen Intermezzos hat er seine ursprüngliche konservative Gesinnung doch nie aufgegeben. Selbst als er sich als der Radikalste unter den Radikalen aufspielte, hatten ihn seine neuen liberalen Freunde doch immer im Verdacht; die Familie Churchill hat einen üblen Ruf in der englischen Geschichte. In seiner neuen Stellung als Marineminister kann nun er, der trotz seiner Jugend schon so viele Ressorts durchlaufen hat und von allem nur etwas versteht, seinen Herzensneigungen ungestört nachgehen. Ein Passus aus seiner Rede ist dafür lehrreich, wie die Admirale und Kapitäne seines Ressorts den jungen Minister einexerzieren. „Der Minister", so führte er aus, „der für die Zeit dem Hause für die Geschäfte der Admiralität verantwortlich ist, wird direkt sehr ernsthaften und sehr bestimmten Tatsachen gegenübergestellt. Es ist dem Hause sehr leicht, den Minister zu wechseln; es ist einer Partei sehr leicht, einen Wortführer zu wechseln: aber durch das Wechseln eines Ministers oder eines Wortführers verändert man nicht die Tatsachen. (Beifall bei der Opposition.) Da sind sie und marschieren auf einen zu und irgendeiner muß sich irgendwie mit ihnen befassen, so unangenehm sie auch sein mögen, so unangenehm die Konsequenzen auch sein mögen." Häufiger lauter Beifall der Konservativen lohnte die lange Rede Churchills, während seine Parteifreunde meist stumm dasaßen.

Höchst auffallend war das Verhalten der linksliberalen Sparsamkeitsapostel, der „little Englanders", wie sie auch heute noch manchmal spöttisch von den Konservativen genannt werden. Herr Murray Macdonald, der früher einmal 140 Freunde im Parlament hatte, ist verstummt. Es heißt zwar, es habe im Kabinett ein gewaltiges Ringen zwischen Lloyd George und den Whigs stattgefunden, die jetzt die liberale Partei Großbritanniens wieder vollständig beherrschen. Es wurden sogar Gerüchte laut, der Schatzkanzler wolle demissionieren. Diese Geschichten sind aber wohl nur in die Welt gesetzt worden, um den Rückzug der Radikalen zu decken. Man will den unter der Last der Rüstungen seufzenden liberalen Arbeitern und Kleinbürgern den Trost geben, sie hätten noch wackere Kämpen im Kabinett, die schließlich alles zum Besten wenden würden. Man nennt auch die Rede und die Vorschläge Churchills ein Kompromiß zwischen den beiden Flügeln der liberalen Partei. Wenn das ein Kompromiß ist, wie würde dann erst eine Niederlage der Radikalen ausgesehen haben? Die Wahrheit ist, daß die radikalen Elemente der liberalen Partei einen ernstlichen Kampf gegen die Whigs aufgegeben haben. Die Leute unter ihnen, die sich nicht beruhigen lassen wollen, werden mit „Tatsachen" totgemacht. Es war sicher kein bloßer Zufall, daß bei den Flottenmanövern letzte Woche die wesentlich schwächere „feindliche Flotte" einen bedeutenden Erfolg erzielte und die Möglichkeit einer Landung großer Truppenkörper an der Ostküste demonstrierte. Würde diese Landung wohl geglückt sein, wenn dieser „feindliche Erfolg" nicht so vorzüglich in die Propaganda der patriotischen Lärmmacher gepaßt hätte?

Die Rede Churchills hat die Drohung der am Horizont der internationalen Politik lagernden schwarzen Wolken nur akzentuiert. Fürchterlich und unerträglich wird der Alpdruck der Rüstungen. Herr Balfour ist der Ansicht, daß die Kriegsgefahr bei den bestehenden Defensivbündnissen und Ententen immer geringer wird, weil keine einzelne Macht es wagen würde, eine Mächtegruppe anzugreifen, und daß sich kein Staatsmann finden wird, der die furchtbare Verantwortlichkeit eines Weltkrieges auf sich nehmen würde. Man wünschte, man könnte diesem Propheten glauben. Die englischen Linksliberalen hoffen noch immer, daß es gelingen wird, die deutsch-englische Rivalität, die der Angelpunkt der internationalen Politik ist, in friedliche, harmlose Bahnen zu lenken. Die Lebensinteressen beider Völker fordern diese Lösung der bestehenden unerträglichen Spannung. Und doch hieß es sich selbst betrügen, wollte man die Schwierigkeiten, die dieser Lösung im Wege stehen, verkennen. Die Reaktionäre Großbritanniens brauchen die „deutsche Gefahr" ebenso notwendig, wie die Reaktionäre Deutschlands die „englische Gefahr" brauchen. Und die englischen Liberalen sind in internationalen Fragen den Reaktionären zuzurechnen. Man beobachte nur, wie die Whigs erschrecken, sobald die Jingos ihr Indianergeheul anstimmen, wie sie vor den Hurrapatrioten meist ohne Schwertschlag kapitulieren. Sie wissen recht gut, daß die patriotische Phrase die einzige Karte ist, die die Konservativen mit sicherem Erfolge gegen sie ausspielen können. Das Charakteristische an der auswärtigen Politik der liberalen englischen Regierung ist daher, daß diese Politik von Liberalen gemacht und von Konservativen applaudiert wird.

Die bürgerliche Opposition gegen den Marinemoloch hat in England ganz versagt. Allein die organisierte Arbeiterschaft leistet ihm nunmehr als ernst zu nehmende geschlossene Körperschaft Widerstand. Genosse Macdonald erklärte im Parlament, daß die Arbeiterpartei gleich der deutschen Sozialdemokratie, die alle Ansprüche des Militarismus und des Marinismus zurückweise, gegen die zur Beratung stehende Forderung stimmen werde. In dieser prinzipiellen Ablehnung und Bekämpfung des Imperialismus liegt heute die einzige, aber auch die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens und die Ueberwindung der gespannten Beziehungen. Unsere Gegner mögen heute über die zum Frieden zwingende, unermüdlich organisierende und erziehende sozialistische Weltbewegung lächeln. Wir können uns nur gratulieren, daß wir solche kluge Gegner haben und ihnen das Lächeln gönnen; denn, wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Eine zweite Flottendebatte.

London, 24. Juli. Unterhaus. Die Abstimmung über den Flottennachtragsetat gab Anlaß zu einer allgemeinen Debatte über die Erklärungen des Marineministers Churchill vom 22. Juli. Neue Tatsachen wurden nicht vorgebracht, aber Churchill setzte verschiedene Punkte auseinander, gegen die sich die Kritik gerichtet hatte. Der Unionist Pretyman erklärte, der Geist, in dem viele Mitglieder den Etat betrachteten, wäre von dem Wunsche eingegeben, dem Beispiel des deutschen Reichstages zu folgen und den Etat ohne Debatte anzunehmen. Wenn sie auch sicher wären, daß die genügende Vorsorge getroffen wäre, so zweifle er persönlich doch daran, ob diese Vorsorge ausreichend sei. Es wäre klar, daß 33 englische gegen 25 deutsche Schiffe in voller Dienstbereitschaft nicht einen Sicherheitsüberschuß von 60 Prozent darstellen. Churchill unterbrach hier und sagte: Es hat niemand behauptet, daß wir einen Sicherheitsüberschuß von 60 Prozent in voller Dienstbereitschaft haben sollen. Pretyman fragte darauf: Betrachtet die Admiralität 33 gegen 25 für einen genügenden Sicherheitsüberschuß? Churchill erwiderte: Allerdings. Wir werden für das Jahr 1914 eine genügend große Seemacht haben. Pretyman erwiderte, er betrachte den Sicherheitsüberschuß als zu klein.

Churchill ergriff dann das Wort zu einer längeren Rede, in der er den kritischen Ausführungen entgegentrat. Er bekämpfte die Behauptung, daß England in naher Zukunft nur einen Sicherheitsüberschuß von 4 Schiffen in der Nordsee haben werde. In Wirklichkeit habe England 33 Schlachtschiffe in voller Dienstbereitschaft zu einer Zeit, wo Deutschland deren 25 habe, und England würde ein fünftes Schlachtschiffgeschwader von 8 Schiffen haben, die vollständig mit aktiven Mannschaften besetzt sein würden, gegenüber 4 deutschen Reserveschiffen. England würde also 41 Schlachtschiffe haben, während Deutschland insgesamt 29 zur Verfügung ständen. Es sei ganz richtig, daß 8 von den 41 Schiffen in Gibraltar wären, aber diese würden sich sehr häufig in den heimischen Gewässern aufhalten, und es werde so eingerichtet werden, daß sie dann in der Heimat sein würden, wenn ihre Gegenwart erforderlich erscheinen könnte. Deshalb spreche ich auch, fuhr Churchill fort, von einem englischen Minimum und einem absoluten Maximum, das auf Seiten Deutschlands verfügbar sein könnte. Wir sind der Ansicht, daß dieser Sicherheitsüberschuß vollständig ausreichend ist, wenn wir alles berücksichtigen, das Durchschnittsmoment, das Auslesemoment und die Qualität der Geschwaderschiffe auf beiden Seiten. Hinsichtlich des Baues der Dreadnoughts erwarte die Regierung, im letzten Viertel 1913 18 Dreadnoughts zur Verfügung zu haben, während Deutschland nur 13 haben würde. Im letzten Viertel 1914 würden England 24 und Deutschland 16 haben, und im letzten Viertel 1915 würden England 27 und Deutschland 17 haben. Von dieser Aufstellung schließe er die Kreuzer aus.

Churchill beschäftigte sich weiter mit dem Argument, daß die Ueberführung von vier Dreadnoughts und Kreuzern in das Mittelländische Meer eine Verkürzung der heimischen Flotte um vier Schiffe in sich schließe. Mit dem 60 Prozent-Sicherheitsüberschuß wäre stets die Deckung eines gewissen Betrages der englischen überseeischen Verpflichtungen beabsichtigt gewesen. Diese Verpflichtungen seien niemals genau bestimmt gewesen, es sei vielmehr klar, daß in gewissen Fällen eine Verstärkung der Flotte eintreten müsse. In dem Augenblick, wo andere Mächte in ihrer Stärke im Mittelmeer eine neue große Entwickelung oder eine sehr schnelle Entfaltung zeigen würden, sei die Notwendigkeit für England gegeben, seine Streitmacht im Mittelmeer, möglicherweise durch Veränderung ihrer Zusammensetzung und durch Schaffung eines Dreadnoughtgeschwaders zu verstärken. (Widerspruch und Beifall.) Das könne notwendig werden, aber dieser Fall sei noch nicht eingetreten, und so werde es ganz leicht sein, dieser Lage auf verschiedene Weise Rechnung zu tragen. In Beantwortung des Vorwurfs, daß die Admiralität nichts tue, um der veränderten Situation Rechnung zu tragen, führte Churchill aus, daß England in diesem Jahre 45 Millionen Pfund Sterling aufwende und im nächsten Jahr noch mehr aufwenden werde. In diesem Jahre habe Deutschland zwei neue Schiffe auf Kiel gelegt, während England vier auf Kiel lege; im nächsten Jahre solle, wie berichtet werde, Deutschland ein Extraschiff auf Kiel zu legen beabsichtigen. England werde dann zwei Extraschiffe bauen. Der Hauptgrundsatz des deutschen Flottengesetzes sei die Schaffung eines dritten Schlachtschiffgeschwaders, welches gegen Ende 1914 in Dienst gestellt sein werde; England werde dann bereits das neue Geschwader besitzen, das, soweit die Ueberdreadnoughts in Betracht kämen, in der ganzen Welt unerreicht dastehe. **Wir sind Herren der Situation, und Panik oder Alarm ist unnötig.** (Beifall auf den Bänken der Ministeriellen.) Churchill schloß: Es ist vollständig unser eigner Fehler, wenn wir nicht imstande sind, uns in der Zukunft die erforderlichen Sicherheitsüberschüsse zu verschaffen. Wenn die Forderungen vom Hause angenommen werden, so werden wir die für unsere Zwecke ausreichenden Sicherheitsüberschüsse im Jahre 1914 haben. Im Jahre 1915 werden wir nicht schlechter gestellt sein als 1914, und 1916 wird eine leichte Aufwärtsbewegung zu unseren Gunsten im Verhältnis der Schiffe stattfinden. Jetzt kann keine Entwickelung eintreten, die für das Jahr 1914 in Betracht kommt, und jeder neuen Entwickelung, die für 1915 und 1916 in Betracht kommen kann, kann wirksam entgegengetreten werden, sobald sie bekannt wird.

In der Diskussion erweckte nur die Rede des Liberalen Sir Compton Rickett großes Interesse, der ausführte, er stimme der Erklärung der Regierung nicht zu, daß England nicht einem Bündnis zwischen Italien und Oesterreich würde gegenübertreten müssen. Diese Länder seien Mitglieder des Dreibundes und der Druck, den Deutschland auf sie ausüben könnte, um eine Ablenkung von der Nordsee zu schaffen, möchte vielleicht zu stark sein. Die Verhältnisse seien derart, daß England eben mehr tun müsse, als es tue, und es müsse den Tatsachen zuvorkommen, denen es wahrscheinlich im Herbst oder im nächsten Jahre gegenüberstehen werde. **Deutschland habe England eine Herausforderung geschickt und England müsse sie entschlossen und bestimmt annehmen.**

Darauf wurde ein Antrag der Radikalen, den Kostenanschlag für Neubauten herabzusetzen, mit 281 gegen 32 Stimmen abgelehnt und der Kostenanschlag bewilligt.

Die Reichsverteidigung.

London, 25. Juli. Unterhaus. Premierminister Asquith gab bei der Beratung des Etats des Reichsverteidigungsausschusses einen Ueberblick über die Tätigkeit dieses Ausschusses, der in vier ständig tagende Unterausschüsse zerfalle. Der erste sei der Ausschuß für Verteidigung der heimischen Häfen, der zweite befasse sich mit den überseeischen Angelegenheiten, der dritte, dem er die größte Bedeutung zumesse, habe sich mit den Kriegsangelegenheiten zu befassen und bereits ein Buch ausgearbeitet, das jedem Departement für den Fall eines Krieges seine Tätigkeit und den Bereich seiner Verantwortung zuweise; der vierte Ausschuß beschäftige sich mit der Militär- und Marineluftschiffahrt.

Asquith betonte, daß der Reichsverteidigungsausschuß nicht in die Verantwortung des Kabinetts hinsichtlich der Politik eingreife, und fuhr fort: Obwohl der Ausschuß nicht die Politik bestimmt, wird er doch in seinen Entschließungen notwendig geleitet durch die Rücksichnahme auf unsere internationalen Beziehungen. In dieser Hinsicht hat sich, seitdem wir zur Regierung gelangten, kein irgendwie gearteter Wechsel in der Politik vollzogen. Ich erkläre das mit dem größten Nachdruck. Unsere internationalen Beziehungen werden

jetzt ebenso wie für den größten Teil der letzten zehn Jahre nach vollkommen abgegrenzten und bestimmten Richtlinien geleitet. Sie sind während dieser ganzen Zeit weder nach rechts noch links abgewichen. Welches sind diese Richtlinien? Wir pflegen mit wachsender Herzlichkeit auf beiden Seiten unsere internationalen Freundschaften. Sie haben die Prüfung der Zeit, und zwar sowohl die Prüfung schlechten wie guten Wetters bestanden, und ich stehe nicht an zu behaupten, daß viele Fragen, die, wenn sie vor zehn oder fünfzehn Jahren aufgetaucht wären, die Ursache von Reibungen, möglicherweise von Mißstimmungen und noch schlimmeren Dingen abgegeben hätten, glatt einer gegenseitigen gütlichen Verständigung gewichen sind und ohne Trübung auf der einen oder anderen Seite beigelegt worden sind. Aber denken sie an das, was mitunter von denen vergessen wird, die unsere auswärtige Politik kritisieren. Diejenigen Mächte, die mit uns in besonderen Freundschaftsbeziehungen gestanden haben und glücklicherweise noch stehen, sind die Mächte, mit denen wir in verschiedenen Teilen der Welt in enge und intime Berührung gebracht sind, mit unendlichen Möglichkeiten, wie die Vergangenheit gezeigt hat, nicht nur von Reibung, sondern auch von Gereiztheit und Feindseligkeit, wenn unsere Beziehungen eben nicht die wären, die sie sind. Zwischen uns und jenen Großmächten, mit denen wir ständig in enge Beziehung gebracht werden, ist die Geschichte der letzten acht Jahre, wie ich mit Befriedigung feststelle, eine Geschichte des wechselseitigen Verstehens, des Freiseins von Reibungen und der wachsenden Herzlichkeit und Loyalität. Wenn ich sage, „die Mächte, die glücklicherweise mit uns in diesen intimen Beziehungen stehen", so erkläre ich zugleich, wie ich schon mehr als einmal getan habe, daß unsere Freundschaft mit ihnen in keiner Weise ausschließliche Freundschaften sind. (Beifall.) Ich sage es mit Ueberlegung, daß wir keinen Anlaß haben und, so viel ich weiß, keine Gelegenheit für einen Zwist mit irgendeinem Lande in irgendeinem Teile der Welt. (Beifall.) Wir blicken ohne geringsten Argwohn und Unzufriedenheit, im Gegenteil, mit Gleichmut und mehr als Gleichmut auf solche besonderen Unterredungen und Meinungsaustausche, wie sie z. B. zwischen Rußland und Deutschland stattgefunden haben. Unsere Beziehungen zu dem großen deutschen Reich sind in diesem Augenblick, wie ich mich freue sagen zu können, Beziehungen vollkommener Freundschaft und vollkommenen guten Willens, und ich bin gewiß, daß sie wahrscheinlich so bleiben werden.

Lord Haldane machte im Anfang des Jahres in Berlin einen Besuch. Er trat in Unterredungen und Meinungsaustausche ein, die seither auf beiden Seiten im Geiste vollkommener Offenheit und Freundschaft fortgesetzt worden sind, und ich freue mich sagen zu können, daß wir den Vorteil der Teilnahme des ganz ausgezeichneten Diplomaten haben, den der Kaiser in dies Land gesandt hat. (Beifall.) Ich sage, unsere Freundschaften sind in keinem Sinne ausschließliche Freundschaften, und das aus sehr guten Gründen. Das größte Interesse Großbritanniens ist der Friede der Welt. Wenn unglücklicherweise hier wie überall sonst die Ausgaben für Rüstungen in beklagenswerter Weise wachsen, so gibt es keine Macht der Welt, die nicht ganz genau weiß, daß, soweit wir in Betracht kommen und soweit wir gezwungen werden, an diesen Ausgaben teilzunehmen, wir keinen agressiven Zweck verfolgen. (Beifall.) Wir begehren keinen Gebietszuwachs. Wir haben weder den Wunsch noch fühlen wir uns versucht, das Gebiet unserer Verantwortlichkeiten irgendwie zu erweitern.

Diese Verantwortlichkeiten erstrecken sich über die ganze Welt. Wenn wir gezwungen sind, die Fonds, die wir jetzt auf die Erhaltung insbesondere unseres Uebergewichts zur See verwenden, anderen ergiebigen vorteilhafteren Zwecken zu entziehen, so wird diese Ausgabe von uns einfach als eine notwendige Versicherung der enormen inneren und äußeren Interessen angesehen, deren getreue, wachsame Hüter Regierung und Parlament sind und sein müssen. (Beifall.)

Wahlvorbereitungen in Württemberg.

Das Wahlabkommen, das die Volksparteiler und die Nationalliberalen in Württemberg für die bevorstehenden Landtagswahlen getroffen haben, ist in der liberalen Presse als eine Ruhmestat gepriesen worden, die beweise, daß der liberale Gedanke in Württemberg festeingewurzelt sei und auch in der Zukunft das Schwabenland beherrschen werde. Man kann es begreifen, wenn gewandte Zeitungsschreiber aus der Not eine Tugend machen und einen Akt, der ein greifbar deutliches Zeichen der Angst und Schwäche ist, als einen Beweis überschäumender Kraft und Prinzipientreue darzustellen sich bemühen. Nur steht der wenig günstige Ruf, in den sich die schwäbischen Demokraten mit den Jahren gebracht haben, und der noch viel schlechtere, in dem die Nationalliberalen vom Schlage des „Schwäbischen Merkur" stehen, derartigen Schönfärbereien einigermaßen hinderlich im Wege. Wenn der eine der beiden Bundesgenossen nur mit großen Opfern und vieler Mühe davon zurückgehalten werden kann, den Anschluß rechts zu nehmen, und wenn er trotz aller Opfer bereits mit einem halben Fuß im schwarz-blauen Lager steht, dann sind die überspannten Redensarten von der „Ausbreitung und Befestigung des Gedankens der liberalen Gemeinbürgschaft", wie sie z. B. auch in der „Frankfurter Zeitung" zu lesen waren, doch ziemlich gewagt. Es bleibt nämlich dabei, daß die Nationalliberalen sich durch die liberale Gemeinbürgschaft nicht abhalten lassen, im Bezirk Leonberg gegen die Volkspartei und für den konservativen Bündler einzutreten, wofür sie sich die ihnen von der Volkspartei überlassene Kandidatur in Besigheim durch die Bündler unterstützen lassen. Auch der Kampf, den die Nationalliberalen in Tübingen-Land — wahrscheinlich mit bündlerischer Hilfe — gegen die Volkspartei eröffnet haben, stört die Gemeinbürgschaft nicht. Den Protestkundgebungen, die vereinzelt von Volksparteilern, die sich in der neuen Lage noch nicht zurechtfinden können, erlassen werden, schenkt die Parteileitung kein Gehör. Während der Abg. Haußmann, der volksparteiliche Führer bei den Verhandlungen, behauptete, die Vertrauensmänner der einzelnen Bezirke seien zu Rate gezogen worden, meldet sich jetzt ein Bezirk nach dem anderen und erklärt, die Vertrauensleute wüßten von nichts. Aus Maulbronn kommt die öffentliche Anfrage, warum dieser Bezirk der nationalliberalen Partei zugeteilt sei, „welche im Bezirk faktisch gar nicht existiert". Diese unbequemen Kritiker werden indessen bald zur Ruhe gebracht sein. In Reutlingen-Land, von wo zuerst mit einer Protestkandidatur gegen die Nationalliberalen, die vertragsmäßig hier den Kandidaten stellen, gedroht wurde, haben die volksparteilichen Helden schon eingelenkt, obgleich der Nachbarbezirk Tübingen-Land ist, wo die Nationalliberalen gegen die Volkspartei vorgehen.

Die innere Zerfahrenheit beider liberalen Parteien tritt mit aller Schärfe bei der Auswahl der Kandidaten zutage. Bisher schon befand sich in den Reihen der Volkspartei so mancher Kämpe, der selbst nicht recht weiß, wie er in diese Partei geraten ist. Wenn irgendwo ein volksparteiliches Mandat gefährdet war, so fragten sich die Parteiführer nicht, wo ist ein überzeugungstreuer, befähigter Fortschrittler?, sondern: wo ist eine einflußreiche Bezirksgröße mit möglichst großer Verwandtschaft? Sie gerieten auf diese Weise des öfteren an Männer, denen tags zuvor dieselbe Kandidatur vom Bunde der Landwirte oder von den Nationalliberalen angetragen worden war, und die schließlich derjenigen Partei sich zur Verfügung stellten, unter deren Flagge sie am sichersten zu der Ehre des Bezirksabgeordneten zu kommen hofften. So geht's auch jetzt wieder. Unter den neuen Kandidaten ist so mancher, der sich nie Gedanken gemacht hat über Wesen und Unterschiede der politischen Parteien und der erst am Tage seiner Aufstellung seine Partei wählt. Je weniger der Kandidat politisch sich festgelegt hat, um so mehr wird er aus anderen bürgerlichen Lagern gute Freunde anziehen — so rechnet man. Wohin aber dieses Verfahren dann im Parlament führt, das konnten die Leiter der Volkspartei im letzten Landtage erfahren, als bei verschiedenen Gelegenheiten aus den Kreisen der „fortschrittlichen" Volkspartei wahrhaft hinterwäldlerische Anschauungen entwickelt und — wie beim Schularztgesetz — die Bündler an sozialpolitischem Verständnismangel von manchem Volksparteiler übertroffen wurden. Auch jetzt wieder sucht man nicht nach erprobten Parteimitgliedern, sondern nach „beliebten" Männern. Herrn v. Payer, der endgültig aus dem Landtag ausscheidet, soll ein Fabrikant Groß ersetzen, der nie der Volkspartei angehört hat, im Falle seiner Wahl der Fraktion als Gast beitreten will und sich vorbehält, später Vollmitglied zu werden. Ein Zeichen, daß die „Gemeinbürgschaft" selbst in der Stadt Reutlingen sich vor der Sozialdemokratie nicht mehr sicher fühlt! Denn der Mann soll mit der Erklärung: „Ich gehöre keiner Partei an," unschlüssige Wähler angeln. In früheren Jahren antwortete die volksparteiliche Agitation auf die Erklärung: Ich gehöre keiner Partei an: „Dann gehörst du auch nicht in den Landtag." Aber das war damals! In der Stadt Ludwigsburg hat die Volkspartei den konservativ gerichteten Oberbürgermeister Dr. Hartenstein auf den Schild erhoben, der mit ihr genau so wenig geistig gemeinsam hat wie mit der Sozialdemokratie. In Schondorf präsentiert sie den Reichstagsabg. Gunzer, dessen Parteizugehörigkeit datiert vom Tage seiner Erwählung zum Reichstagskandidaten. Bei den Nationalliberalen entscheiden zum Teil dieselben Gesichtspunkte bei der Kandidatenauswahl. In Göppingen erkoren sie den Oberbürgermeister Dr. Keck. Als Keck vor wenigen Jahren sich um die Stadtvorstandsstelle bewarb, zwangen ihn die Nationalliberalen zu der Erklärung, daß er sich nicht um ein parlamentarisches Mandat bewerben werde; jetzt wurde Keck auf Antrag derselben Nationalliberalen von seinem den Gemeindewählern gegebenen Versprechen entbunden! Vor einem Jahre war Keck volksparteilicher Kandidat bei der Stuttgarter Stadtvorstandswahl, die Nationalliberalen lehnten ihn ab! Der schon genannte Dr. Hartenstein war vor einem Jahr nicht nur den Volksparteilern, sondern selbst den Nationalliberalen zu wenig fortschrittlich. Jetzt ist er „fortschrittlicher" Kandidat! In anderen Bezirken präsentieren die Nationalliberalen Kandidaten, für die sie zugleich die bündlerischen Wähler gewinnen wollen. Der frühere Abgeordnete, jetzige Regierungsdirektor v. Hieber will die Kandidatur in seinem alten Bezirk Welzheim nicht früher annehmen, bis die Bündler seine Unterstützung versprechen. Diese aber machen noch mürrische Gesichter, stellen vereinzelt sogar den Nationalliberalen Drohkandidaten gegenüber, die zum Teil den Zweck haben, die Nationalliberalen im zweiten Wahlgang zu den weitgehendsten Konzessionen zu zwingen.

Das Zentrum sucht mit Silbenstecherei den Schein zu erwecken, als ob es ohne jede Verbindung mit den bündlerischen Konservativen in den Kampf einträte. Es stellt aber zugleich fest, daß es, abgesehen von seinen sicheren Bezirken, fast überall sofort für die Konservativen eintrete, selbst da, wo seine Stimmenzahl viel stärker sei als die der Konservativen, wo aber die Aussicht auf einen Zentrumssieg fehle. Nur in einem Bezirk wird den Konservativen ein Zentrumskandidat gegenübergestellt werden, in Neckarsulm.

Im ganzen machen die bisherigen Vorbereitungen den Eindruck kleinlicher Mandatangst und Mandatsschachers. Für unsere Parteigenossen, die neben den bisherigen Abgeordneten, alte tüchtige, in der Agitation erprobte Vertreter unserer Sache aufstellen, bietet sich die beste Gelegenheit, nach allen Richtungen kräftig auszuholen und den großen Unterschied zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Wahlagitation den Wählern zum Bewußtsein zu bringen.

Der Krieg.

Die türkischen Wirren.

Wie vorauszusehen war, fängt das neue Kabinett, ehe es vollständig gebildet ist, an, wieder auseinanderzufallen. Der Marineminister Mukhtar Pascha soll schon wieder zurückgetreten sein. Dabei vertiefen sich die inneren Gegensätze immer mehr. Das jungtürkische Komitee kämpft gegen die konservativen Parteien und das neue Ministerium, die politischen Offiziere werden von den angeblich unpolitischen Offizieren auf das erbitterste befehdet, und die Albanerhäuptlinge, mutig gemacht durch das zurzeit in Konstantinopel gezeigte Entgegenkommen, erheben mit umso größerem Nachdruck ihre nationalen Forderungen. Und das alles geht vor sich in Kriegszeiten. Wenn die militärische und politische Situation für Italien nicht so verzwickt wäre, könnte es sich die Selbstzerfleischung der Türkei sehr zunutze machen.

Die Vorgänge im neuen Ministerium.

Wien, 24. Juli. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" ist Mukhtar Pascha zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wird wahrscheinlich ein Marineoffizier ernannt werden. Die heutige Komiteesitzung verlief stürmisch.

Konstantinopel, 24. Juli. Der heute abgehaltene Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit den Vorgängen in Albanien. Es wurde endgültig die Entsendung einer Mission nach Albanien beschlossen. Derselben gehören folgende Albanier an: Der frühere Wali von Saloniki, Senator Reschid Akif Pascha, der frühere Gouverneur von Taschlidscha, Daniel Anieh Bey und General Suleiman Pascha. Auch der Deputierte von Durazzo, Essad Pascha, wird sich der Mission, die morgen die Reise antreten wird, anschließen.

An Stelle Fazil Paschas ist der Kommandant des ersten Korps Zeki Pascha zum Kommandanten der Truppe in Albanien ernannt worden.

Kampf zwischen Parlament und Offiziersliga.

Konstantinopel, 25. Juli. In der Kammer teilte der Präsident mit, daß ein Offizier gestern abend in seinem Hause einen von der Offiziersliga unterzeichneten Brief hinterlassen habe, in welchem die Schließung der Kammer binnen 48 Stunden verlangt werde. Der Präsident erklärte unter anhaltendem begeisterten Beifall der Abgeordneten, er werde seine patriotische Pflicht tun.

Der Text des Briefes, der von der Offiziersliga an den Präsidenten der Kammer gerichtet wurde, lautet:

„Nach so vielen schlechten Taten, die Ihr im Komitee sowie in der Kammer begangen habt, hat unsere Liga von Euren Schritten und Intrigen erfahren, die Ihr beim Sultan unternommen habt. Diese Taten verdienen die schwersten Strafen, aber da wir uns nicht mit schmutzigem Blut beflecken wollen, so halten wir es für notwendig, Euch zu benachrichtigen, daß Ihr beweisen müßt, daß Ihr nicht aufhalten, sondern erleichtern wollt die Erfüllung des dringendsten Wunsches der Nation und der Armee, nämlich die Auflösung der Kammer oder vielmehr des Klubs, dieses Theaterklubs. Wenn Ihr nicht in 48 Stunden so handelt, so benachrichtigen wir Euch, daß wir unsere patriotische Pflicht vollständig erfüllen werden."

Die Verlesung des Ultimatums der Militärliga rief eine stürmische Debatte hervor. Der Vorsitzende der jungtürkischen Partei erklärte: Die Kammer wird bis zum letzten Atemzuge bleiben, denn sie ist der wahre Träger der öffentlichen Meinung und gehorcht nur ihrem Gewissen. Wir weisen den Vergleich mit einem Theater zurück. Der im Namen der Liga abgesandte Brief berührt nicht die ganze Armee. In dem Augenblick, wo der Feind vor die Tore der Stadt kommt, sollte die Armee ihre Waffen gegen den Feind, der von außen kommt, und nicht gegen die Abgeordneten gebrauchen. Omer Nadji rief in lebhafter Erregung aus: Die Kammer fürchtet den Tod nicht. Bis jetzt hat noch kein türkischer Offizier die Feigheit begangen, einen anonymen Brief abzuschicken. (Bravo!) Wir werden siegen oder sterben. (Frenetischer Beifall. Rufe: Wir werden alle sterben.) Mehrere Abgeordnete verlangten, daß der Kriegsminister sofort erscheine. Die Armenier Haladjian, Vartakech und Zohrab sprachen von den Offizieren der Liga als von Verbrechern und elenden Feiglingen, die nicht die Ehre der ganzen Armee beschmutzen könnten. Schließlich nahm die Kammer eine Resolution an, in der sie den Großwesir und den Kriegsminister auffordert, sofort zu erscheinen und Erklärungen abzugeben, und erklärte sich dann in Permanenz.

Konstantinopel, 25. Juli. Wie verlautet, wünscht die Offiziersliga die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die eine Revision der Verfassung vornehmen soll. Dieser Gedanke wird von „Yeni Gazetta" lebhaft unterstützt.

Konstantinopel, 25. Juli. Die in der vorletzten Nacht erfolgte Absetzung des Generaldirektors der Polizei sowie der Polizeikommissare kam überraschend. Eine Gruppe von Offizieren drang plötzlich in das Gebäude der Generaldirektion der Polizei ein und teilte dem Generaldirektor den Beschluß des Ministerrates mit. Die Offiziere konnten alle Papiere mit Beschlag belegen. Das gesamte Personal der Hafenpolizei ist abgesetzt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juli 1912.

Krieg im Frieden.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Die Torpedobootsaffäre in der Ostsee hat noch immer keine amtliche Aufklärung gefunden. Die Marineverwaltung schweigt sich — wie so oft in solchen Fällen — aus. Nach allem, was bis jetzt über die Katastrophe bekannt geworden, ist eine amtliche Darstellung des Unglücksfalles durchaus notwendig, damit festgestellt werden kann, ob die verantwortlichen Stellen bei dem Nachtmanöver alle notwendigen und möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hatten. Der Unfall ereignete sich nach den Mitteilungen, die der Presse zugegangen sind, in der Ostsee auf der Höhe von Swinemünde während eines Torpedobootsangriffes auf die auf der Fahrt nach Memel befindliche Hochseeflottille. Die angegriffenen Linienschiffe und die angreifenden Torpedoboote fuhren mit abgeblendeten Lichtern. Das Torpedoboot „G 110" kam vor den Vordersteven des Linienschiffes „Hessen" und wurde von diesem hinter dem hintersten Turm so schwer in den Schiffskörper gerammt, daß sein Hinterschiff fast durchschnitten und die zertrümmerten Teile nur durch die Ketten und die Steuerung gehalten wurden. Drei blühende Menschenleben haben dabei den Seemannstod gefunden.

Nimmt man an, daß das Fahren mit abgeblendeten Lichtern im Interesse der Uebung unbedingt nötig war, und gibt man weiter zu, daß vom Linienschiffe aus die dunklen mit rasender Geschwindigkeit herankommenden Torpedoboote in der Nachtzeit übersehen werden können, so bleibt noch immer rätselhaft, weshalb auf dem Torpedoboot der massige Körper des Linienschiffes nicht bemerkt worden ist. Erstens sind die Nächte jetzt nicht so ganz stockduster und dann muß doch die Torpedobootsflottille die Flotte gesichtet haben, denn ins Blaue hinein wird sie kaum einen Angriff gemacht haben. Der Unfall wird aber erklärlicher, wenn man eine andere Darstellung über das Nachtmanöver hört. Danach haben die Torpedoboote die Kiellinie der Kriegsschiffe durchbrochen, d. h. zwischen den hintereinander fahrenden Linienschiffen durchbrechen wollen. Es ist wohl sehr fraglich, ob ein solcher Durchbruch im Ernstfall wirklich versucht wird, und es ist auch nicht recht zu ersehen, welchen Zweck er haben soll. Aufgabe der Torpedoboote ist, die großen Kriegsschiffe anzugreifen und den Versuch zu machen, ihnen die verderbenbringenden Torpedos in den Leib zu jagen. Dazu braucht es eines Durchbrechens der Kiellinie der fahrenden Flotte nicht, denn das schnelle und behende Torpedoboot hat die Möglichkeit, die in Kiellinie fahrenden Schiffe an beiden Seiten anzugreifen, ohne die Kiellinie zu durchbrechen. Es kann sich nach allem also nur um ein waghalsiges Navigationsmanöver gehandelt haben, vielleicht um festzustellen, mit welcher Geschwindigkeit und mit welchem geringen Raumabstand ein Torpedoboot noch eben vor dem Vordersteven eines fahrenden Kriegsschiffes vorbeisausen kann. Die Notwendigkeit einer solchen Uebung will uns aber nicht recht einleuchten. Darum ist aber auch eine amtliche Aufklärung über die wahre Ursache des Unglücksfalles dringend geboten.

Der Unfall hat einen flüchtigen Blick tun lassen in die ganze Grausamkeit, die ein Seekrieg zwischen zwei bis an die Zähne gerüsteten, mit den modernsten Dreadnoughts, Torpedobooten und Unterseebooten versehenen Mächten mit sich führen muß. Die Leichen der verunglückten Seeleute befanden sich noch festgeklemmt im angerammten Torpedoboot, als es in Kiel ins Dock gebracht wurde; hier mußten bei zwei Leichen erst die sie umschließenden Eisen- und Blechteile mit Sauerstoffflammen losgebrannt, die dritte mußte direkt losgelöst werden.

Es ist eine beliebte Methode unserer Flottenenthusiasten, die Marineunfälle in fremden Marinen aufzubauschen, um über die Häufigkeit der Unfälle in der deutschen Marine hinwegzutäuschen. Auch die deutsche Marine hat schon manchen schweren Unfall erlitten, darunter eine lange Reihe von Torpedobootsunfällen. Lassen wir nur einmal die Torpedobootsunfälle des letzten $1\frac{1}{2}$ Jahrzehnts an unserem Auge vorüberziehen: Ende August 1895 kenterte das Torpedoboot „S 41" auf der Fahrt von Wilhelmshafen nach Kiel in der Jammerbucht an der dänischen Küste. 13 Seeleute büßten dabei ihr Leben ein. Die Torpedoboote „S 46" und „S. 48" stießen am 11. April bei einer Probefahrt auf der Jade zusammen. Fünf Mann der Besatzung fanden den Tod in den Wellen. Am 22. September 1897 kenterte das Torpedoboot „S 26" bei einem Sturm in der Unterelbe beim Feuerschiff „Elbe I". Neun Mann der Besatzung, darunter der Herzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, fanden den Seemannstod. Das Torpedoboot „S 42" sank am 24. Juni 1902 in der Unterelbe, der Kommandant und drei Mann verloren ihr Leben. In ähnlicher Weise wie vor einigen Tagen das Torpedoboot „G 110" ist bei den Herbstmanövern im Jahre 1908 das noch neue Torpedoboot „G 112" vom Linienschiff „Kaiser

Friedrich III." gerammt worden. Ein Menschenleben war das Opfer. 30 Seeleute fanden ihren Tod bei dem Untergange des Torpedobootes „S 126", das bei einem Nachtmanöver unweit Bülk am Eingang der Kieler Förde von dem Kreuzer „Undine" mit solcher Gewalt angerammt wurde, daß es in zwei Teile barst und sofort unterging. Das Torpedoboot „S 12" sank am 7. März 1908, Menschenleben kamen glücklicherweise nicht dabei um. Die Torpedoboote „D 27" und „D 30" stießen am 31. Juli 1911 an der Wesermündung zusammen. Ein Mann ließ dabei sein Leben. Bei der vorjährigen Sommerreise der Hochseeflotte kollidierten die Boote „T 14" und „T 21", wobei „T 21" sank. Die Besatzung konnte glücklicherweise gerettet werden. Erwähnt man noch den erst vor wenigen Monaten erfolgten Untergang des Unterseebootes „U 3", bei dem drei Personen ums Leben kamen, dann hat man hier eine stattliche Reihe von Unglücksfällen. Da kann man mit vollem Recht von einem Krieg im Frieden reden.

Das fällige Dementi.

Ueber die von der Hamburger „Zeitschrift" behaupteten guten Beziehungen der Hapag, Lloyd und Krupp zu der Regierung und der kaiserlichen Familie verkneift sich die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." noch immer die nötige Aufklärung. Dafür ergeht sie sich in unnötiger Breite gegen die ungenaue Wiedergabe, die eine der Behauptungen über den Ministerialdirektor Dr. Lewald in Berliner Blättern erfahren hat. Lewald hat ein als vertraulich bezeichnetes Schreiben eines Direktors des Lloyd an den Generaldirektor dieser Gesellschaft weitergegeben, worauf der Briefschreiber entlassen wurde. Zu dieser Weitergabe auf amtlichem Wege soll Lewald berechtigt gewesen sein. — „Die zweite Behauptung, daß Dr. Lewald in diesem Jahre Schiffahrtsgesellschaften Mitteilung von dem Konzessionsgesuch der Deutschen Reederei in Hamburg gemacht habe, ist eine böswillige, jeder Unterlage entbehrende Erfindung." Die „Zeitschrift" hat aber gar nicht behauptet, daß Lewald von dem Gesuch direkt Schiffahrtsgesellschaften Kenntnis gegeben habe, sondern nur, daß er in Schiffahrtskreisen als Quelle genannt wurde.

Weshalb widerlegt die „Norddeutsche" nicht die übrigen Behauptungen? Hat das halbamtliche Blatt sie nicht gelesen, wie die „Post" sarkastisch fragt. Oder sucht die „Allgemeine" nach Belegen, die jene anderen Vorwürfe in gleicher Freundlichkeit widerlegen werden? Wir warten darauf.

Herrenmenschentum in Deutsch-Ostafrika.

Wie sehr unseren Ansiedlern und ihrem Nachwuchs, so dürftig es damit auch noch bestellt ist, bereits der koloniale Koller des Herrenmenschentums zu Kopf gestiegen ist, beweist folgende Notiz der „Deutsch-Ostafrikanischen Rundschau", die Daressalam 1. Juni 1912 datiert ist:

„Die Herrenstellung der Europäer gegenüber den Eingeborenen wird leider nur zu häufig von Angehörigen der weißen Rasse in falscher Weise ausgelegt und zu Ausschreitungen benutzt, die, mag man sie ansehen, wie man will, schwer zu tadeln sind. Darunter gehört auch das **grundlose Hetzen von Hunden auf Eingeborene.** Vor einigen Jahren konnte man regelmäßig abends in einem hiesigen Hotel einen älteren Herrn bemerken, der, in der Veranda sitzend, seinen Terrier auf vorübergehende Boys hetzte und seine helle Freude daran hatte, wenn sich der Hund in das Kanzu des Jungen festbiß. Daß der Köter dem Jungen die Kleidung zerriß, das störte den Braven absolut nicht, im Gegenteil, er konnte sehr unangenehm werden, wenn ein Boy Miene machte, den Hund abzuwehren. Und dieser Fall steht **nicht vereinzelt** da. So konnte man erst vor einigen Tagen **drei** in der Dämmerstunde spazierengehende **Europäer** beobachten, die einen in ihrer Begleitung befindlichen **großen Hund** auf **mehrere kleine Negerjungen zu hetzen versuchten,** die am Wege spielten. In diesem Falle dachte der Hund allerdings anständiger als seine Herren und reagierte nicht. Ein aufmerksamer Beobachter des Straßenlebens unserer Stadt erzählte uns, daß er gesehen habe, wie ein kleiner Europäerjunge sich allabendlich vor dem Geschäftslokal seines Vaters aufstellte, um den von ihrer Arbeit kommenden **Negerboys auf die Kanzus zu spucken.** Wurde einer der so attackierten Boys ungemütlich, so stürzte der Vater wutentbrannt mit dem Rufe auf die Straße: „Willst ablassen, du Schenzi du!" Das sind alles recht bedauerliche Vorfälle, die **zusammen mit dem Verhalten mehrerer Weißen gegenüber den Rickshawboys** einen nicht unwesentlichen Grund für die sogenannte Negerfrechheit bilden, und dem Prestige der weißen Rasse keineswegs zu dienen geeignet sind. Würde im Auftreten und Mäßigung im Benehmen fördern die Wahrung der Herrenstellung der Europäer viel mehr als solche kleine Gewalttätigkeiten, die nur Erbitterung und versteckten Haß hervorrufen."

Wie die Alten sungen, so spucken die Jungen! Und wenn sich schon in einem Nest wie Daressalam, wo kaum eine Handvoll Weißer vorhanden ist, der Uebermut unserer kolonialen Herrenmenschen so austobt, so kann man sich eine Vorstellung machen, welche Früchte unsere kolonisatorische Eingeborenenbeglückung erst tragen würde, wenn Deutschland erst einmal gleich England und Frankreich wirkliche Kolonialreiche zu verwalten hätte!

Eine Jesuitendebatte im bayerischen Reichsrat.

Im Finanzausschuß des bayerischen Reichsrats kam es heute bei der Beratung des Etats des Innern zu einer Jesuitendebatte. Auf die Forderung des Freiherrn v. Kramer-Klatt, das Jesuitengesetz müsse aufgehoben werden, da die Jesuiten am berufensten seien, „unsere gebildeten Klassen, die mehr und mehr dem Unglauben verfallen, wieder zum Glauben zurückzubringen", antwortete Graf zu Törring-Jettenbach mit einem heftigen Angriff auf die Politik des Ministerpräsidenten v. Hertling und wurde darin zum Teil von dem früheren Ministerpräsidenten v. Crailsheim unterstützt. Hinsichtlich der Bestätigung von Sozialdemokraten als Bürgermeister, meinte Graf Törring, wäre es besser gewesen, es bei der bisherigen Praxis zu belassen. Der Jesuitenerlaß sei ein großer taktischer Fehler gewesen. Die Jesuiten hätten für die Belehrung der großen Masse keinen Wert. Das Hauptfeld ihrer Tätigkeit seien vielmehr die höheren Kreise. Wer Gelegenheit habe, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, werde zugeben, daß es besser wäre, die Jesuiten fernzuhalten. Die Kulissen, hinter die Graf Törring zu blicken Gelegenheit hat, sind in erster Reihe die Kulissen seiner Wittelsbacher Verwandtschaft. Graf Törring verteidigte dann die Feuerbestattung und verspottete die Regierung, die sich hinter einige wackelige Paragraphen verschanze, anstatt offen und mit der ganzen ihr zur Verfügung stehenden Autorität den Versuch zu machen, die kirchlichen Oberbehörden zu beeinflussen, den ablehnenden Standpunkt aufzugeben.

Bazillenfurcht.

Im braunschweigischen Städtchen Helmstedt, unweit von Schöppenstedt gelegen, hat eine Kreisdirektion ihren Sitz, die neuestens das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Bekämpfung der Verschleppung von Seuchen legt. Das ist an sich gewiß sehr löblich, nur beginnt die Kreisdirektion mit ihren hygienischen Bestrebungen am unrichtigen Ende. Sie hat nämlich folgenden Erlaß herausgegeben:

An die hiesigen Vertriebsstellen von Zeitungen und ähnlichen Drucksachen.

Die herzogliche Kreisdirektion hat zur Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten verfügt, daß die Personen, die sich mit dem Austragen von Zeitungen und anderen periodisch erscheinenden Drucksachen beschäftigen, diese Beschäftigung während der Zeit, wo ansteckende Krankheiten in ihren Häusern herrschen, einstellen sollen, sowie ferner, daß die Kinder, welche Zeitungen austragen, diejenigen Häuser, in denen ansteckende Krankheiten (wie Scharlach, Diphtheritis, Typhus oder Milzbrand) herrschen, nicht betreten dürfen.

Sie wollen die von Ihnen beschäftigten Kinder anweisen, die betr. Häuser nicht zu betreten, oder die Zeitungen gleich am Hauseingang hinzulegen, und ferner wollen Sie, sobald Sie erfahren, daß in den Häusern, in denen Ihre Boten wohnen, ansteckende Krankheiten herrschen, darauf achten, daß die betr. Boten oder ihre Familien das Austragen der Zeitungen während der Dauer der Krankheit aufgeben.

Um eine Kontrolle über die Beobachtung dieser Verfügung zu ermöglichen, wollen Sie baldigst die Namen der mit dem Austragen von Zeitungen pp. beschäftigten Personen hierher mitteilen.

Helmstedt, den 15. Juli 1912.

Die Stadtpolizeibehörde.
J. V.: Aug. Linke.

Die Verfügung erinnert an die sagenhaften weisen Verfügungen des hochwohlweisen Gemeindekollegiums von Schilda. Inwiefern sind denn die Zeitungsboten ganz besonders der Verschleppung von Seuchen verdächtig. Wenn die Stadtpolizeibehörde konsequent wäre, müßte sie vor allem das Hinaustragen von Lebensmitteln aus infizierten Häusern sowie ferner das Betreten solcher Häuser durch Milch-, Brot-, Fleisch-, Gemüselieferanten usw. verbieten. Fast scheint es, daß man in Helmstedt weniger die Seuchen-, als den Geistesbazillus fürchtet.

Vom Zeugniszwangsverfahren.

In einer Beleidigungsklage, die der Redakteur der agrarischen „Deutschen Tagesztg." Dr. Mießner gegen Professor Gurlitt angestrengt hat, ist gestern der Redakteur Franz Pfemfert, der Herausgeber der Wochenschrift „Aktion", wegen seiner Weigerung, den Verfasser des inkriminierten Artikels zu nennen, zu 50 M. Geldstrafe, eventuell 5 Tagen Haft, und zu den Kosten des durch diese Weigerung entstandenen Verfahrens verurteilt worden. Der Fall ist um so widerlicher, als diesmal nicht eine Behörde oder ein Geschäftsmann, sondern ein Redakteur den anderen Redakteur zur Verletzung des Redaktionsgeheimnisses zu zwingen sucht, obgleich fast die ganze deutsche Presse ohne Unterschied der Partei sich gegen das Zeugniszwangsverfahren ausgesprochen hat. Wie es scheint, gelten für die Redaktion der „Deutschen Tagesztg." diese Anschauungen von Ehre und journalistischem Anstand nicht! Ganz begreiflich.

In den Wahnsinn getrieben.

Ueber den Verlauf einer Militärrentensache ist die „Hartungsche Zeitung" in der Lage, folgende aktenmäßige Darstellung zu geben:

Am 1. November 1907 trat der Besitzersohn Albert Gasenzov aus Jessen in das Infanterieregiment Nr. 43 ein. Im Mai 1908 erhielt sein Vater von der Intendantur I A—K eine Zuschrift, der zufolge er seinen Sohn Albert aus der Irrenanstalt Allenberg abholen sollte. Da dieser Aufforderung keine Folge gegeben wurde, brachte ein Lazarettgehilfe den Albert G. am 12. Juni 1908 in die elterliche Wohnung. Nun stellte es sich heraus, daß Albert infolge „unvorschriftsmäßiger Behandlung" beim Truppenteil geisteskrank geworden war, weshalb sein Vater eine Rente für ihn verlangte. Nachdem die Sache gründlich untersucht und der betreffende Vorgesetzte kriegsgerichtlich abgeurteilt worden war, bewilligte das Kriegsministerium die volle Rente von 45 M. pro Monat. Im Jahre 1910 verlangte die Militärbehörde von dem Amtsvorsteher Weber Bericht über den Gesundheitszustand des Albert G. Am 8. Mai 1910 berichtete der Amtsvorsteher, daß Albert beständig arbeitete, völlig normal sei und 2 M. täglich verdienen könne.

Infolgedessen setzte das Generalkommando die Rente vom 1. August 1910 ab auf 22,50 M. monatlich herab. Da die Beschwerden auch von dem Kriegsministerium zurückgewiesen wurden, entschloß sich der inzwischen ernannte Pfleger, die gerichtliche Klage gegen den Militärfiskus anzustrengen, und bat zu diesem Zweck den Amtsvorsteher Weber um ein Armenattest. Da dieser aber nichts von sich hören ließ, auch die Beschwerde bei dem Landrat unbeantwortet blieb (!), wandte sich der Pfleger an den Regierungspräsidenten in Gumbinnen. Infolgedessen lief auch das Armenattest bei dem Pfleger ein, und das Landgericht Berlin erteilte auf Antrag das Armenrecht, auch strengte der bestellte Rechtsanwalt die Klage gegen den Militärfiskus an. Am 24. Januar vorigen Jahres faßte das genannte Landgericht einen Beweisbeschluß. Danach wurde dem zuständigen Kreisarzt aufgegeben, ein schriftliches Gutachten über den Gesundheitsstand des Albert G. zu den Akten zu geben.

Um 7. Februar besuchte der Kreisarzt den Kranken und gab demnächst sein Gutachten dahin ab, daß derselbe nicht nur vollständig arbeits- und erwerbsunfähig ist, sondern daß er andauernder Pflege und Wartung bedarf. Auf Grund dieses Gutachtens und einer anderweiten Beweiserhebung hat das genannte Landgericht am 5. Juli d. J. den Reichsmilitärfiskus zur vollen Rente von 45 Mark monatlich vom 1. August 1910 ab verurteilt.

Soweit die aktenmäßige Darstellung des Falles. Er ist in mehrfacher Beziehung überaus interessant. Der Sohn wird durch einen Schinder in den Wahnsinn getrieben, und der Vater erhält dann die Aufforderung, den Sohn einfach zu sich nach Hause zu nehmen. Und erst als eine Rente verlangt wird, versteht man sich dazu, eine gründliche Untersuchung anzustellen, und den Soldatenschinder abzuurteilen. Nach einiger Zeit ersucht die Militärbehörde ausgerechnet den Amtsvorsteher, ein Gutachten über den Gesundheitszustand des Geisteskranken abzugeben. Der ist dazu nicht nur völlig unfähig, er hat auch den Kranken gar nicht eingehend besichtigt, denn sonst hätte er unmöglich erklären können, daß der Geisteskranke normal sei und ständig arbeitete. Aber der Militärbehörde genügte dieses Gutachten vollkommen zur — Rentenquetschung. Und dann mußte wieder ein langjähriger Kampf um die „Vollrente", die niedrig genug bemessen ist, aufgenommen werden.

Dieser Fall beweist wieder, wie dringend notwendig eine gründliche Reform des Militärrentenwesens ist, denn daß große Mängel bestehen, hat sich hier deutlich genug herausgestellt.

England.

Die Flottenpolitik Kanadas.

London, 25. Juli. Der kanadische Marineminister teilte gestern einer Abordnung der Imperial maritime league mit, daß zwischen den kanadischen Ministern und der Admiralität unter anderem die Frage der Umwandelung von Handelsschiffen in Kreuzer beraten worden sei. Es handle sich darum, die Schiffe in Stand zu setzen, Geschütze und Munition zu führen. Geschütze und Munition müßten in den Häfen beider Küsten des Atlantic, zwischen denen die Schiffe verkehrten, vorrätig sein, so daß sie ohne Zeitverlust in der Lage wären, einen Angriff abzuwehren und die Handelsrouten offen zu halten. Wenn Kanada zur britischen Flotte beitrage, so bedeute das nicht eine Verringerung, sondern eine Ergänzung der Leistung Englands. Es handle sich erstens darum, was im Falle einer Krisis zu tun sei, und zweitens um die Grundlage einer dauernden Flottenpolitik für Kanada. In diesem zweiten Falle würde das Verhältnis der autonomen Dominions zu dem britischen Reiche zur Erörterung kommen müssen.

Marokko.

Neue Truppensendungen.

Paris, 25. Juli. Da der Generalgouverneur von Algerien verlangt hatte, daß ein Teil der in Marokko verwendeten algerischen und tunesischen Truppen nach ihren Garnisonen zurückgesandt würden, hat der Kriegsminister entsprechend dem Ansuchen des Genralresidenten Lyautey angeordnet, daß ein Kolonial-Infanterieregiment und ein Regiment Senegalschützen nach Marokko gesandt werden.

China.

Ein Konflikt in der Nationalversammlung.

Peking, 25. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Nationalversammlung hat wegen Unstimmigkeiten, die sich in einer geheimen Sitzung ergeben haben, die Abstimmung über die neuen Minister verschoben. Heute sind elf Telegramme von Armeekommandeuren eingegangen, die in die Versammlung bringen, die Liste sofort anzunehmen. Mehrere dieser Telegramme drohen mit drastischen militärischen Maßregeln, falls die Versammlung sich nicht fügen werde.

Aus Industrie und Handel.

Metallinteressen.

Gold und Silber sind die wichtigsten Waren des Kapitalismus. Kupfer, Blei, Zinn, Zink und andere Metalle sind die unentbehrlichsten und wertvollsten Hilfsmittel großer Industrien. Es ist klar, daß bei solch wertvollen und unentbehrlichen Produkten, die in allen Ländern der Erde gebraucht werden, sich die modernen Bankmächte längst festgesetzt haben. Welche Kräfte bei der Goldproduktion und im Metallhandel zusammengeflossen sind, zeigt uns das Beispiel der Stadt Frankfurt am Main. Hier haben die bedeutendsten deutschen Metallhandels- und Produktionsgesellschaften ihre Mutterinstitute, von hier aus wird nur allzuoft in brüderlicher Gemeinschaft mit den Metallherren anderer Länder der internationale Markt beherrscht und ausgewuchert.

Interessant ist, daß die Frankfurter Metallgesellschaften alle auf die Firma Philipp Abraham Cohen zurückführen. Aus ihr wurde die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Rößler geboren, von ihr spaltete sich die Metallgesellschaft Frankfurt am Main im Jahre 1881 ab. Diese beiden Unternehmen, die bis vor kurzem ein Aktienkapital von zusammen nur 25 Millionen Mark hatten, schütteten von 1889 bis 1911 zusammen 479 und 528 Prozent Dividende aus! Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß die alljährlichen Tantiemen in die Millionen gehen. Von 1906 bis 1911 verteilte die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Rößler an ihre Aufsichtsräte, Direktoren usw. zusammen rund 8 Millionen Mark Tantiemen! Selbstverständlich reichen die Arme der Untergesellschaften dieses Unternehmens um die ganze Welt.

Dasselbe ist es mit der Metallgesellschaft Frankfurt am Main. Ihr Zweck ist Handel mit Berg- und Hüttenprodukten. Im Jahre 1897 vereinigte sie ihre berg- und hüttenmännischen Interessen unter der Firma Metallurgische Gesellschaft A.-G., Frankfurt a. M. Im Jahre 1906 wurde von dem gleichen Interessenkreis, unter Hilfe der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt, die Berg- und Metallbank, A.-G., Frankfurt a. M., gegründet. Vor zwei Jahren beteiligte sich die Metallurgische Gesellschaft an der Berg- und Metallbank, 1911 wurden beide zur Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft, A.-G., Frankfurt a. M., vereinigt, die wichtigen Beteiligungsgeschäfte durch die Gründung einer schweizerischen Gesellschaft für Metallwerte, Basel, nach dem Lande mit weniger neugierigem Aktiengesellschaftsrecht transportiert. Die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft, A.-G., arbeitet heute mit 40 Millionen Mark Kapital. Die bedeutendsten Beteiligungen des Unternehmens sind: Metallgesellschaft Frankfurt a. M., Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G., Metallhütte A.-G., Duisburg; Bensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-A.-G.; Oberschlesische Zinkhütten-A.-G.; Norddeutsche Raffinerie, Hamburg; Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte, Basel; Entsilberungsanstalt und Schmelzhütte, Hoboken bei Antwerpen; Soc. an. des Zincs de la Campine, Budel; Soc. des Anciens Etablissement „Sopwith", Paris-Linares; American Metal Co., New York; Merton Metalurgical Co., London; Compania Minera de Penoles in Mapimi, Mexiko; Compania de Minerales y Metales, Mexiko; Australian Metal Co., London und Melbourne; Companie de Minerais, Lüttich; Bleihütte Vall i. d. Eifel; A.-G. für Stockstoffdünger, Knapsack; Bankhaus Delbrück, Schickler u. Co., Berlin.

Das ist nur der wichtigste Teil der direkten Tochtergesellschaften, die selbstverständlich wieder überall für sich Tochterinteressen besitzen und beherrschen.

Am deutlichsten läßt sich das an den persönlichen Fäden erkennen, welche die Unternehmen miteinander verbinden. Der Name Merton Metalurgical Co. London, stammt vom Besitzer der Berliner Handelsgesellschaft, Merton. Er herrscht sowohl über die Gold- und Silberscheideanstalt wie über die Metallbank und Metallurgische Gesellschaft. Die Deutsche Bank ist durch die Herren Beit von Speyer und Braunfels liiert. Der erstere stellt die Verbindung mit dem Gold- und Diamantenkonzern der Deutschen Bank, der Goerz Co., London, her. Der A. E. G.-Konzern ist durch Rathenau den Gewaltigen selbst interessiert. Aber auch der Lahmeyerkonzern ist mit der Bank für elektrische Unternehmungen Zürich — alles A. E. G.-Tochterunternehmen — vertreten. Die deutsche chemische Industrie hat ebenfalls direkte personale Verbindungen mit dem Frankfurter Metallkonzern.

Ebenso exakt arbeitet natürlich die internationale Verbindung dieses gewaltigen Metallkonzerns. Es fungiert als Verkaufsstelle der internationalen Bleikonvention. Mit der American Smelting u. Refining Co., die jetzt in Berlin ihre eigene Filiale hat, und den amerikanischen Guggenheim-Metalltrust darstellt, arbeitet er gemeinsam in brüderlichster Liebe. Die American Smelting u. Refining Co., die im besonderen Kupferinteressen der Guggenheims vertritt, und alle ihre amerikanischen Konkurrenten in wenigen Jahren auf das Haupt zu schlagen verstanden hat, das heißt hier auf den Geldbeutel, ist deswegen nach Deutschland gekommen, weil die hiesige Elektroindustrie der wichtigste und größte europäische Kupferabnehmer ist. Daher auch das A. E. G.-Interesse an dem Frankfurter Metallkonzern.

So zeigt uns schon ein kurzer Blick auf die wenigen scheinbar selbständigen Frankfurter Metallgesellschaften, daß wir es hier in Wirklichkeit mit einer der mächtigsten Vereinigungen von Banken, Elektroindustrie, chemischer Industrie, Metallproduktion und Frankfurter Geld zu tun haben, die es verstanden hat, noch alle Jahre aus der Zwischenstufe der Metallproduktion und ihrer ersten Verwertung Millionen über Millionen unerschöpflich fließen zu lassen.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Die amerikanische Klassenjustiz

rüstet zu einer Kraftprobe von so frechem Aberwitz, wie sie selbst in dem rückständigsten Europa schier unglaublich sein würde. Am 27. Juli beginnt nämlich die Verhandlung in dem Prozeß gegen die Streikführer von Lawrence, wobei es sich darum handelt, ob in dem Falle der Erschießung eines friedlichen Passanten durch brutale Polizisten während sogenannter Streikunruhen die an der Spitze des Streiks stehenden Arbeiterführer wegen Beihilfe zum Morde zu bestrafen sind . . .!

Die Angeklagten in dem bevorstehenden Prozeß sind William D. Haywood — der schon aus einem anderen von kapitalistischer Seite gegen ihn eingefädelten Mordprozeß gerechtfertigt hervorging —, William E. Trautmann, William Yates, Joseph E. Ettor, Arturo Giovannitti, Edmondo Rossoni und James P. Thompson. Ettor und Giovannitti, die aktivsten Streikleiter von Lawrence, befanden sich bekanntlich viele Wochen in Haft, und zwar wurden sie am Tage nach der Tötung einer Arbeiterin durch eine Revolverkugel, nach Bekundung zahlreicher Augenzeugen durch einen Polizisten abgefeuert, ins Gefängnis geworfen und erst nach siegreicher Beendigung des Ausstandes gegen Bürgschaft entlassen. Die streikenden Weber von Lawrence selber bestanden damals auf Fortsetzung des Kampfes, solange ihre Führer nicht freigegeben und außer Verfolgung gesetzt seien. Erst auf Zureden der Gewerkschaftsleiter und auf die Versicherung der Fabrikanten und bürgerlichen Friedensengel, daß der Prozeß nicht zur Verhandlung gebracht werden würde, ließen die gutgläubigen Arbeiter sich schließlich doch bewegen, in die Fabriken zurückzukehren. Als statt dessen die kapitalistischen Großgeschworenen (die Anklage-Jury) formelle Anklage wegen „Beihilfe zum Morde im ersten Grade" gegen Ettor und Giovannitti erhoben und die gleiche Anklage gar noch auf die genannten anderen Führer der „Industrial Workers of the World" mit Genossen Haywood an der Spitze ausgedehnt wurde, bedurfte es des ganzen Einflusses der Führer, um die Massen von der sofortigen Wiederaufnahme des Streikes zurückzuhalten. Gegen den 1. Mai gab die Organisation indessen die Parole eines Demonstrationsstreiks von 24stündiger Dauer aus, der am ersten Verhandlungstage des unerhörten Prozesses in Szene gesetzt werden soll. Das Beispiel des heroischen Kampfes dieser aus mehr als dreißig Nationalitäten zusammengewürfelten Arbeiterschaft, der sich die größenwahnsinnigen Textil-Yankees schließlich beugen mußten, läßt keinen Zweifel über die prompte Durchführung dieser Streikparole zu, und bei dem tüchtigen Geiste dieser Masse und ihrer mustergültigen Organisation mögen die Textilbarone Neu-Englands sich selber sagen, was folgen würde, wenn die Klassenjustiz wirklich Miene machen sollte, die genannten neun Arbeiter an den Galgen zu bringen. Denn darauf ist es nach der gegen sie erhobenen ungeheuerlichen Anklage selbstverständlich abgesehen. Es handelt sich hier um den Versuch einer Uebertrumpfung des Prozesses gegen die Chikagoer „Anarchisten", deren völlige Unschuld an der Bombenwerferei auf dem Heumarkt, die sie mit dem Leben bezahlen mußten, vor Jahren schon von dem Gouverneur Altgeld feierlich anerkannt wurde. Die Kapitalisten des industriellen Neu-England wollen sich für ihre Niederlage rächen und überhaupt gegenüber den jüngsten Fortschritten und Erfolgen der revolutionären „Industrial Workers of the World" ein abschreckendes Exempel statuieren. In der kapitalistischen Presse der Vereinigten Staaten, die seit einiger Zeit von sensationellen Hetz- und Lügenartikeln über die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung strotzt, wird diese freche Absicht auch ganz offen ausgesprochen, und natürlich ist das hierbei tatsächlich angestrebte Endziel kein anderes, als das der Vernichtung des Streik- und Koalitionsrechtes überhaupt. Was der Schrecken des Zuchthauses in Deutschland nicht vermochte, soll im „Lande der Freien" der Galgen bewirken. Wenn der Begriff der „indirekten Verantwortlichkeit" so weit gedehnt und gestreckt werden kann, daß in Fällen eines Zusammenstoßes zwischen Streikenden und Polizisten und der daraus resultierenden Tötung irgendeiner Person — selbst wenn diese zu den Streikenden gehörte und der Mörder ein Polizist war!! — die Streikleiter der „Beihilfe" und „Verschwörung" zum Morde schuldig sind, so bedeutet das natürlich praktisch gerade so viel, als ob die Anordnung von Streiks an und für sich als eine kriminelle Handlung erklärt wird, und mindestens würde es dann in dem Belieben eines jeden mordlustigen Polizisten liegen, die Anordnung oder Leitung von Streiks in irgendeinem Augenblick zu einer kriminellen Handlung zu machen. Wobei der polizeiliche Schießbold als die tätige Hauptperson des Verbrechens, dem die Streikleiter nach der ungeheuerlichen Konstruktion der „indirekten Verantwortlichkeit" dann „Beihilfe" geleistet hatten, selber in jedem Falle straffrei ausgeht! Weiter kann man die freche Rechtsschändung im kapitalistischen Klasseninteresse selbst in Amerika nicht mehr treiben. Ueber die Wirkungen dieser Vorgänge auf die amerikanische Arbeiterklasse der Gegenwart sind sich auch objektive bürgerliche Beurteiler nicht im unklaren. Der Massenstreik in den Textilrevieren Neu-Englands hatte in hohem Maße die Sympathien der nicht vom Großkapital bestochenen öffentlichen Meinung gefunden, und die hundselenden Löhne, die den Arbeitern jener durch unverschämte Zölle „geschützten" Industrie gezahlt werden, spielen seitdem in der Vor-Kampagne zur Präsidentschaftswahl, die sich hauptsächlich um die Schutzzollfrage dreht, eine gewichtige Rolle. Wenn schon einmal „indirekte Verantwortlichkeiten" für die Streik-"Unruhen" gesucht werden sollen, so liegt da nichts näher, als sie auf seiten der Fabrikanten zu suchen, die durch ihr Festhalten an Hungerlöhnen und nichtswürdiger Behandlung der zumeist eingewanderten Arbeiter erst jene Erbitterung unter den Massen hervorriefen, die dann den Polizisten Veranlassung zum Schießen gab! In Wirklichkeit ist aber kein einziger Fabrikant wegen „Beihilfe" angeklagt, obgleich die elenden Zustände in den Fabriken selbst von einem großen Teile des bürgerlichen Publikums zugegeben werden. Kann es wohl einen wirksameren „Hetzstoff" für unsere Genossen geben?

Berlin und Umgegend.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen!

Nach den Mitteilungen bürgerlicher Blätter beschloß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, daß vom Freitag, den 26. Juli ab, alle organisierten Dachdecker und Hilfsarbeiter auszusperren sind.

Wir ersuchen nun die Kollegen und Berufsgenossen, strengste Disziplin zu bewahren und sich den Anordnungen des Vorstandes in jeder Beziehung zu fügen. Vor allen Dingen darf am heutigen Tage in keiner Werkstelle die Arbeit ohne die Zustimmung des Vorstandes eingestellt werden.

Alle Kollegen und Berufsgenossen, welche am Donnerstag, den 25. Juli, ihre Entlassung nicht erhalten haben, arbeiten einstweilen ruhig weiter, bis auch sie entlassen werden oder aber bis an sie vom Vorstand die Aufforderung zur Arbeitseinstellung ergeht. Alle ausgesperrten Kollegen treffen sich heute im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3, vormittags um 10 Uhr.

Zentralverband der Dachdecker.
Bureau: Sophienstr. 6. Telephon: Amt Norden Nr. 2583.

Kellnerstreik im Ausschank der Löwenbrauerei, Badstr. 67 und Hochstr. 21. Seitens des Oekonom Donath wird jetzt ein Flugblatt herausgegeben, in welchem er behauptet, die von ihm gewährte Kost sei genügend und die Kellner seien damit zufrieden gewesen. Das entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Die Verhandlungen wegen Ablösung der Kost schweben seit acht Wochen und kürzlich erklärte Herr Donath der Verhandlungskommission, daß er für Kellneressen die Reste verwerte. Wenn er nun weiter sagt, für die Ablösung nicht 40 M. zahlen zu können, also täglich nur 1.30 M., so wird sich jeder denken können, wie die Kost beschaffen war. Den Verbandsvertretern gegenüber erklärte er, infolge der hohen Pacht, die er an die Löwenbrauerei zahlen müsse, sei es ihm unmöglich, die gestellten Forderungen zu bewilligen.

Recht wenig liebenswürdig benahm sich am Mittwoch die Frau Donath, als die Kellner die Arbeit niederlegten. Als Arbeitswilliger fungiert jetzt ihr Vater, Herr Ernst Borchardt, der in einem Kellner-Verkehrslokal am Oranienburger Tor ein Vermögen von denselben Kellnern erworben hat, denen er jetzt in den Rücken fällt. Dabei ist Herr Borchardt wohlbestallter Gastwirt in Reinickendorf (Ost), Marktstr. 12/13.

Deutsches Reich.

138 Arbeiter der Zigarrenfabrik von Scharnke u. Co. in Strehlen haben die Arbeit niedergelegt, weil der Inhaber der Firma einer kleinen Lohnaufbesserung durchaus unzugänglich war. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Streik der Kellner in Dortmund hat in einigen größeren Betrieben bereits mit einem Erfolge der Streikenden geendet; die Bewegung ist jedoch noch nicht abgeschlossen und daher Zuzug bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Ausland.

Generalstreik in der amerikanischen Küstenschiffahrt.

New York, 5. Juli 1912. (Eig. Ber.) Die Docks der amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften und auch einiger englischen Linien an der Wasserkante New Yorks bieten seit einigen Tagen ein ungewöhnliches Bild. Meilenlange Kordons von Polizisten zu Fuß und zu Pferde lenken die Aufmerksamkeit eines von der „großen" bürgerlichen Presse höchst mangelhaft informierten Publikums auf die Tatsache, daß die Arbeitssklaven der Küstenschiffahrt in einer Massenrebellion gegen den „Oktopus der See" begriffen sind. In New York beträgt die Anzahl der Streikenden gegenwärtig etwa 7000, die sich zum weitaus größten Teile der „National Transport Workers Federation" angeschlossen haben, einer industriellen Organisation, unter deren Fahnen denn auch neben eigentlichen Seeleuten Frachtverlader, Heizer und Maschinisten, Kohlenzieher, Oeler und Kellner kämpfen. Der Ausstand, der durch eine Massenversammlung der Arbeiter unmittelbar nach Ablehnung der erhobenen Forderungen — menschenwürdige Behandlung, Lohnzulage um 5 Cents die Stunde und als Hauptpunkt Anerkennung der Gewerkschaft — eingeleitet wurde, hat in Zeit von nur wenigen Tagen auf die ganze amerikanische Küstenschiffahrt übergegriffen und auch schon einige transatlantische Dampfer stillgelegt. In den verschiedenen Hafenstädten der atlantischen Küste außerhalb New Yorks feiern zurzeit gut 15 000 und im Hafen von Havanna weitere 8000 Mann. Zu Bergen türmen sich auf und vor den Docks Fässer und Kisten auf, die leicht dem Verderben ausgesetzte Nahrungsmittel für den großstädtischen Markt, insbesondere das unter der mittelamerikanischen oder westindischen Sonne gereifte köstliche Obst, enthalten, und unermeßliche Vorräte davon sind schon bei der plötzlich hereingebrochenen tropischen Hitze des New-Yorker Sommers verfault. Sieben große Schiffahrtsgesellschaften haben schon vor dem Kampfesenthusiasmus der Streikenden, unter denen sich übrigens in New York Tausende von Italienern befinden, kapitulieren müssen, und die Arbeiter richten jetzt ihre Anstrengungen größtenteils gegen den Morganschen Schiffahrtstrust, der acht Gesellschaften vereinigt: die „Southern Pacific Steamship Company", die „Texas City Steamship Comp.", die „Mallory Comp.", die „Clyde Comp.", die „Ocean Steamship Comp.", die „Old Dominion Line", die „New York and Cuba Mail Steamship Comp." und die „New York and Portorico Mail Steamship Comp." Dazu kommen als unabhängige Linien noch die „Panama Line", „Ward" und einige andere minder wichtige Gesellschaften. Die ebenfalls dem Morganschen Oktopus angehörige „American Line" mußte erleben, daß ihr transatlantischer Dampfer „Philadelphia", dessen 700 Passagiere erlesene gesellschaftliche und politische Prominenzen umfaßten — Millionäre, hohe Regierungsbeamte, päpstliche Delegaten usw. —, hilflos im Hafen festgehalten war, wie auch die meisten Küstenfahrzeuge der genannten Linien. Von denen, die ausgefahren sind, mag bei der Zusammensetzung der Streikbrechermannschaft der Himmel wissen, wann und wie sie ihren Bestimmungsort erreichen. Eins dieser Schiffe, der „Comus", ein Morgan-Kasten, kehrte vor ein paar Tagen mit geplatztem Kessel in den New-Yorker Hafen zurück.

Versammlungen.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen. Die Filiale Berlin hielt am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der Knoll über das Thema „Die bevorstehenden Kämpfe im Steinsetzgewerbe und welche Stellung nehmen wir dazu ein?" sprechen sollte. Anstelle Knolls, der verhindert war, sprach Wagner. Nachdem Redner kurz die Verschmelzungsfrage gestreift und sich mit den von Knoll im Fachorgan veröffentlichten Artikeln einverstanden erklärt hatte, ging er auf die Gründung des Reichsverbandes für das Baugewerbe ein und sprach die Ansicht aus, daß dieser Zusammenschluß (die Unternehmer des Steinsetzergewerbes haben sich ihm auch angeschlossen) nur den Zweck haben könne, im Interesse der Arbeitgeber auf die künftigen Tarife einzuwirken. Die Arbeiter des Steinsetzgewerbes werden nun voraussichtlich — ganz gleich, wie der einzelne zur Frage der Verschmelzung stehe — noch einen größeren Kampf zu bestehen haben, bei dem sie auf sich selbst gestellt seien, da eine Verschmelzung bis zum Frühjahr 1913 unmöglich ist. Vielleicht werde es einen Kampf geben, wie die Organisation ihn noch nicht erlebt hat. Umfangreicher wird er jedenfalls sein, als der Kampf von 1911. Der Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen werde aber auch diesen voraussichtlichen Kampf erfolgreich bestehen. Wenn nun eine außerordentliche Situation entsteht, so erfordert dieselbe auch notgedrungen außerordentliche Mittel. Von dem Anschluß an dem Bauarbeiterverband solle man sich aber keine übertriebene Hoffnungen machen. Große Organisationen hätten wohl große Kassen, andererseits aber auch viele Mitglieder zu unterstützen. Aus allem ergebe es sich, nicht zu warten bis zum Frühjahr, sondern jetzt schon für die nötige Munition zu sorgen. Redner empfahl, die Berliner Mitglieder möchten in der Schaffung von Extrabeiträgen den Filialen, die dem Tarifbezirke Groß-Berlin angehören, vorangehen.

Der erste Diskussionsredner sprach in der Hauptsache zur Verschmelzungsfrage und befürwortete die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband, von der er große Vorteile erhoffe. Selbstverständlich müßten und würden auch die nötigen Gelder zum Kampf aufgebracht werden, um dem Gegner die Stirn zu bieten.

Der nächste Redner sprach ebenfalls die Ueberzeugung aus, daß die Berliner Mitglieder freudig zum Kampffonds mitbeitragen werden, zurzeit sei jedoch die Notwendigkeit eines Extrabeitrages nicht einzusehen. Derselben Meinung war der nächstfolgende Redner. Einig waren sich auch alle übrigen Redner darin, daß, wenn Not am Mann sei, jeder einzelne Verbandskollege seine Pflicht tun werde.

In seinem Schlußwort vertrat der Referent nochmals seinen Standpunkt und wies darauf hin, daß ja nicht nur Berlin allein, sondern alle anderen Filialen an die Schaffung von Extrabeiträgen herangehen müssen.

Die Versammlung lehnte den Antrag auf Festsetzung eines Extrabeitrages gegen eine starke Minorität für jetzt ab.

Verband der Schmiede. Die am Mittwoch abgehaltene Generalversammlung nahm den Kassenbericht für das zweite Quartal entgegen. Derselbe schließt für die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 20 074 M. Die Lokalkasse verzeichnet eine Einnahme von 17 491 M., eine Ausgabe von 7401 M. Das Vermögen der Lokalkasse beläuft sich auf 30 089 M. Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben: An Arbeitslose und Reisende 4434 M., an Kranke 3142 M., an Streikende 6571 M., an Gemaßregelte 607 M., sonstige Unterstützungen 798 M. — Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Quartals von 2500 auf 2710 gestiegen. — Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, gab Siering den Bericht über das Ergebnis der Urabstimmung in der Verschmelzungsfrage. Die im „Vorwärts" bekanntgegebenen Zahlen über das Gesamtergebnis in Deutschland haben inzwischen eine kleine Aenderung erfahren. Von den rund 17 000 Verbandsmitgliedern haben sich 12 064 an der Abstimmung beteiligt. Davon haben 8741 für, 3131 gegen die Verschmelzung gestimmt. 192 Stimmen waren ungültig. Es haben sich also fast dreiviertel der Abstimmenden und mehr als die Hälfte aller Mitglieder für die Verschmelzung entschieden. Dieselbe ist dadurch endgültig beschlossen und wird dem Beschluß des Verbandstages gemäß am 1. Oktober vollzogen. Der Redner betonte, daß nun auch die bisherigen Gegner der Verschmelzung sich den Beschlüssen fügen müssen, wie es die demokratischen Grundsätze erfordern. Jeder Kollege habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Uebertritt in den Metallarbeiterverband restlos vollzogen werde. — Mehrere Diskussionsredner betonten, sie seien bis zum letzten Augenblick Gegner der Verschmelzung gewesen. Nachdem dieselbe beschlossen sei, habe selbstverständlich jeder Kollege den Beschluß zu befolgen. Eine Absplitterung dürfe es nicht geben.

Letzte Nachrichten.

Die Reichsverteidigung im englischen Unterhaus.

London, 25. Juli. (W. T. B.) Der Führer der Opposition Bonar Law führte aus: Vor zehn Jahren beherrschten wir jedes Meer. Heute beherrschen wir nur die Nordsee. Ich möchte nicht behaupten, daß irgend etwas hätte geschehen können, diese Aenderung zu verhindern. Aber in einer kritischen Zeit taten wir alles, was wir konnten, um die Aenderung zu erleichtern und zu beschleunigen, dadurch, daß wir in den Jahren 1906, 1907 und 1908 nicht eine genügende Zahl von Schiffen auf Stapel legten.

Dieser Wechsel hat unsere ganze Stellung in der auswärtigen Politik verändert und wir können **nicht länger in einer Stellung der Isoliertheit verharren** in verhältnismäßiger Gleichgültigkeit gegenüber der Gruppierung von Mächten. Der Schlüssel unserer auswärtigen Politik sollte eine stete beharrliche Freundschaft mit den Mächten sein, die mit uns und der Triple Entente vereint sind. Jede Mächtegruppierung begünstigt den Frieden, obschon sie den Krieg nicht unmöglich macht. Ich kann der Behauptung nicht zustimmen, daß England niemals Oesterreich und Italien in Kriegszeiten gegenüberzutreten gezwungen sein wird. Sie gehören beide zum Dreibund, und wir würden äußerst töricht sein, wenn wir nicht die Möglichkeit ins Auge faßten, daß die anderen Mächte des Bundes an dem Kriege teilnehmen könnten, den wir möglicherweise mit dem einen Mitglied des Dreibundes führen. Wir können bei Erwägung unserer Stellung das Bestehen des Dreibundes nicht außer acht lassen.

Bonar Law kam sodann auf die Erklärung Winston Churchills vom 22. Juli und sagte: Churchill beschrieb uns die Wirkung des neuen deutschen Flottengesetzes, und die deutsche Presse hat seine Erklärung als richtig bezeichnet. Ich habe niemals eine schwerer wiegende Erklärung gehört. Ich weiß, es gibt Mitglieder des Hauses, die da denken, es sei **provozierend, unsere Stärke mit der Deutschlands in Vergleich zu stellen.** Das erscheint mir absurd. Der ganze Zweck der Erhaltung unserer Defensivstreitkräfte gründet sich auf die Annahme, eines Tages vielleicht in den Krieg ziehen zu müssen, und wenn wir die Möglichkeit eines Krieges ins Auge zu fassen haben, so müssen wir sie von dem Gesichtspunkte derjenigen Macht erwägen, die am meisten in der Lage ist, uns zu schaden, wenn es zum Krieg kommen sollte. Das soll nicht im geringsten bedeuten, daß wir irgendeine Feindseligkeit oder ein Uebelwollen gegenüber Deutschland empfinden, oder daß wir die Lage Deutschlands nicht verstehen.

Das türkische Parlament und die Offiziersliga.

Konstantinopel, 25. Juli. (W. T. B.) Um 6 Uhr traf der Kriegsminister in der Kammer ein, ergriff das Wort und sagte: Ich bedauere den Zwischenfall, aber seit Einsetzung der Konstitution sind solche Bluffs häufig vorgekommen. Nach dem Offizier, der den Brief zurückgelassen hat, wird gesucht, und natürlich wird er bestraft werden. Auf die Frage, ob auch gegen die Offiziere, die der Presse die Proklamation im Namen der Offiziersliga übergeben haben, Maßnahmen getroffen würden, erwiderte der Minister: Ich werde nach den Offizieren forschen und sie bestrafen. Ich bin erst seit kurzem Minister und ich brauche Zeit, um die Ordnung in der Armee wiederherzustellen. Der Großwesir hat beschlossen, **eine Verfolgung gegen die Zeitungen einzuleiten, die die Proklamation veröffentlicht haben.** Seyid Bey erklärte, die Kammer nehme diese Erklärungen des Ministers zur Kenntnis und wünsche, daß die Schuldigen sobald als möglich bestraft würden. Die Kammer fand die Erklärungen ausreichend.

Beim Baden ertrunken.

Ostseebad Baabe-Rügen, 25. Juli. (W. T. B.) Bei hohem Wellengange sind hier zwei Berliner Damen, Frau von Stuckrad und Frau Direktor Bousset, ertrunken. Kammersänger Rüdiger und Herr von Stuckrad konnten gerettet werden.

Massenvergiftung.

Uelzen, 25. Juli. (H. B.) In Linden wurde gestern eine große Scheune eines Hofbesitzers gerichtet. Nach dem fand eine Mahlzeit für alle Zimmerleute und sämtliche Tagelöhner des Dorfes statt. Noch in derselben Nacht und am heutigen Morgen erkrankten sämtliche Teilnehmer unter Vergiftungserscheinungen. Etwa 35 Personen, Männer, Frauen und auch Kinder liegen im hohen Fieber bedenklich danieder.

Tat eines Geistesgestörten.

Brüssel, 25. Juli. (H. B.) Heute vormittag überfiel ein anscheinend Geistesgestörter im Stadthause einen Priester und verletzte ihn durch Messerstiche. Der Priester ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der Täter erklärte im Verhör, wenn er in der Lage gewesen wäre, so hätte er auch den Kabinettschef und möglicherweise auch den Erzbischof von Mechlen getötet. Er wird einer ärztlichen Untersuchung unterzogen. Er ist ein Arbeiter aus Gent, der bereits früher aus der Armee ausgestoßen war.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

5. Verbandstag der Tapezierer.

Köln, 24. Juli.

3. Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Sitzung referierte Engel-Berlin über:

Die Arbeitsvermittlung im deutschen Tapezierergewerbe.

Der Redner schilderte die Entwicklung der Arbeitsvermittlung, dabei besonders die verschiedenen Haltungen der Gewerkschaften zur Arbeitsnachweisfrage, speziell zum paritätischen Arbeitsnachweis, hervorhebend. Während man sich früher gegen die paritätischen Arbeitsnachweise ausgesprochen habe (Gewerkschaftskongreß 1896), strebe man sie heute fast allgemein an. Die Unternehmer seien gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, sie wollten eigene Nachweise und versuchten, durch diese die Arbeiterorganisationen zu schwächen. Die Abneigung der Arbeitgeber gegen die paritätischen Nachweise rühre daher, weil ihnen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Wege sei. Der Redner besprach dann die Arbeitsvermittlung in den verschiedenen Städten und trat für den Ausbau der Bezirksarbeitsnachweise ein. Für einen Zentralarbeitsnachweis kann er sich nicht erwärmen.

Die Stellung des Verbandstages zu diesem Punkt kommt in folgender, einstimmig beschlossenen Resolution zum Ausdruck:

„Der Verbandstag erklärt, daß die erstrebenswerte Form der Arbeitsvermittelung die obligatorisch paritätische ist. Er bedauert die Stellungnahme des Arbeitgeberschutzverbandes für das Tapezierergewerbe, welcher die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise ablehnt. Solange der Schutzverband an diesem Beschluß festhält, ist es die Aufgabe des Verbandes, in allen Orten, in welchen die Arbeitsnachweisfrage nicht durch gut geleitete, paritätisch kommunale Nachweise gelöst ist, durch Errichtung von Verbandsarbeitsnachweisen die Arbeitsvermittelung zu organisieren. Es ist daher Pflicht der Kollegen, in den Orten, wo die Arbeitgeber die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise ablehnen, mit allen Mitteln die Verbandsarbeitsnachweise zu unterstützen und zu fördern.“

Zum Punkt

Gauorganisation und Agitation

hielt Verbandsvorsitzender Spliedt-Berlin das einleitende Referat. Er behandelte die Fragen: Finanzierung der Gaue, Gaukonferenzen und Aenderung der Gaue: Punkte, die mehr interner Natur sind. Den Gauleitungen wurden bisher 2 Pf. für jede Beitragsmarke zur Bestreitung der Unkosten zugestanden; der Vorstand schlägt nun vor, daß den Gauvorständen die nötigen finanziellen Mittel aus der Hauptkasse zur Verfügung gestellt werden. Die Gaukonferenzen haben sich nach Ansicht Spliedts nicht als fruchtbar erwiesen, das Geld hierfür könne besser für Bezirkskonferenzen verwendet werden. Redner wendet sich gegen weitere Anstellungen von Gauleitern. Der Vorstand stehe auf dem Standpunkt, daß die heute bestehende Einrichtung die zweckmäßigste sei, wenn auch gewisse Aenderungen erfolgen sollen. Die Mitglieder müßten bei der Agitation mehr mitarbeiten.

Zu diesem Punkt liegen zahlreiche Anträge vor, die in der ausgedehnten Debatte ausführlich begründet wurden. Bisher waren fünf Gaue gebildet, denen 2 besoldete und 3 unbesoldete Gauleiter vorstanden. Es ist nun beantragt, für einzelne Gaue besoldete Gauleiter anzustellen. Von Hamburg aus wird verlangt, die bestehende Gaueinteilung aufzuheben und das Verbandsgebiet in vier möglichst gleich große Gaue einzuteilen. Jedem Gau solle ein besoldeter Gauleiter vorstehen. — Mehrere Redner regten an, die Gaue aufzulösen und in größeren Orten Lokalbeamte anzustellen, die die Agitation für den Bezirk zu leiten hätten. Ueberhaupt wurde einer weiteren Ausbreitung des Bezirksleitersystems das Wort geredet. — Bei der Abstimmung wurden Anträge auf Anstellung weiterer Gauleiter, oder Lokalbeamter, die zugleich Bezirksleiter sein sollen, abgelehnt. Die Neueinteilung (Verschiebung) der Gaue wurde dem Vorstand überwiesen. Ebenso ein Antrag, die vom Vorstand eingeführten Agitationstouren über ganz Deutschland einzuschränken. Gaukonferenzen sollen in Zukunft ganz wegfallen und nur Bezirkskonferenzen abgehalten werden. Die Kosten trägt die Hauptkasse.

Zur Beratung stand nun der Punkt:

Ursachen und Verhütung der Berufskrankheiten im Tapezierergewerbe.

Der Referent Becker-Berlin begründete eine Resolution, in der gesagt wird:

„Der Verbandstag erklärt, daß die Durchführung folgender

Leitsätze

mit aller Energie angestrebt werden muß:

1. Beseitigung aller gesundheitsschädlichen Werkstellen, insbesondere aller Kellerwerkstellen.
2. Die Werkstellen müssen ausreichend groß, hell und luftig sein. Für jeden Beschäftigten sind mindestens 15 Kubikmeter Luftraum und 5 Quadratmeter Bodenfläche zu rechnen. Für genügende Lufterneuerung ist zu sorgen.
3. In der Werkstelle ist genügende Waschgelegenheit zu beschaffen. Für Aufstellung und Sauberhaltung von Spucknäpfen ist zu sorgen.
4. Die Werkstellen sind täglich naß zu reinigen. Der Anstrich der Wände ist öfters zu erneuern.
5. Aufbereiten von Polstermaterial in der Werkstatt ist strikte zu verbieten. Als Zupfraum muß ein besonderer, leicht zu lüftender Raum mit hinreichendem Staubabzug vorhanden sein; auch sind möglichst Staubabsaugevorrichtungen zu beschaffen.
6. Altes Polstermaterial, besonders Roßhaar, ist vor dem Wiederverbrauch zu desinfizieren.

Den Filialverwaltungen erwächst die Pflicht durch Vorträge und sonstige Aufklärung unter den Berufsgenossen die Erkenntnis der Gefahren unhygienischer Arbeitsräume zu verbreiten, dem Zustand der Werkstätten ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen und durch geeignete Mittel auf die Beseitigung gesundheitsgefährlicher Werkstellen zu drängen.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Verbandstag stimmte dann en bloc einem Reglement für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag zu.

Die Verhandlungen wurden hierauf vertagt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Kiel veröffentlicht seinen Jahresbericht. Es ist der erste Geschäftsbericht unter der neuen Organisationsform. Am 1. April 1910 wurden bekanntlich die Vororte Hassel, Hasseldiekdamm, Gaarden-Land, Ellerbeck und Wellingdorf in Kiel eingemeindet, wodurch Kiel eine Stadt mit rund 217 000 Einwohnern wurde. Am 1. Juli 1911 schlossen sich die Parteiorganisationen der eingemeindeten Vororte mit der Parteiorganisation des alten Stadtbezirks zu einer gemeinsamen Organisation, dem Sozialdemokratischen Verein Groß-Kiel, zusammen. Die neue Organisationsform ist der Entwickelung der Organisation nur günstig gewesen. Am 1. Juli 1911 hatten alle heute dem Sozialdemokratischen Verein Groß-Kiel angehörenden Vereine 9494 Mitglieder, darunter 1560 weibliche, am 30. Juni 1912 hatte der Sozialdemokratische Verein Groß-Kiel 10 580 Mitglieder, darunter 2067 weibliche. Der gute Zuwachs der weiblichen Mitglieder wurde erreicht durch eine Hausagitation im Herbste 1911. Da bei der Reichstagswahl in der Stadt Kiel 24 321 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, entspricht die Zahl der männlichen Mitglieder (8513) 35 Proz. der Reichstagsstimmen, die gesamte Mitgliederzahl 43,5 Proz. Die rege Agitation, die entfaltet wurde, zeigt sich in den Zahlen der verbreiteten Flugblätter. Es wurden verbreitet 533 210 Flugblätter, außerdem in dem die Stadt umgebenden Landgebiet 116 200 Exemplare der „Schleswig-Holsteinischen Landpost“ und 32 400 Wahlzeitungen. Der Kassenabschluß balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 70 615,17 Mk. Unter den Einnahmen sind 48 346,60 M. Beiträge (der Monatsbeitrag für männliche Mitglieder beträgt 60 Pf., für weibliche 15 Pf.), 10 975,01 M. für die Reichstagswahl und 1742,07 M. für den Maifonds. An die Wahlkreiskasse wurden abgeführt 44 184,98 M., die Stadtverordnetenwahlen kosteten 2236,75 M., für Bildungszwecke wurden ausgegeben 1773,36 M. Da die durchschnittliche Mitgliederzahl 10 364 betrug, im ganzen 117 630 Monatsbeiträge bezahlt wurden, entfallen durchschnittlich auf jedes Mitglied 11,34 Monatsbeiträge. Gewiß ein gutes Kassenresultat.

* * *

Der Sozialdemokratische Zentralverein für den 6. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Pinneberg-Elmshorn) hat jetzt seinen Jahresbericht für 1911/12 herausgegeben. Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich erfreulich entwickelt, sie stieg von 10 564 auf 11 897, also um 12,6 Proz. Besonders gut waren die Erfolge der Genossinnen, die 29 Proz. zunahmen und jetzt 2027 zählen. Die männlichen Mitglieder machen 43,6 Proz. der sozialdemokratischen Wählerstimmen aus. In den Ortsvereinen steigt dieses Verhältnis bis zu 81,3 Proz. an, freilich gibt es auch andere, die nur 18 Proz. der Reichstagswähler organisiert haben. Die Parteipresse, „Hamburger Echo“ und „Schleswig-Holsteinsche Volkszeitung“, wird in 7900 Exemplaren im Kreise gelesen. Die Agitation ist sehr rührig betrieben worden. Abgesehen von der Wahlbewegung wurden 275 500 Flugblätter, 18 000 Schriften und 44 000 Exemplare der Landpost verbreitet, außerdem sind 567 Versammlungen abgehalten worden. Während der Reichstagswahlagitation sind dann noch 480 000 Flugblätter und 150 000 Handzettel verbreitet worden. Vom Verein wurden 224 Versammlungen einberufen und 41 gegnerische Versammlungen durch Redner beschickt. Obwohl in diesem Kreise unsere Bewegung sehr weit gediehen ist, gelang es doch noch nicht, ihn wiederzuerobern. Die Gegensätze sind hier auf die Spitze getrieben. Sehr erfreulich war der große Fortschritt in rein ländlichen Distrikten. Die Wahlbewegung hat 80 000 Mark gekostet. Günstiger waren die Resultate der Kommunalwahlen. Es wurden 5 Stadtverordnetenmandate gewonnen, freilich auch zwei verloren. Ihre Zahl beträgt jetzt 12. Die Zahl der Vertreter in den Landgemeinden erhöhte sich auf 47. Die 28 Ortsvereine hatten eine Einnahme von 68 072,53 M. Davon führten sie 36 662,67 M. an den Zentralverein ab, der selbst 59 705,40 M. Einnahmen hatte. Er konnte 8780,94 M. an den Parteivorstand und 4890,48 M. an die Agitationskommission für Schleswig-Holstein abführen.

* * *

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen nahm nach längerer Debatte folgende Anträge des Genossen Pannekoek zur Aenderung des Organisationsstatuts an:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen spricht sich gegen die Einführung des von der Reorganisationskommission vorgeschlagenen Parteiausschusses aus.

Sie erachtet es als erwünscht, daß eine aus Vertretern der Großstädte und der großindustriellen Bezirke bestehende Körperschaft mit nur beratender und informierender Funktion eingesetzt wird, die die Parteileitung in steter Verbindung mit der Stimmung der Massen hält, auf deren Schultern die Durchführung eventueller Massenaktionen ruht.

Sie erachtet es für eine kräftige, weitblickende und schlagfertige Leitung der Partei notwendig, daß eine Trennung gemacht wird zwischen der aus den Sekretären bestehenden Parteiverwaltung und der eigentlichen politischen Parteileitung, die zusammen den Parteivorstand bilden.“

Den zweiten Absatz des § 8, wie folgt, zu fassen:

„Die Abstimmungen auf dem Parteitag finden nach Organisationen statt, jeder Organisation wird für jedes volle und angefangene Tausend Mitglieder je eine Stimme zuerkannt. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Mehrheit der aufgebrachten Stimmen erforderlich.“

Ferner beschloß diese Versammlung, gegen die Mitglieder der Bremer Parteiorganisation das Ausschlußverfahren zu beantragen, die nach dem Parteitagsbeschluß verpflichtet sind, ihren Tagesverdienst vom 1. Mai an den Maifonds abzuführen, diesem Beschlusse aber bis zum 15. August nicht nachgekommen sind oder bis zu diesem Tage nicht erklärt haben, bis wann sie dem Beschlusse Folge leisten wollen.

* * *

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Düsseldorf bringt soeben seinen Jahresbericht heraus. Der Bericht weist eine Steigerung der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre von 1632 auf. Von dieser Zunahme entfallen auf die männlichen Mitglieder 1235 und auf die weiblichen 397. Insgesamt zählt die Organisation jetzt 7116 Mitglieder (5722 Genossen und 1394 Genossinnen). Im Vorjahre waren es 5484 Mitglieder (4487 männliche und 997 weibliche). An Mitgliederbeiträgen wurden 32 170,70 Mark vereinnahmt. Der Verein erhebt von männlichen Mitgliedern 50, von weiblichen Mitgliedern 30 Pf. Beitrag pro Monat.

* * *

Der Sozialdemokratische Verein Braunschweig beschloß am Mittwoch zum Organisationsstatut der Partei, sowohl eine Erhöhung der Beiträge, als auch den Vorschlag, die Reichstagsfraktion zu einem Drittel an den Parteitagen teilnehmen zu lassen, abzulehnen. Eine Abordnung von 15 Fraktionsmitgliedern wurde für ausreichend gehalten. Der vorgesehene Ausschuß für die Partei

Kleines Feuilleton.

Wie ein Blinder durch die Großstadt geht. In „Ueber Land und Meer“ erzählt Ernst Haun allerlei von dem Segen der modernen Blindenerziehung, die er, selbst ein Lichtloser, genossen, und beschreibt anschaulich, wie ein Blinder allein durch die Großstadt geht: „Dort müssen hohe Häuser stehen, wahrscheinlich vierstöckige, denn der Schall meiner Tritte kommt hart und hell zurück. Wären es niedere Häuser, dann würde das Geräusch der Schritte im weiten Luftraum echolos verhallen. Jetzt treten die Häuser anscheinend zurück, denn der Widerhall ist weniger exakt. Dort werden wohl Vorgärten sein, und die Bäume und die Sträucher saugen einen Teil des Halles auf, halten ihn fest. Richtig, ich habe mich nicht getäuscht, denn dort rauscht ein Baum. Es klingt wie Rasseln, wie Knattern, der Baum muß also harte Blätter haben. Vielleicht eine Platane. Jetzt wieder rauscht es tief und voll, das muß ein Baum mit dichter, voller Krone sein, er ist groß. — Jetzt kommt es wie ein kleines, feines Glöckchen herübergebimmelt: das muß der feine Strahl einer Fontäne sein. Dort ist also ein feiner, vornehmer Ziergarten, und darin liegt gewiß auch eine vornehme Villa. — Ah, jetzt klingt Kinderlachen heraus, das klingt so hell und rein, als zählte man Silbergeld. Es wird ein kleines Mädchen sein, Knabenstimmen sind meist härter. Wie alt wird sie sein? Vielleicht zweijährig, denn ihre kleinen Füße trippeln noch recht unsicher. — Da: „Hasch, hasch!“ machte eine Frauenstimme hinter der Kleinen her. Ob es die Kindergärtnerin ist? Jung ist sie, denn ihre Stimme hat noch den weichen Schmelz der Jugend, doch ihr Kleid rauscht wie schwere Seide. Wird das nicht eher die Mutter selbst sein? — Ein schwerer Tritt kommt jetzt die Straße herauf. Wie leere blecherne Kochtöpfe, so hohl und ungeschickt setzen die Beine Stiefel nach Stiefel plump auf das Trottoir. Eine Frau ist es nicht, sie hätte nicht so plumpe Stiefel, auch würde ihr Kleid den Schall ganz bedeutend abdämpfen, es ist ein einfacher Mann. Aber er lebt in gefestigter Position, denn sein ruhig-bedächtiger Schritt zeigt deutlich sein inneres Gleichgewicht, seine behagliche Selbstzufriedenheit. Jetzt kommt dort ein junger Mensch; denn sein Gang ist elastisch und rasch. Den neuesten Gassenhauer pfeift er: er wird also den unteren Gesellschaftskreisen angehören! — Und jetzt, es riecht nach Milch! Hier ist also das Milchgeschäft, nun noch zwanzig Schritte, und meine Haustür ist da!“

Reklame! Wohin der Großstädter schauen mag, begegnet ihm die Reklame. Sie wartet sozusagen schon an seiner Wiege mit „Schnuller“ und „Nestles Kindermehl“. Und sie begleitet ihn fortan als guter Engel oder auch als böse Begierden weckender Dämon durchs ganze Leben. Jedes Wäschestück, jeder Knopf an seiner Garderobe — alles, womit er sich kleidet von Kopf bis zu Fuß, trägt den Firmenstempel des Verfertigers oder Verkäufers, Bierfilze und Holzzahnstocher, nebst unzähligen Gebrauchs- oder Luxusgegenständen vom nichtigsten bis zum kostbarsten predigen ein gleiches. Tut der Großstadtbewohner einen Schritt außer Hause, so winkt ihm die Reklame in tausendfacher Form und Gestalt als Gewerbesymbol, als Ladenschild, als Plakatbild von allen Wänden bis hinauf unters Dach und noch höher. Reklamen sind die modernen Schminken und Schönheitspflästerchen auf dem Antlitz der Großstadtstraße. Daher mag es kommen, daß nun dies unzählige Male verunstaltete Gesicht heute grinst wie eine chinesische Theatermaske, morgen verführerisch lächelt wie eine gelüstige Tänzerin. Ihren Lockungen vermag niemand zu entrinnen; denn ihrer Reizmittel sind Legion, und ihre Opiate wirken noch sinnberückender wie Haschischrausch. Ohne Reklame kein Handel und Wandel, kein ersprießlicher Geschäftsumtrieb — und kein illusionistisches Lebensgenießen.

Freilich — „umsonst“ gibt es nichts in diesem kapitalistischen Reich der Reklame. Sie weiß das sehr wohl, die Zauberin; aber sie versteht auch vielsagend zu schweigen, wenn sie mit der ziffernmäßigen Geschäftsnota uns zugleich neue Blendbilder verlockend vor Augen hält. Ja, sie tritt wohl gar in letzter Stunde an unser Sterbebett, um als Fee Morgana himmlisch lächelnd hinzudeuten — auf ein „Sargmagazin dicht neben dem Standesamt“.

Sind die Protozoen wirklich Urtiere? Ein Hauptsatz der Deszendenztheorie läßt die Organismen aus niederen Formen sich entwickeln und unterscheidet „höhere“ Tiere von „niederen“, und Metazoen, aus Zellkomplexen bestehend, von einzelligen Protozoen. Der Differenzierung zwischen hoch und niedrig liegt eine allzu menschliche Anschauung zugrunde: Der Mensch ist das höchste Entwickelungsprodukt, was ihm mehr ähnelt, wird ein höherer, was ganz anders konstituiert ist, ein niederer Organismus genannt. Nun ist aber, was seinen Bau anbetrifft, der Mensch keineswegs in allen seinen Teilen das höchst entwickelte Wesen. Nur in wenigen Punkten erweist sich der Körper des Menschen weitergebildet als der des Affen, z. B. in der Hand, in anderen ist er viel primitiver als diese, so im Gebiß. Zu dem gleichen Resultat kommt man bei der Vergleichung verschiedener Tierformen untereinander. Also verläuft die „Entwickelung von der Amöbe zum Menschen“ nichts weniger als gradlinig. Auch die am Anfang der Reihe stehenden einzelligen Individuen, die Protisten der Protozoen, sind, wie Dr. B. Franz erst kürzlich in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ darlegte, keineswegs so einfach organisierte Individuen, daß man sie mit einer Zelle des Tierkörpers, z. B. einer Leberzelle, vergleichen könne. Vielmehr sind sie außerordentlich komplex zusammengesetzt. Ihre Organe sind bloß nicht sichtbar differenziert. Man kann nicht von einer größeren Einfachheit der Amöbe, die Scheinfüße ausstreckt oder Geißelbewegungen macht, sprechen, weil sie dies im Gegensatz zu anderen Tieren ohne Hilfe von Muskeln und Nerven ausführt. — Ebensowenig wie der Affe der Stammvater des Menschen, ebensowenig ist der Protist der Urzelle, aus der sich alle anderen Organismen entwickelt haben, gleichzusetzen, Affe und Mensch haben vielmehr gemeinsame uns unbekannte Ahnen. Der Protist ist schon so hoch entwickelt, daß er eine für ihn charakteristische vollkommene Organisation darstellt. Auch er hat noch eine weite Entwickelungsreihe von der Urzelle durchmachen müssen.

Mit solchen und ähnlichen Anschauungen, die heute unter Zoologen und Biologen sehr im Flusse sind, wird die Deszendenztheorie gewiß nicht geleugnet, sondern im Gegenteil vertieft. In den gesamten organischen Naturwissenschaften tritt überall an Stelle der anatomischen Betrachtung und der Folgerungen aus ihr eine höhere Bewertung der Funktion.

Notizen.

— **Ein Protest gegen die Zensur.** Eine große Reihe von Künstlern bringt folgenden Protest in die Oeffentlichkeit: „Gegen das Urteil des Bezirksausschusses, der das polizeiliche Verbot der Aufführung von Franz Dülbergs „Korallenkettlin“ in gerechter Würdigung der sittlichen und künstlerischen Eigenschaften des Stückes aufgehoben hatte, hat der Polizeipräsident von Schöneberg Berufung zum Oberverwaltungsgericht eingelegt und so die Hoffnung des Verfassers, sein Werk endlich dem Urteil des Berliner Publikums unterbreiten zu können, wieder auf einige Monate hinaus vernichtet. Wir erheben Protest gegen diese unablässige Bekämpfung eines ernsten Kunstwerkes.“

— **Kino-Pleiten.** In den letzten Wochen haben wieder eine Reihe Kinematographentheater ihre Pforten schließen müssen. Soweit es festzustellen war, gingen innerhalb ganz kurzer Zeit in Berlin 18 Kinotheater ein. Bei den hohen Leihgebühren für die Films und den sonstigen Unkosten können viele Unternehmen eine stille Zeit nicht überstehen und müssen eben schließen. Andere Kinotheater wieder setzen einfach vier Wochen aus. Wie groß die Konkurrenz bereits ist, wird dadurch erhellt, daß einzelne Kinos ihren Eintrittspreis bereits auf 10 Pf. herabgesetzt haben. Die kleinen Unternehmen werden von den Großbetrieben erdrückt.

— **Luftschiffahrtshoffnungen von 1844.** Einen prophetischen Hinweis auf die Luftschiffahrt fand man jüngst beim Abbruch eines alten Geschäftshauses in Stuttgart. In einem Grundstein lag eine Hausurkunde vom Jahre 1844, die auf den Eisenbahnbau hinwies, der 1844 in Stuttgart begann, „wo man auf durch Dampfkraft getriebenen Wagen 6—10 Stunden in einer Stunde zurücklegen will“. Daran anknüpfend, schließt die Urkunde mit dem prophetischen Satz: „Vielleicht ist es bis zu der Zeit, in welcher diese Urkunde gefunden wird, so weit, daß man geregelte Luftreisen macht.“

— **Ein byzantinischer Schatz** von erstaunlichem Umfang (schon das Goldgewicht beträgt 16,38 Kilo, das des Silbers $1\frac{1}{2}$ mal so viel) wurde von zwei Bauernjungen im russischen Gouvernement Poltawa gefunden. Es sind über hundert silberne und goldene Prunkgeräte, Waffen, Schmucksachen. Die jüngsten Münzen gehören dem 7. Jahrhundert an, die ältesten Stücke dem fünften und vierten Jahrhundert. Die Herkunft der Gefäße usw. ist teils byzantinisch, teils sassanidisch. Der Fund, der so recht die urwüchsige Kapitalanhäufung in Form eines Schatzes veranschaulicht, ist nach Petersburg geschafft worden, er soll der Sammlung der Eremitage einverleibt werden. Sein Wert wird auf eine Million Mark geschätzt.

wurde ebenfalls abgelehnt und beschlossen, zu beantragen, den Parteivorstand um sieben ehrenamtliche Mitglieder zu vermehren.

* * *

Die sozialdemokratische Kreisorganisation des 7. sächsischen Reichstagswahlkreises, Meißen-Großenhain, hielt am vorigen Sonntag ihre Generalversammlung ab. Der Vorstandsbericht ließ eine außerordentlich günstige Entwickelung erkennen. Die Mitgliederzahl des Kreisvereins betrug zu Beginn des Jahres 5128, welche Zahl sich bis zum Jahresschluß auf 6413 erhöhte. Weibliche Mitglieder waren zu Anfang des Jahres 460 vorhanden. Diese Zahl hatte sich im Laufe des Jahres fast verdoppelt und betrug am 30. Juni dieses Jahres 891. Versammlungen haben 367 stattgefunden. Davon waren 204 Vereins- und 163 öffentliche Versammlungen. Von den letzteren entfielen 100 auf die Zeit des Reichstagswahlkampfes. Die Zahl der verbreiteten Flugblätter betrug 414 850, die der Broschüren 21 000 Exemplare, worunter 16 000 Agitationskalender enthalten sind. Von der Gesamtzahl der verbreiteten Druckschriften entfallen allein rund 275 000 auf die Zeit des Reichstagswahlkampfes. Auch die Zahl der in den Gemeindeparlamenten tätigen Genossen hat sich wiederum erhöht. Es waren am Schluß des Berichtsjahres insgesamt 134 sozialdemokratische Gemeindevertreter zu verzeichnen gegen 119 am Schlusse des Vorjahres. Diese verteilen sich auf 3 Städte und 63 Landgemeinden. Trotz des Reichstagswahlkampfes und verschiedener anderer wesentlicher Ausgaben hat sich der vorhandene Kassenbestand im ganzen Kreise nur um 2385,53 M. gegen den des Vorjahres verringert. Die Gesamteinnahme inkl. des Kassenbestandes betrug 42 092,31 M. Die Ausgabe bezifferte sich auf 35 650,02 M., so daß ein Kassenbestand von 13 442,29 M. verblieb.

Die Früchte der im verflossenen Geschäftsjahre entfalteten Tätigkeit zeigen sich vor allem in dem Ausfall der Reichstagswahl. Während wir im Jahre 1907 14 174 Stimmen auf unseren Kandidaten vereinigten und in der Stichwahl unterlagen, hatten wir diesmal 17 130 Stimmen erhalten und eroberten damit im ersten Wahlkampfe das Mandat. Ferner hat von der günstigen Entwickelung auch die Presse wesentliche Erfolge zu verzeichnen gehabt, die Zahl der Abonnenten ist erheblich gestiegen.

Einen weiteren wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Genossen Richard Schmidt, des Vertreters des Kreises im Reichstage, über die Vorschläge der Reorganisationskommission. Hierzu wurde von der Generalversammlung beschlossen, dem Parteitage in Chemnitz folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Die §§ 20, 21 und 22, die Errichtung des Parteiausschusses betreffend, zu streichen und hierfür die Zahl der unbesoldeten Beisitzer im Vorstande um 5 zu vermehren.
2. Die Reichstagsfraktion durch eine Delegation von 5 Mitgliedern auf dem Parteitage vertreten zu lassen.

* * *

Am Dienstagabend nahm die Parteiorganisation des Wahlkreises **Nürnberg-Altdorf** in einer Versammlung Stellung zu den beiden Parteitagen. Das einleitende Referat hatte Genosse Giermann übernommen, der für den bayerischen Parteitag folgende Resolutionen und Anträge begründete:

1. Der bayerische Parteitag hält eine Beitragserhöhung, wie sie in dem Antrag des Parteivorstandes an den deutschen Parteitag vorgesehen ist, für eine Gefährdung unserer Organisationen in den rein ländlichen Bezirken und als nicht geeignet zur Festigung der notwendigen Positionen auf dem platten Lande als Grundlage künftiger Wahlerfolge.

Er erwartet von den Delegierten des deutschen Parteitages, daß sie an dem bisherigen Zustand, der die Festsetzung der Beiträge den einzelnen Vereinen überläßt, festhalten.

2. Die Mitgliedschaft des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Altdorf hält eine Zurückstellung der Reform des bestehenden Gemeindewahlprogramms bis zur Erledigung der in der Resolution der zur Abänderung des Gemeindewahlprogramms eingesetzten Kommission erwähnten Gesetzesvorlagen als nicht zweckmäßig und erforderlich.

Sie hält es vielmehr für dringend notwendig, daß bis spätestens Frühjahr 1914 die ausgearbeitete Vorlage den Mitgliedschaften unterbreitet wird, damit eine eingehende Besprechung und Beratung derselben erfolgen und auf dem nächsten bayerischen Parteitag endgültige Beschlüsse gefaßt werden können.

Das neue Gemeindewahlprogramm muß als Grundlage der nächsten bayerischen Gemeindewahlbewegungen dienen.

3. Der bayerische Parteitag wolle beschließen: „Doppelkandidaturen für Reichstag und Landtag sind in Zukunft unzulässig."

Für den deutschen Parteitag begründete Giermann folgende Anträge:

1. Die in der Vorlage zur Aenderung des Organisationsstatuts in § 5 aufgenommene Bestimmung:

„Der Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder monatlich 40 Pf. oder wöchentlich 10 Pf. und für weibliche Mitglieder monatlich 20 Pf. oder wöchentlich 5 Pf."

ist zu streichen und die Festsetzung der Beitragshöhe den einzelnen Bezirksverbänden und Landesorganisationen wie bisher zu überlassen.

2. Der deutsche Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Nürnberger Parteitages (Antrag 90) betreffend die Ablieferung des Tagesverdienstes für alle Genossen, die ohne Verdienstentgang den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern können, ist aufzuheben.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Mit Ausnahme des letzten Antrages wurden alle Anträge gegen eine oder zwei Stimmen angenommen.

Der letzte Antrag, dem noch folgende Begründung beigegeben war, wurde abgelehnt:

„Die Nürnberger Parteigenossen stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die würdigste Feier des 1. Mai die Arbeitsruhe ist. Da der Nürnberger Beschluß (Antrag 90) Anlaß zu fortgesetzten Differenzen innerhalb der Partei gibt und damit zu einer Schädigung der Maifeieridee führt, beantragen die Nürnberger Genossen die Aufhebung dieses Beschlusses."

Ein Antrag Fiebig, den Leipziger Beschluß gegen den Branntweingenuß zu erneuern und der Presse die Aufnahme der Schnaps- und Likörinserate zu untersagen, fand, nachdem Genosse Rössing gegen den zweiten Teil gesprochen hatte, in seinem ersten Teil Annahme; der zweite Teil wurde mit starker Majorität abgelehnt. Als Delegierte für den deutschen Parteitag wurden gewählt: Karl Giermann, Konrad Dorn, Wilhelm Herzberg, Martin Treu, Max Süßheim, Helene Grünberg.

* * *

Der sozialdemokratische Verein Stuttgart veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1911/12. Die Mitgliederzahl stieg im verflossenen Jahr von 6833 auf 9157, das ist um 2324 gleich 34 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist 712. Die Beitragsleistung erhöhte sich von 28 236 M. im Jahre 1910/11 auf 38 303 M. im letztverflossenen Geschäftsjahr. Von diesen regulären Einnahmen hat der Stuttgarter Verein mehr als die Hälfte, 19 600 M., an den Parteivorstand, die Landes- und Kreiskasse abgeführt. Ihm bleiben vom 10-Pf.-Wochenbeitrag nur 4½ Pf. Einkassier- und sonstige Kosten schmälern auch noch diesen Betrag. Dabei hat der Verein jedes Jahr heftige Wahlkämpfe durchzufechten; der vorjährige Gemeindewahlkampf verursachte eine Ausgabe von 4600 M. Bisweilen folgen mehrere Wahlen nacheinander. Die Folge der Knappheit der Mittel bei aller Opferwilligkeit der Genossen ist, daß wichtige Aufgaben nicht in Angriff genommen werden können. So ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, der aufstrebenden Jugendorganisation zur Schaffung des dringend notwendigen Jugendheims finanzielle Beihilfe zu leisten.

Die Gesamtausgaben des Stuttgarter Vereins erhöhten sich im letzten Geschäftsjahr von 36 382 M. auf 52 013 M. Bemerkt sei noch, daß die Zahl der politisch Organisierten 34 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler beträgt.

Das Versammlungsleben war äußerst rege: die Bezirke veranstalteten 135 Versammlungen, die Gesamtpartei 13 allgemeine Mitgliederversammlungen und 17 große öffentliche Versammlungen, die zumeist außerordentlich stark besucht waren. Der Broschürenabsatz steigerte sich von 7304 im vorhergehenden Jahre auf 15 436 im letzten Jahre. Dazu kommen 26 000 Broschüren, die bei den Gemeinde- und Reichstagswahlen unentgeltlich verbreitet wurden. Größere Flugblätter wurden 605 000 verteilt.

Ein Sozialdemokrat zum Senator gewählt. Die Stadtverordnetenversammlung in Waltershausen (Gotha) wählte am Dienstag abend den Genossen W. Stapf mit 6 gegen 4 Stimmen zum Senator an Stelle des langjährig tätigen Senators Bardorf. Stapf soll in der nächsten öffentlichen Sitzung verpflichtet werden. — Weiter nahm einen günstigen Ausgang für unsere Partei die Gemeindevertreterwahl in Ichtershausen. Von 149 abgegebenen Stimmen entfielen auf unsere Liste 85 bis 96, auf die der Gegner nur 45 bis 55 Stimmen. In dieser gothaischen Gemeinde gibt es nun 8 sozialdemokratische und zwei bürgerliche Gemeindevertreter.

Jugendbewegung.

Ein Massenausflug der Berliner Arbeiterjugend.

Man schreibt uns:

Im März d. J. lud der Jungdeutschlandbund in Berlin alle „auf nationalem Boden" stehenden Jugend- und Jünglingsvereine zur Teilnahme an einem „großen Kriegsspiel" in Döberitz ein. Es sollte zugleich eine Art Kundgebung der nationalen Jugendbewegung werden. Den Teilnehmern wurden verschiedene Vergünstigungen versprochen. Nach dem Spiel sollten sie mit Maggisuppen kostenlos „gestärkt" werden; das Fahrgeld, das sonst 1,50 M. beträgt, wurde ihnen auf 50 Pf. ermäßigt. Und der Erfolg? Trotz eifrigster Agitation der nationalen Jugendvereine und einiger Fortbildungsschullehrer und trotz der in Aussicht gestellten Vergünstigungen beteiligten sich knapp 2000 Jugendliche an der Veranstaltung. Die bürgerliche Presse berichtete zwar von 4000 Teilnehmern. Aber die überwiegende Masse dieser nationalen Kundgebung bildeten Schüler, die noch nicht 14 Lenze zählten. Selbst Kerlchen von 8 Jahren halfen hier, den Feind in die Flucht zu schlagen.

Dieses Fiaskos des bürgerlichen Jugendfanges erinnerten wir uns, als wir am letzten Sonntag die bei Charlottenburg an der Havel gelegene reizende Halbinsel Pichelswerder betraten. Wir erblickten da ein munteres Völklein, das fast über die ganze Halbinsel verstreut, ihre jungen Glieder im lustig-freien Spiel kräftigte. Es war die Berliner Arbeiterjugend, die sich stolz zur proletarischen Jugendbewegung bekennt, ungeachtet der Verfolgungen, die sie dadurch zu erleiden hat. Keine Maggisuppen wurden ihr gereicht. Auch keine Fahrpreisermäßigung ist ihr gewährt worden. Und doch war sie in Scharen (und zwar zu Fuß, wohl um der ungerechten Eisenbahnverwaltung ein Schnippchen zu schlagen) herbeigeeilt zum gemeinsamen fröhlichen Spiele. Mehr als 3000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen wurden gezählt. Zu ihnen gesellten sich in den Nachmittagsstunden etwa 1000 erwachsene Arbeiter mit ihren Familien. Es war ein buntes Treiben, das sich hier entwickelte. Auch dem griesgrämigen Miesepeter mußte beim Anblick dieses fröhlichen jungen Völkleins das Herz im Leibe hüpfen.

Als die Sonne sich neigte, formierten sich die Spielenden zu kleinen Gruppen, die sich wiederum zu einer imposanten Versammlung vereinigten. Fast jede Gruppe trug eine Fahne oder ein Banner an der Spitze, auf denen mit jugendlichen Händen die Namen der Gruppen gestickt worden waren. Diese Namen verrieten einen köstlichen Humor, der der Arbeiterjugend innewohnt. Da nannte sich eine Gruppe: Jagows Lieblinge, eine andere bezeichnete sich als: Bund der Aufgelösten. Andere Jugendliche ließen durch ihr Schild den Ruf verkünden: Hurra, wir leben noch! Aehnliche originelle Namen hatten sich noch mehrere der vielen Gruppen beigelegt.

Genosse Max Grunwald, der an dem Massenausflug teilgenommen, hielt eine zündende Ansprache an die in so großer Stärke versammelte Jungmannschaft des Proletariats. Er ermahnte sie, sich zu rüsten für den bevorstehenden Lebenskampf. Der innere Geist der Solidarität müsse sich stärker erweisen, als die äußeren Ketten einer Organisation, die die Behörden den Jugendlichen geraubt haben. Daß des Redners eindringliche Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren, bewies der stürmische Beifall, den er erntete.

Damit hatte der Ausflug sein offizielles Ende erreicht. In kleineren Trupps, wie sie angekommen waren, wanderten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Heimen zu.

Ein besonderes Lob gebührt der aufopfernden Tätigkeit der 50 Arbeitersamariter, die in etwa 60 Fällen, darunter einige Ohnmachtsanfälle und Verletzungen, Hilfe leisteten. Ihrem schnellen Eingreifen war es zu danken, daß alle Verunglückten bald auf dem Posten sein konnten.

Soziales.

Die Unfallgefahren in der Holzindustrie.

Die Ausstellung von Abbildungen verstümmelter Hände und sonstiger Objekte zur Demonstrierung der Unfallgefahren in der Holzindustrie, die vier Wochen lang im Gewerkschaftshause zu sehen war, hat am 21. Juli ihre Pforten geschlossen. Sie hat viel Beachtung gefunden, und man darf sagen, daß sie ihren Zweck, weitere Kreise mit den Gefahren bekannt zu machen, die den Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen bedrohen, erfüllt hat. Es wäre zu wünschen, daß das diesem Gegenstand entgegengebrachte Interesse anhält. Denn nur so darf man hoffen, daß die Forderungen, welche die Maschinenarbeiter an die Gewerbeinspektion, an die Berufsgenossenschaften und an die Gesetzgebung zur Verminderung der Unfallgefahr stellen, der Erfüllung näher gebracht werden.

Eine der wichtigsten Unfallursachen, wenn auch nicht die einzige, ist die Gleichgültigkeit der Unternehmer gegen die den Arbeitern drohenden Gefahren. Aus **unangebrachter Sparsamkeit** wird oft versäumt, die notwendigsten Schutzvorrichtungen an den Maschinen anzuschaffen. Mit dieser Tatsache rechnet auch die Gesetzgebung, denn die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften ist ja zu einem guten Teil darauf gerichtet, derartige Verfehlungen gegen die Anforderungen eines rationellen Unfallschutzes festzustellen und für Abhilfe zu sorgen. Dabei soll keineswegs verschwiegen werden, daß auch manche Unfälle durch die Gleichgültigkeit der betroffenen Arbeiter verursacht werden, die entweder nicht energisch auf die Beschaffung der erforderlichen Schutzvorrichtungen drängen oder gar vorhandene Schutzvorrichtungen nicht benutzen. Inwieweit die Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen auf den direkten oder indirekten Wunsch der Unternehmer erfolgt, soll hier nicht untersucht werden. Soviel steht aber fest, daß jedem Unternehmer, der auf eine Verminderung der Unfallgefahren bedacht ist, auch die Mittel zur Verfügung stehen, die Benutzung der Schutzvorrichtungen durch die Arbeiter nötigenfalls zu erzwingen. In dieser Beziehung macht sich der Einfluß der Organisation sehr wesentlich bemerkbar. Das wird von einsichtigen Aufsichtsorganen auch rückhaltlos anerkannt. In den Berichten der Gewerbeinspektoren wird des öfteren konstatiert, daß der **Deutsche Holzarbeiterverband** sich energisch bemüht, die Arbeiter zur Benutzung der Schutzvorrichtungen anzuhalten. Die Veranstaltung der erwähnten Ausstellung, die als **Wanderausstellung** gedacht ist, also auch in anderen Städten gezeigt werden wird, ist wohl als vollgültiger Beweis für das ernste Streben des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf diesem Gebiet zu betrachten.

Es gibt aber auch Leute, denen das Arrangement der Ausstellung nicht gefallen hat. Zu ihnen gehören die Männer von der **Berliner Tischlerinnung**, die sich in ihrer letzten Quartalsversammlung sehr darüber entrüstet haben. Besonders hat es sie gewurmt, daß das „Berliner Tageblatt" in einer Besprechung der Ausstellung die **Hauptschuld** an den Unfällen den **Unternehmern** beimißt, die **„aus Gründen der Sparsamkeit"** lange nicht alle existierenden Schutzvorrichtungen an ihren Maschinen anbringen. Der Aerger der Unternehmer kommt in einem Artikel zum Ausdruck, den die **„Fachzeitung"** der Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands abgedruckt hat. Durch den Artikel soll bewiesen werden, daß die Unternehmer von jeher ihr möglichstes getan haben, die dem Betriebe anhaftenden Gefahren zu mildern, und daß im Grunde die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen gar nicht so groß sind, wie es von den Arbeitern hingestellt wird.

Diesem Versuch gegenüber, die Unternehmer weiß zu waschen, weist die **„Holzarbeiter-Zeitung"** an der Hand des letzten Jahresberichts der **Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft** nach, daß diese Berufsgenossenschaft von den 45 623 ihr unterstehenden Betrieben nur 5802 oder **12,7 Proz. revidiert** hat. Von den revidierten Betrieben gaben nicht weniger als 2444 oder **42,12 Proz. zu Beanstandungen Anlaß.** Man sollte es kaum glauben, was für Selbstverständlichkeiten erst angeordnet werden mußten. So mußte die Anbringung oder Aenderung des **Spaltkeils an Kreissägen** in 593 Fällen angeordnet werden. 584 Anordnungen betrafen die untere, 453 die obere Sägeblattverkleidung. Bei **Bandsägen** mußte in 650 Fällen die Verkleidung des Sägeblatts und der Sägescheiben gefordert werden; in 822 Fällen fehlten die erforderlichen Schutzvorrichtungen an **Tischfräsen.** Seit Jahren wird immer dringender nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von den Gewerbeinspektoren und den Berufsgenossenschaften die **Beseitigung der Bierkantwelle** an den **Hobelmaschinen** verlangt. Durch die runde Welle wird die Gefährlichkeit dieser Maschine, die so viele verstümmelte Hände verschuldet hat, ganz bedeutend herabgemindert. Die Beamten der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft haben, obwohl sie nur 12,7 Proz. der Betriebe revidierten, in nicht weniger als **1115 Fällen die Rundgestaltung der Messerwelle** verlangen müssen. Insgesamt haben sie **8818 Anordnungen** getroffen. Da gehört doch eine dreiste Stirn dazu, angesichts solcher Ziffern behaupten zu wollen, daß die Unternehmer von jeher alles getan hätten, um die Gefahren herabzumindern!

Richtig ist, daß an der Hand der Zahlen der Berufsgenossenschaft der **Rückgang der Unfallhäufigkeit** konstatiert werden kann. Die Unternehmer haben aber durchaus keine Veranlassung, die eingetretene Besserung als besonderes Verdienst für sich in Anspruch zu nehmen. Die vielen von den Aufsichtsbeamten konstatierten Mängel würden eher berechtigen, zu sagen, daß die Unfallhäufigkeit sich vermindert hat **trotz** des Widerstandes, den viele Unternehmer den Bestrebungen zur Verminderung der Unfallgefahren entgegensetzen. Auf der anderen Seite lassen aber auch die von der Berufsgenossenschaft veröffentlichten Zahlen erkennen, welche Fortschritte die **Rentenquetscherei** in den letzten Jahren gemacht hat. Im Jahre 1907 wurden noch 23,04 Proz. der gemeldeten Unfälle entschädigt; im Jahre 1908 waren es nur noch 22,03 Proz., 1909 gingen die entschädigten Unfälle auf 21,22 Proz. und 1910 auf 20,04 Proz. der gemeldeten zurück. Die Berufsgenossenschaft und die Unternehmer, welche deren Verwaltung in Händen haben, werden allerdings behaupten, aus den Zahlen ergebe sich, daß die Unfälle immer weniger schwer werden. Die aus anderen Quellen hinreichend bekannte Rücksichtslosigkeit der Berufsgenossenschaften gegen die Unfallverletzten läßt aber die wahren Ursachen des Rückganges der Zahl der entschädigten Unfälle unschwer erkennen.

Dem Verteidiger der Unternehmer gefällt es nicht, daß die Arbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen als die **gefährlichste** hingestellt wird. Seien doch von den bei den vier Berufsgenossenschaften der Holzindustrie versicherten Arbeitern im Jahre 1910 nur 45,44 pro Tausend verletzt worden, während 24 andere Berufsgenossenschaften höhere Unfallziffern aufweisen. Das mag stimmen. Bei der Beurteilung der Unfallziffern in der Holzindustrie muß aber berücksichtigt werden, daß die Masse der versicherten Arbeiter in verhältnismäßig geringem Maße gefährdet ist; die eigentlich Gefährdeten sind hauptsächlich die **Maschinenarbeiter,** die aber nur einen kleinen Bruchteil der Holzarbeiter umfassen. Zur Beurteilung des Unfallrisikos der Maschinenarbeiter liegen keine anderen Zahlen vor, als die Ergebnisse einer Erhebung, welche die **Berliner Maschinenarbeiter** im Jahre 1905 aufgenommen haben. In diesem Jahre kamen **auf 1000 Beschäftigte nicht weniger als 572,4 Verletzte!** Das berechtigt wohl, von den Maschinenarbeitern in der Holzindustrie als dem gefährdetsten Beruf zu sprechen.

Die „Holzarbeiter-Zeitung" weist übrigens darauf hin, daß der Kampf gegen die Unfallgefahren ein Gebiet ist, auf welchem die Unternehmer und Arbeiter, unbeschadet ihrer sonstigen Gegensätze, Hand in Hand arbeiten können. Bei der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft hat man das erkannt, und die verhältnismäßig niedrige Unfallziffer (35,99 pro Tausend gegen 39,26 bei der Sächsischen, 46,92 bei der Norddeutschen und 58,14 bei der Bayerischen Holzberufsgenossenschaft), die dort erzielt wurde, dürfte auf dieses verständige Hand-in-Hand-Arbeiten zurückzuführen sein. Dieses Verhalten ist jedenfalls vernünftiger, als der Versuch, die Ausstellung zu verdächtigen, die doch das ernste Streben des Deutschen Holzarbeiterverbandes erkennen läßt, den Unfallgefahren entgegenzuwirken.

---

§ 63 H.G.B.

Folgende Zuschrift geht uns zu:

In der Nummer vom 21. d. M. Ihrer Zeitung bringen Sie einen Artikel mit der Ueberschrift „§ 63 des H.G.B.". Bezugnehmend auf den betreffenden Paragraphen des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Berichtigung:

1. Ich bin kein Händler, sondern ein handelsgerichtlich eingetragener Kaufmann.
2. Das Objekt ist nicht 90 M., sondern 450 M.
3. Der Hinterlegung ist stattgegeben worden, weil Berufung möglich ist und auch eingelegt worden ist. Termin ist am 2. Oktober.
4. Das Berufungsgericht wird zu entscheiden haben, ob jemand, der mit Lungentuberkulose behaftet ist und im Engagementsvertrage erklärt, daß sie vollkommen gesund sei, überhaupt rechtsgültig engagiert ist.

Hochachtungsvoll
Alfred Baum,
Inhaber der Firma Herm. Baum Sohn, Beisitzer des Kaufmannsgerichts zu Berlin.

Die Ansicht des Einsenders, ein handelsgerichtlich eingetragener Kaufmann sei kein Bijouteriewarenhändler, wird wohl niemand teilen. Den Bericht nahmen wir auf, weil aus ihm hervorgeht, daß in dem Baumschen Handelsgeschäft die dem Gehilfen im § 63 H.G.B. gewährleistete Gehaltszahlung auf die Dauer von 6 Wochen im Krankheitsfall ausgeschlossen ist.

Aus Industrie und Handel.

Schutzzolljammer.

Daß eine Handelskammer, die, wie die Dortmunder, im Herzen der Großindustrie domiziliert, genötigt ist, Jammertöne über den Schutzzollsegen auszustoßen, ist jedenfalls sehr beachtenswert. Und

In ihrem letzten Bericht muß die Kammer, obwohl die großen Stahlwerke die Väter der Schutzzollpolitik sind, sehr lebhaft lamentieren. Man liest da u. a.:

„Wie im Vorjahre, so möchten wir auch heute hervorheben, daß durch die enorm hohen Zölle nach Oesterreich-Ungarn sowohl als auch nach Rußland die Lieferungen unserer Maschinenfabriken nach diesen Ländern, wohin früher in erheblichen Mengen unsere Spezialitäten, als Apparate für Kohlenaufbereitungs- und Brikettierungsanlagen, Luftkompressoren und Ventilatoren für Bergwerke, exportiert wurden, als fast ausgeschlossen zu bezeichnen sind. Es hat vielmehr den Anschein, als ob durch diese hohen Zölle die bisher in diesen Ländern zurückgebliebenen Spezialfabriken neuerdings einen größeren Teil des Bedarfes dieser Länder selbst herstellen. Auch die Geschäfte nach Frankreich sind durch den französischen Zoll, wenn auch nicht in demselben Maße wie in den anderen Ländern, sehr erschwert... Dieses wichtige Absatzgebiet wird den deutschen Werkzeugmaschinenfabriken anscheinend durch die enorme Höhe des Zolles mit der Zeit vollkommen genommen werden. Denn immer mehr tritt das Bestreben auf, die früher fast ausschließlich aus Deutschland bezogenen Werkzeugmaschinen in Rußland selbst herzustellen ..."

Die hohen Zollmauern gegen die Einfuhr der Fertigerzeugnisse unserer Verarbeitungsindustrie errichtete das Ausland als Antwort auf die deutsche Hochschutzzöllnerei. Man weiß daher, an welche Adresse die Klagen zu richten sind.

Diese sind aber auch eine treffliche Charakteristik der in der vorletzten Woche auf dem Verbandstage der christlichen Metallarbeiter in Dortmund bekundeten Schutzzollbegeisterung. Eine Leuchte der M.-Gladbacher Schule, Dr. Beusch, lobte den Schutzzoll über den Schellendaus — und ein Handelskammersekretär muß dessen ruinöse Wirkung für die Maschinenindustrie in seinem offiziellen Bericht feststellen! Da merkt man erst, in welch schändlicher Weise die christlichen Arbeiter von ihren Gewerkschaftsführern vor den großkapitalistischen Karren gespannt werden sollen. Verteidiger der Hochschutzzollpolitik sind nur Großindustrielle und Großgrundbesitzer. Weil das Zentrum politisch mit diesen Interessentengruppen verfippt ist, sollen die Arbeiter für deren Plünderpolitik begeistert werden.

Thyssen in der Zementindustrie.

Interessante Vorgänge, die in die kapitalistische Wirtschaftsweise recht trefflich hineinleuchten, spielen sich auf dem Zementmarkte ab. Thyssen beabsichtigte, auf einem Gut in Rüdersdorf eine Zementfabrik zu erbauen. Das paßte den in der Berliner Zementzentrale vereinigten Werken nicht in den Kram. Man befürchtete, Thyssen werde die Preise drücken. Was aber tun? Man bot ihm eine Entschädigung in der Höhe von 6400000 Mark für das Rüdersdorfer Unternehmen. Das ist mehr als wie das Doppelte des Wertes der noch nicht erbauten Fabrik! Thyssen lehnte das Angebot ab. Er verspricht sich also noch viel höhere Gewinne, wenn er produziert und den Preiskampf gegen die Berliner Werke aufnimmt. Jetzt ist ihm von der Zentrale für die Dauer von zehn Jahren eine jährliche Entschädigungssumme angeboten worden! Ueber die Höhe derselben wird noch verhandelt. Jedenfalls ist Thyssen in der angenehmen Lage, Riesensummen einstreichen zu dürfen, wenn er nicht produziert.

Zum besseren Verständnis des Vorganges sei noch folgendes hervorgehoben. Früher errafften die Zementwerke durch eine unsinnige Preispolitik große, ganz enorme Profite. Diese reizten zu immer neuen Anlagen und begünstigten das Aufkommen von Außenseitern. Es gab wütende Preiskämpfe. Trotzdem und obwohl die Lieferungsfähigkeit der Werke nur zur Hälfte ausgenutzt werden konnte, erzielten die meisten Werke immer noch ganz anständige Ueberschüsse. Aber man ist an die fetten Jahre gewöhnt und die sollen wiederkehren. Nach langen Verhandlungen war es gelungen, den Ring der Produzenten in den einzelnen Bezirken so gut zu schließen, daß man die Preise allgemein wieder tüchtig nach oben dirigieren konnte. Da erscheint plötzlich Thyssen auf dem Markte. Eine Millionenabfindung soll die störende Konkurrenz verhindern. Selbstverständlich aber müssen die Konsumenten den Spaß bezahlen.

Ein anderer Konflikt aus denselben Ursachen entstand in Oberschlesien. Die dortigen Montanwerke planten den Bau eines eigenen Zementwerkes, um dadurch die Preistreibereien des Zementsyndikates für sich unwirksam zu machen. Nun hat man den Montanwerken Vorzugspreise eingeräumt, die weit unter den Syndikatsätzen stehen; dafür unterbleibt die Anlage des neuen Werkes. Man kann also sehr wohl billiger liefern. Als Schutzwehr ihrer Preispolitik schreit die Zementindustrie jetzt auch nach einem hohen Zoll!

Gerichts-Zeitung.

Die Aufhebung des Koalitionsrechtes durch einstweilige Gerichtsverfügungen.

In Elberfeld-Barmen befanden sich die Friseure in einer Lohnbewegung zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Um den Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, trat die Organisation der Friseure mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung. Darauf hatten die Friseure ein Anrecht, weil sie dem Kartell angeschlossen waren. Die Unterstützung des Gewerkschaftskartells bestand darin, daß der Gewerkschaftssekretär, Genosse Sauerbrey, die Veröffentlichungen der bewilligenden Geschäfte und die sonstigen Publikationen mit unterzeichnete. Durch Verbreitung von Handzetteln, für die außerdem polizeiliche Erlaubnis in allen Fällen erwirkt wurde, wurde die Oeffentlichkeit, insbesondere die männliche Bevölkerung, aufmerksam gemacht und um deren Unterstützung gebeten. Der Kampf wurde auf diese Art recht wirkungsvoll gestaltet zum Verdruß der Unternehmer.

Obwohl trotz aller Bemühungen des Scharfmachertums der Reichstag ein Zuchthausgesetz ablehnte, so wandten sich die Unternehmer im Vertrauen auf die bewährte preußisch-deutsche Rechtsprechung an den Kadi, damit dieser das Streikpostenstehen und alles, was sonst zum wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter gehört, verbiete. Die Freie Innung der Friseure hatte sich in ihrem Vertrauen zur Justiz nicht getäuscht. Sie erwirkte vom Elberfelder Gericht eine einstweilige Verfügung gegen fünf Friseurgehilfen, den Gauleiter Kabelitz und den Gewerkschaftssekretär Sauerbrey, laut welcher den erwähnten Personen bei Androhung einer Geldstrafe von 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung **verboten wurde, Streikposten zu stehen und die bewilligenden Geschäfte zu veröffentlichen.**

Gegen dies widerspruchsvolle Urteil wird natürlich Berufung **spruch** erhoben und geltend gemacht, daß es sich um einen **erlaubten,** nicht gegen die guten Sitten verstoßenden Boykott handle.

Das Elberfelder Landgericht aber hat den **Einspruch** der klagenden Personen gegen die einstweilige Gerichtsverfügung **verworfen.** In dem Urteil heißt es: „Wenn auch der Boykott nicht schlechthin ein gegen die guten Sitten verstoßendes unerlaubtes Kampfmittel ist, so muß es doch als gegen die guten Sitten verstoßend betrachtet werden, wenn die Boykottierung den Zweck hat, die gewerbliche Existenz des Gegners zu untergraben." Da sei aber hier der Fall. Dies wird daraus geschlossen, daß Kunden erzählt haben, daß Schwarzkopf und andere Postenstehen ihnen gesagt hätten, die Geschäfte seien boykottiert, **da die Inhaber die Forderungen der Gehilfen nicht anerkannt hätten.** Ein solches Verhalten verstoße gegen die guten Sitten. Auch die Veröffentlichung der Verzeichnisse derjenigen Friseurgeschäfte, welche die Forderung der Lohnkommission **bewilligt** haben, verstoße gegen die guten Sitten.

Gegen dies widerspruchsvolle Urteil wird natürlich Berufung eingelegt werden. Das Reichsgericht hat freilich in einem Urteil ausgeführt, ein Boykott, der lediglich die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Gegners bezwecke, verstoße gegen die guten Sitten. Hier aber zeigen die eigenen Anführungen des Urteils, **daß nicht** dieser Zweck, geschweige allein dieser Zweck, sondern die **Anerkennung der Forderungen der Lohnkommission** Zweck des Boykotts ist. Was hätte denn das Streben nach Anerkennung dieser Forderung für einen Zweck, wenn auf Vernichtung des Geschäfts das Ziel der Fordernden gerichtet wäre? Das Elberfelder Erkenntnis ist mit dem Gesetz und der Rechtsprechung des Reichsgerichts unvereinbar. Ständig hat das Reichsgericht anerkannt, daß die Verhängung des Boykotts als Kampfmittel im Lohn- und Klassenkampf zulässig ist. Nur können die Maßnahmen, wie er durchgeführt wird, zum Beispiel durch Verbreitung unwahrer Behauptungen, etwas Unerlaubtes, Sittenwidriges sein. Daß eine wirtschaftliche Schädigung des Gegners eintritt, ist selbstverständliche, zulässige Folge eines Boykotts. Nur ein Boykott, der nicht die Anerkennung bestimmter, an sich zulässiger Forderungen, sondern lediglich den wirtschaftlichen Ruin zum Ziel hat, verstößt als Boykott gegen die guten Sitten.

Eine mißglückte Staatsaktion.

Bis vor zirka zwei Jahren erhielten unsere in Fichtenau, Schöneiche und Klein-Schönebeck wohnenden Leser den „Vorwärts" durch einen Privatspediteur zugestellt, welcher gleichzeitig auch bürgerliche Zeitungen vertrieb. Da hierzu oft **Schulkinder** verwendet wurden und die Zustellung auch sonst manches zu wünschen ließ, waren unsere Parteigenossen und Leser schon längere Zeit darüber einig, sobald es ging, den Anschluß an unsere Parteispedition durchzusetzen. Durch rege Agitation wurde dies ermöglicht. Die Parteispedition Friedrichshagen ließ unseren Abonnenten nun durch den **Zeitungsausträger Schmidt** den „Vorwärts" sowie die abonnierten Zeitschriften zustellen. Auf Wunsch der morgens nach Berlin fahrenden Abonnenten gibt Schmidt diesen ihre Lektüre am **Bahnhof Rahnsdorf,** während er den übrigen ihre Zeitungen usw. in die Wohnung trägt. Einen Zeitungsverkauf unterhielt Sch. nicht. Diese Tätigkeit wurde von ihm fast zwei Jahre unbehindert ausgeübt, bis eines Tages die Polizei — **die bis heute anscheinend noch nicht die Verwendung schulpflichtiger Kinder zum Zeitungsaustragen bemerkt hat** — ein Haar darin fand. Schmidt sollte durch die Abgabe der Zeitungen an unsere Abonnenten am Bahnhof Rahnsdorf den § 43 der Gewerbeordnung übertreten haben, der für gewerbsmäßiges Ausrufen, Verteilen, Verkaufen, Anheften und Anschlagen die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde vorschreibe. Eine **Anklage** war die Folge. Das **Schöffengericht** zu Köpenick erkannte auf **Freisprechung.** Die Tätigkeit des Schmidt schien aber doch dem Staatsanwalt so ungeheuerlich zu sein, daß er Berufung einlegte. So stand denn der Sünder jetzt abermals vor dem Richter. Die **3. Ferienstrafkammer des Landgerichts** II Berlin gab nach kurzer Beratung dem Antrage des **Verteidigers, Rechtsanwalt Roth,** in vollem Umfange statt. Sie erkannte auf **Verwerfung der Berufung, sprach den Angeklagten frei** und legte der Staatskasse die Kosten **sowie die dem Angeklagten erwachsenen Aufwendungen, einschließlich der Kosten der Verteidigung zur Last.**

Wenn Polizei und Anklagebehörden auch nur halb so viel Aufmerksamkeit auf die Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz richten würden als auf den ordnungsmäßigen Vertrieb des „Vorwärts", so würde das den Kindern, aber auch den Behörden nicht schaden.

Ein Landwirt als Streikfünder.

Die Streikjustiz ist blind wie eine verirrte Kugel, die dort einschlägt, wo sie nicht treffen soll. Ein **gutsituierter Landwirt aus dem Kreise Recklinghausen,** dazu ein **strammer Zentrumsmann,** war wegen Streikvergehens vor der Bochumer Strafkammer angeklagt. Er sollte die Frau eines **Arbeitswilligen mit Fenstereinschlagen bedroht und Hungerleider und Streikbrecher gerufen haben.** Die Frau des Arbeitswilligen beschwor die Sache steif und fest. Der Angeklagte wäre geliefert gewesen, wenn er nicht durch drei Zeugen, die nicht im Geruch standen, mit den Bergarbeitern zu sympathisieren, hätte beweisen können, daß er gar nicht als Täter in Frage komme. Es erfolgte deshalb **Freisprechung.** Hätten einem Bergmann die Entlastungszeugen genützt? Wir erinnern an die vor weniger Tagen vom Landgericht Duisburg erfolgte Verurteilung einer Bergmannsfrau zu einem Monat Gefängnis, wiewohl die Aussagen von fünf Zeugen für ihre Unschuld sprachen.

Heiratsschwindel.

Eine Spekulation auf die Leichtgläubigkeit heiratslustiger Mädchen hat dem Maler Georg Engel eine Betrugsanklage eingebracht, die ihn gestern vor die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts II führte. Der Angeklagte, welcher in zweiter Ehe verheiratet ist, hat sich einige Zeit lang mit Erfolg als gewerbsmäßiger Heiratsschwindler betätigt. Er verbüßt zurzeit eine ihm wegen Heiratsschwindels vom Landgericht III zudiktierte Gefängnisstrafe von **einem Jahre.** Infolge der über diese Verhandlung veröffentlichten Gerichtsberichte meldeten sich noch drei andere Mädchen, die ebenfalls von dem Angeklagten beschwindelt worden waren.

Wie auch schon in den früheren Fällen hatte der Angeklagte durch Heiratsannoncen und auch auf den Tanzböden die Bekanntschaft von heiratslustigen Dienstmädchen und Verkäuferinnen zu machen gesucht, denen gegenüber er die Rolle des „ehrbaren Handwerkers" spielte, der sich gern selbständig machen wollte. Er verschwieg den Mädchen, daß er längst verheiratet war und knüpfte mit ihnen ziemlich zu gleicher Zeit Liebesverhältnisse an. Wie in vielen derartigen Fällen ging den Mädchen, nachdem erst die Liebe bei ihnen eingezogen war, der Verstand durch. Die Folge war, daß es dem Angeklagten sehr leicht gemacht wurde, den Mädchen das Geld abzunehmen. — Der **Staatsanwalt** beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich offenbar um einen gewerbsmäßigen Heiratsschwindler handele, **2½ Jahre Zuchthaus.** Das **Gericht** erkannte nur auf eine Zusatzstrafe von **10 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.**

Aus aller Welt.

Gruben-Katastrophe.

Aus Uniontown (Pennsylvanien) wird gemeldet: In den drei Meilen von der Stadt entfernten Superba-Kohlenminen sind 40 Bergleute von hereinbrechenden Wassermassen überrascht worden. Es wird befürchtet, daß alle ertrunken sind. Die Flut stürzte vom Gebirge herab. Man glaubt, daß dort ein großes Wasserreservoir geborsten ist.

•

Ein schwerer Unfall hat sich im Borinage (Belgien) auf dem Schachte Erebus ereignet. Dort stürzte infolge Reißens der Halteseile ein Förderkorb mit sieben Bergleuten 150 Meter tief hinab. Drei der Unglücklichen konnten zwar lebend geborgen werden, doch besteht keine Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Die anderen vier konnten nur als schrecklich **verstümmelte Leichen** zu Tage gebracht werden.

Zur Mordaffäre Rosenthal.

Der Gang der Untersuchung in der Affäre Rosenthal wird nicht unwesentlich durch die in Freiheit befindlichen Mitglieder der Apachenbande, auf deren Konto die Bluttat zu setzen ist, erschwert. Diese üben auf ihre in Haft befindlichen Genossen den schärfsten Druck aus, um ihre Aussagen zu beeinflussen. Gestern wurde der unter dem Spitznamen „John, der Barbier" bekannte Apache John Reißner von dem Untersuchungsrichter verhört. Anfangs hatte er erklärt, daß der Apache Webber nach der Erschießung Rosenthals in größter Eile sich aus der Nähe des Metropolhotels entfernt habe. Als er gestern diese Aussage wiederholen sollte, erblickte er im Zuhörerraum vier Mitglieder seiner Bande, die ihm durch Zeichen zu verstehen gaben, daß sein Leben verwirkt sei, wenn er seine Aussage wiederholen würde. Darauf schwieg Reißner und blieb auf alle Fragen des Staatsanwalts stumm.

Seltsamerweise wurde keiner der vier Apachen verhaftet! Ueberhaupt ist man in New York immer mehr der Ansicht, daß aus dem ganzen Prozeß nichts herauskommen wird, da die Mörder unter den einflußreichsten Kreisen zu mächtige Beschützer besitzen!

Vadder, Vadder, de Unkel sitt up de Mudder.

In einem Orte des Sollinggebirges spielte sich dieser Tage ein recht heiteres Ereignis ab. Ein Viehhändler kam dorthin, um von einem Bauer einen größeren Betrag für geliefertes Vieh zu kassieren. Die Frau, die den Viehhändler zufällig kommen sah und der der Besuch nicht behagte, wollte schleunigst verschwinden, konnte aber die Stubentür nicht ungesehen erreichen. Sie schlüpfte daher in eine nahe der Tür stehende große Lade, nachdem sie schnell ihren etwa fünfjährigen Jungen instruiert hatte, daß sie nicht zu Hause sei. Als der Viehhändler eintrat, rief ihm schon der Junge entgegen: „Is keiner inne!" Der Viehhändler war von der Hitze und dem weiten Wege sehr ermüdet, und da nun doch alles offenstand, setzte er sich, um ein wenig auszuruhen, auf die Lade. Da stürmte der kleine Junge aufs höchste erschrocken auf den Hof und brüllte: „Vadder, Vadder, de Unkel sitt up de Mudder!" Dem Vater kam die Sache nicht recht geheuer vor und er ging in das Haus, um nachzusehen, was denn geschehen sei. Er fand den Händler ruhig auf der Lade sitzen und sprach zu ihm: „Mien Junge seggt, Du seitos up miene Fru!" Der Händler wußte sich vor Verlegenheit kaum zu helfen, bis er sich schließlich erhob und den Deckel der Lade öffnete. Der Bauer und der Händler sollen recht verdutzte Gesichter gemacht haben, als nun die Frau ihrem unfreiwilligen Gefängnis entstieg. Erst herrschte natürlich große Verlegenheit auf allen Seiten, bis der Händler das alles befreiende Lachen fand, in das dann alle Beteiligten herzhaft einstimmten. Der Händler war über den Ausgang der für ihn erst so peinlichen Affäre so erfreut, daß er eine „Hannöversche lütge Lage" anfahren ließ und die Zahlungsfrist unter allgemeiner Zustimmung wunschgemäß bis nach der Ernte verlängerte.

Kleine Notizen.

Durch Brunnengase getötet. Bei dem Reinigen eines Brunnens in dem pommerschen Dorfe Schwedt wurde ein Arbeiter, der in den Brunnen gestiegen war, durch Gase getötet; ein Knecht der ihm nachstieg, um ihn heraufzuholen, hatte das gleiche Schicksal. Schließlich versuchte es der Brunnenbauer, der sich angeseilt herunterließ, doch auch er wurde betäubt emporgezogen.

Mutter und Kind vom Eisenbahnzug getötet. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich auf der Bahnstrecke Stolp-Neustettin, bei dem Bahnwärterhaus 1. In Abwesenheit des Bahnwärters Kant versah die Frau den Wärterdienst. Als die Frau sah, daß ihr 2½ Jahr altes Kind auf den Gleisen spielte als der Zug herannahte, eilte sie dem Kinde zu, um es in Sicherheit zu bringen. Doch es war zu spät, der Zug brauste vorüber, Mutter und Kind überfahrend und sie sofort tötend. Streckenarbeiter fanden die Leichen. Der Frau war der Kopf und ein Arm abgefahren, während das Kind einen Schädelbruch erlitten hatte.

Typhusepidemie in einer Pariser Kaserne. Nach einer Meldung der „Liberté" sind in einer Kaserne der republikanischen Garde gegen 60 Soldaten schwer erkrankt. Man glaubte anfangs, daß es sich um eine Massenvergiftung handele, doch neigen jetzt die Aerzte zu der Ansicht, daß eine Typhusepidemie vorliegt.

Skandalaffären in einer amerikanischen Stadt. Der Einwohnerschaft der Stadt Djawson im Staate Georgia hat sich große Entrüstung bemächtigt angesichts der unmenschlichen Behandlung, welche mehrere hochangesehene Bürger einem jungen Mädchen namens Bessie Carter angedeihen ließen. Bessie wurde in einem Graben in der Nähe der Stadt halb tot aufgefunden. Sie erklärte, daß ihre Verlobung mit dem Sohn des Stadtsekretärs Dozier bei dem Vater auf Widerstand gestoßen sei, der sich entschieden einer Vereinigung der beiden jungen Leute mit allen Kräften widersetzte. Der Vater habe seinen Sohn eingesperrt und sie mit Hilfe einiger Freunde in einem Automobil außerhalb der Stadt gefahren, wo sie ihrer Kleider entledigt und von dem Vater des Geliebten halb tot gepeitscht worden sei. Alsdann habe man sie in einen Graben geworfen, wo sie elendiglich umgekommen wäre, wenn sie nicht hilfsbereite Menschen gerettet hätten.

Wolkenbruchartige Regengüsse haben in West-Pennsylvanien, in Ost-Ohio und in West-Virginia ungeheuren Schaden angerichtet. Von allen Seiten wird die Zerstörung zahlreicher Häuser, Brücken und Telegraphenleitungen, die Unterbrechung der Eisenbahnverbindungen und die Vernichtung der Ernten gemeldet. Viele Personen sind ertrunken, die Straßen sind mit Häusertrümmern verschüttet und zahlreiche Familien sind obdachlos.

Erdbeben in Peru. Ein Erdbeben von 40 Sekunden Dauer hat die Stadt Piura fast gänzlich zerstört. Mehrere Personen sind getötet oder verletzt worden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 43. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Parteitag von Reggio Emilia. Von Oda Olberg (Rom). — Massenaktion und Revolution. Von Anton Pannekoek. (Schluß.) — Die sozialdemokratische Fraktion in der dritten Duma. Von Georg Stiekloff. (Schluß.) — Die Entwickelung des Arbeitsmarktes im Jahre 1911. Von Paul Barthel. — Literarische Rundschau: Dr. Fritz Ernst, Landrichter in Essen, Berufsrichter und Volksrichter in der Strafrechtspflege. Von Siegfried Weinberg. A. M. Simons, Social Forces in American History. Von K. K. — Zeitschriftenschau.

Feuilleton der „Neuen Zeit" Nr. 53: Das Junge Deutschland. Von F. Mehring. Die Intellektuellen. Von Ernst Lakenbacher. Der Monistenbund. Von Fritz Elsner. — Bücherschau: J. Bell, Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz. Emil Rosenow, Gesammelte Dramen. Gustav Janson, Lügen. Edwart Richter, Meine Erlebnisse in der Gefangenschaft am Olymp. — Lose Blätter: Die unterdrückte Meinungsfreiheit.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 21 des 22. Jahrgangs zugegangen.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,20 M.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 16. Nummer des 29. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen und enthält die Porträts der sozialistischen Kandidaten für die amerikanische Präsidentenwahl, Eugene V. Debs und Emil Seidel, sowie ferner die Porträts der beiden sozialistischen Deputierten im Nationalkongreß von Argentinien, Dr. Juan B. Justo und Dr. Alfredo L. Palacios.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Einige Grundfragen der heutigen deutschen Politik und Wirtschaftspolitik. Von Prof. Dr. C. Molina. 2 M. J. Guttentag, Berlin.

Volkswirtschaftlich-gesellschaftliche Studien der General-Ackerbau-Direktion im Fomento-Ministerium Mexiko. Deutsch von E. Peust. 247 Seiten. Selbstverlag in Mexiko.

Die Schizophrenie. Von Dr. H. C. Fehrlin. 166 Seiten. Selbstverlag in Schaffhausen.

Tätigkeitsbericht des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart. Juli 1911 bis Juni 1912. 60 Seiten. H. Bullmer, Stuttgart.

Friedrich Chopins gesammelte Briefe. Von B. Scharlitt. 8 M., geb. 10 M. — **Johannes Brahms.** Von Florence May. Zwei Teile in einem Bande. 12 M., geb. 14 M. Breitkopf u. Härtel, Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

A. Wertheim G. m. b. H.

Leipziger Str. 126–30, 132–37
König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Billige Lebensmittel

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137

Die Firma A. WERTHEIM hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehung

Soweit vorhanden: **Zusendung ausgeschlossen.*

Fleischwaren

Harte Zervelatwurst im Fettdarm . . . Pfund	1.70
Salamiwurst . . . . . Pfund	1.30
Bauernmettwurst mit Knoblauch Pfd.	1.00
Teewurst . . . . . Pfund	1.10
Landschinken ca. 8 bis 11 Pfund schwer . . . . . Pfund	1.25
Westf. Schinken ca. 8 bis 11 Pfund schwer . . Pfund	1.50
Mausschinken ca. 2½ bis 3 Pfund schwer. . . . . Pfund	1.25
Rollschinken ca. 6 bis 8 Pfund schwer . . . . . Pfund	1.35
Schinkenspeck in Stücken von 1½ bis 4 Pfd. . . Pfund	1.15

Heine's Halberstädter Würstchen
Dose 4 Paar 75 Pf. Dose 8 Paar 1.45

Speisen-Fabrikate

gefärbt.

Pudding- u. Gries-Puddingpulver mit verschiedenem Geschmack . 5 Pakete	24 Pf.
Rote Grütze-Pulver mit versch. Geschmack 5 Pakete	27 Pf.
Crême-Pulver mit verschiedenem Geschmack . 2 Pakete	24 Pf.
Eis-Pulver mit verschiedenem Geschmack . . . . 2 Pakete	27 Pf.
Kunst-Geleepulver mit verschied. Geschmack . . . . . 2 Pakete	35 Pf.
Saucenpulver m. Vanille-Geschmack 5 kleine Pakete	24, ½ Ko.-Paket 20 Pf.
Vanillin-Zucker 5 kleine Beutel	24, ½ Ko.-Paket 35 Pf.

Bourbon-Vanille
Glas 3 Stangen Inhalt . . . . . 40, 75 Pf., 1.15

Ständiger Verkauf:

Olympia-Mais-Puder ½ Kilo-Paket 20, ½ Kilo-Paket 38, 1/1 Kilo-Paket	70 Pf.
Mandel-Rosinen-Pudding gefärbt Paket	25 Pf.
Holländ. Kerst-Pudding gefärbt Paket	26 Pf.
Holl. Mändelchen-Pudding gefärb. Paket	26 ...
Holl. Eier-Pudding gefärbt m. versch. Geschmack Pak.	22 ...

*Fleisch

Schmorfleisch . . . . . Pfd.	1.00
Rinderkamm . . . . . Pfd.	80 Pf.
Brust und Fehlrippe Pfd.	85 Pf.
Pökelzunge . . . . . Pfd.	1.25
Schulterblatt im Ganzen Pfd.	80 Pf.
Schweinebauch . . Pfund	75 Pf.
Rückenfett u. Liesen Pfd.	70 Pf.
Eisbein (Dickbein) Pfund	50 Pf., 5 Pfd. 2.40
Kalbskeule im Ganzen. . Pfd.	1.00
Kalbskotelettes . . . . Pfd.	1.30
Kalbskamm u. Bug	70, fett 75 Pf.
Kalbsbrust 75, -Spitze Pfd.	90 Pf.
Kassel. Rippespeer 95 Pf. b.	1.10
Rehkeulen	6.00 bis 9.00
Rehblätter	1.75 bis 2.50

*Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . Pfund	10 Pf.
Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . Pfund	8 Pf.
Schellfisch . . . . . Pfund	15 Pf.
Brat-Schollen . . . . Pfund	12 Pf.
Rotzungen . . . . . Pfund	15 Pf.
Tafellachs in ganz. Fisch., Pfd.	40 Pf.
Lebende Forellen . Pfund	2.00
Lebende Karpfen . Pfund	83 Pf.
Lebende Aale Pfd.	60, 95 Pf., 1.15, 1.25
Leb. Krebse Mdl.	35 Pf. bis 2.50
„ Edel-Krebse Mdl.	1.15 bis 4.00
Solo-Krebse . . Stück	40 u. 50 Pf.

*Obst und *Gemüse

Netzmelonen . . . . . Pfund	18 Pf.
Pfirsiche . . . . . Pfund	45 Pf.
Zitronen . . . . . Dtz.	30, 40, 60 Pf.
Johannisbeeren . . . . . Pfund	26 Pf.
Tomaten . . . . . 2 Pfund	25 Pf.
Einlege-Gurken . . . . . Mdl.	33 Pf.
Weisskohl . . . . . Kopf	5 Pf.
Wirsingkohl . . . . . Kopf	5 Pf.
Rotkohl . . . . . Kopf	6 Pf.
Schlangen-Gurken Stück	5, 7, 9 Pf.
Schoten . . . . . Pfund	14 Pf.
Mohrrüben . . . . . Pfund	7 Pf.
Grüne Bohnen . . . . . Pfund	10 Pf.
Blumenkohl . . . . . Kopf	12, 15 Pf.

Butter und Käse

Koch- u. Backbutter . . . Pfund	1.18
Tischbutter . . . . . Pfund	1.25
Tafelbutter Pfund	1.34, ½ Pfund-Paket . . 67 Pf.
Bratenschmalz . . . . . Pfund	65 Pf.
Marmelade garantiert rein, etwas nachgefärbt . . . . Pfund	35 Pf.
Emmenthaler Käse . . Pfund	1.15
Tilsiter Pfund . . 65, Schweizer	90 Pf.
Limburger Käse . . . Pfund	55 Pf.
Ramatour-Käse . . . . . Stück	28 Pf.
Allgäuer Rahmkäse . . . Pfund	68 Pf.
Camembert-Käse . . . . . Stück	23 Pf.
Brie-Käse . . . . . Pfund	65 Pf.
Holländer Vollfett-Käse Pfund	90 Pf.
Faust- u. Spitzkäse . . . 3 Stück	25 Pf.
Kuh- u. Landkäse . . . . 2 Stück	35 Pf.
Speise-Quark . . . . . Stück	10 Pf.

Geflügel

Junge Hühner	45 Pf. bis 1.40
Junge Hähne	1.60 bis 2.00
Suppenhühner	1.35 bis 2.15
Enten	1.50 bis 2.90
Gänse . . . . . Pfund	58, 65, 75 Pf.
Gänserümpfe	2.50 bis 4.00

*Räucherwaren

Ahlbecker Flundern Pfund	30, 60 Pf.
Hamburg. Fettbücklinge 3 Stück	25 Pf.
Kieler Schleibücklinge Stück	5 Pf.
Aale stark Pfund 1.60, mittel Pfund	1.00 Bund 38 Pf.
Dorsch . . . . . Stück	10 Pf.
Hering in Gelee . . . . . Portion	9 Pf.
Krabben in Gelee . Portion	12 Pf.
Aal in Gelee . . . . . Portion	18 Pf.
Matjes Heringe . . . . . 3 Stück	25 Pf.
Sardellen . . . . . Pfund	75, 90 Pf.
Neue saure Gurken . . . . Stück	5 Pf.

Fruchtsäfte

mit Raffinade eingekocht

Himbeersaft . . ¼ Flasche	95 Pf., 1.30
Kirschsaft . . . . ¼ Flasche	95 Pf., 1.30
Johannisbeersaft . . . ¼ Flasche	95 Pf.
Erdbeersaft . . . . . ¼ Flasche	1.20
Ananassaft . . . . . ¼ Flasche	1.30
Zitronensaft mit Zucker. ¼ Fl.	95 Pf., 1.30
Zitronenmost mit Zucker. ¼ Flasche	1.10

Wein *incl. Flasche.*

Borsdorfer Apfelwein ¼ Flasche	32 Pf.
1910 Westhofener . . ¼ Flasche	65 Pf.
1911 Ober Mosel . . . . ¼ Flasche	75 Pf.
1911 Wormeldinger ¼ Flasche	85 Pf.
1909 Saint Mathieu rot. . ¼ Fl.	65 Pf.
1909 Saint Juan rot. . . ¼ Flasche	70 Pf.

Engl. Porter und Ale

Double brown stout . 10 Fl.	1.50
Imperial stout . . . 10 Flaschen	1.90
Pale-Ale . . . . . 10 Flaschen	1.90

Leere Porter- und Aleflaschen werden mit 10 Pf. berechnet und ebenso zurückgenommen.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntags geöffnet. *

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1764R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Klappwagen, Kinderwagen, spottbillig. Kottbuserdamm 90. †29*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 30—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1786R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. *

Damenhemden mit gestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reisemuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz.

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Kleiderspind, Vertiko 20,—, Bettstelle 12,—, Wachstischtische 7,—, Umbauten, Sofas, Küchen, Büfetts 60,—, Schreibtische 22,—, Garnituren 65,—. Zurückgesetzte, verliehen gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung, Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1685R*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ackerstraße.

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195.00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 114/11

Außergewöhnlich preiswert, mehrere 100 Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen. Kein Brautpaar versäume meine Ausstellung zu besichtigen. Auch Sonntags 8—10 geöffnet. Möbelhaus Südosten, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1901R

Plüsch-Schlafsofa billig zu verkaufen. Neukölln, Leinestr. 6, I rechts.

Musikinstrumente.

Pianino, wenig gespielt, 265,00. Pechmann, Neukölln, Juliusstraße 59.

Pianino, hohes, Nußbaum 100,00. Zauber, Turmstraße 9. 114/10

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006R*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Damenfahrrad, billig, Kraus, Andreasstr. 54. 114/6

Herrenfahrrad, erstklassig, Freilauf, fast neu, sofort, 45,—. Kolberger Straße 14, III links. 114/12

Kaufgesuche.

Damenfahrrad, kauft Kraus, Andreasstr. 54. 114/8

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 226/9*

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Meyer, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Kupfer 1,20, **Messing** 70—88, wie alle Metallarten höchstzahlend. Meyer, Elisabethstraße 56. 114/9

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Zugelaufen. Junge Terrierhündin, Kopf, Schwanz gezeichnet. Abzuholen bei Steinkat, Oberschöneweide, Edisonstraße 46. 1896R

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 13, Ecke Greifswalderstraße. 112/3*

Vermietungen.

Zimmer.

Kleines freundliches Zimmer zu vermieten, Schwarzkopfstraße 13, vorn parterre. 25855

Möbliertes Zimmer, 15 Mark, vermietet Gabriel, Deutsch-Krönerstraße 1 III. †58

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn. Frau Vater, Admiralstraße 22, vorn I. 2597b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger, intelligenter Parteigenosse, früher Schlosser, kautionsfähig, militärfrei, sucht lohnende Beschäftigung. Offerten W. 789 Postamt 65. †87

Stellenangebote.

Schlosser auf Geldschränke verlangt Fabian, Strasburgerstraße 56.

Maschinen-Handschleifer verlangt Marmorwerk Biesenthalerstraße 10.

Mamsells, schwarze Frauenmäntel, dauernde, gute Arbeit. Schäber, Lychenerstraße 24. †102

Tüchtige Barock-Vergolderin verlangt Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Plätterin, letzte Tage, verlangt Reichelt, Exerzierstraße 5. †50

Zeitungsfrauen sofort verlangt Zimmerstraße 60, im Laden „Berliner Tageblatt". 114/4

Meister oder Vorarbeiter

der mit der **Korksteinfabrikation** vollständig vertraut ist und eine längere Tätigkeit in Großbetrieben nachweisen kann, wird für **Oesterreich gesucht.** Bewerber, der böhmischen Sprache, wenn auch nur teilweise, mächtig, werden bevorzugt. Offerten mit Lohnansprüchen an Diplomingenieur **Paul Gütig**, Blankenberghe, Hotel „Imperial", in Belgien. 205/16

Welche sozialdemokr. Tageszeitung Deutschl. bietet überzeugt. Anhänger u. Vorkämpfer freiheitl. Gedanken u. Grundsätze Gelegenh., sich mit Aussicht auf baldige definitive Anstell. in der Redaktion auszubilden? Suchender ist 27 J. alt, ledig, ohne fernere militär. Verpflichtg., hat verschied. Semester Rechts- u. Staatswissensch. stud., besitzt gute allgem., liter. u. kaufm. Bildung. Gefl. Angeb. mit näh. Angabe der Beding. usw. erb. unter H. 1315 an **Daube & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 19.**

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Freitag, 26. Juli, abends pünktlich 8½ Uhr: Viertelsversammlung für das vierte Viertel bei Hoffmann, Möllendorffstraße 53/54.

Strausberg. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Rose, Wriezener Tor: Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Endgültige Beschlußfassung über das Sommerfest. 3. Regelung der ländlichen Agitation. 4. Wahl des Bildungsausschusses. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mühlenbeck (Bezirk Niederschönhausen). Sonntag, den 28. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Aug. Meyer (Buchhorst): Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Berichte von den Generalversammlungen des Kreises und des Bezirks. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Bernau. Sonnabend, den 27. Juli, abends 8½ Uhr, findet bei Herrn Franz Salzmann, Basdorfer Straße, unsere Mitgliederversammlung mit besonders wichtiger Tagesordnung statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Familien können Kaffee kochen.

Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, als wenn sich nach einem schönen Spaziergang durch Wald und Flur die Familie in einem Gartenlokal um den Kaffeetisch sammelt, auf dem in bauchiger Kanne der braune Trank dampft, den „Mutter“ nach altem Brauch selbst bereitet hat. Da fühlt man sich beim Genuß der gewohnten Kaffeesorte, mag der Aufguß wegen der teuren Zeiten auch nur dünn sein, so recht heimisch und jedenfalls viel behaglicher, als wenn man die dunkle Brühe schlürfen müßte, welche in den Wirtshausküchen als Kaffee hergerichtet wird.

Die große Masse der Berliner Ausflügler hält fest an dem alten Brauch des Kaffeekochens, weil sie ihn aus berechtigten Gründen für einen guten Brauch hält. Die Gastwirte scheinen jedoch anders darüber zu denken. — Das Familienkaffeekochen ist eine alte Berliner Volkssitte. Sie stammt aus einer Zeit, wo das Publikum in bezug auf Komfort in den Sommerlokalen gar keine Ansprüche stellte. Die Zeiten haben sich geändert. Etwas mehr wie vor Jahrzehnten tut heut jeder Gastwirt für die Ausstattung seines Lokals, selbst da, wo auf ein sogenanntes „besseres Publikum“ nicht zu rechnen ist. Das wäre nun ganz schön und gut, wenn nicht die meisten Wirte von Sommerlokalen so unhöflich wären, einem großen Teil ihrer Gäste, nämlich den Kaffee kochenden Familien mit aller Deutlichkeit zu zeigen, daß sie eigentlich nur noch geduldete Gäste sind. „Kaffeekochen an gedeckten Tischen ist nicht gestattet.“ So liest man es im krassesten Polizeistil auf Plakate in fast allen größeren Sommerlokalen. Was das Plakat sagt, ist zwar Unsinn, denn am Tische kocht niemand Kaffee. Aus dem gastwirtlichen Polizeistil in richtiges Deutsch übertragen muß es heißen: „Es ist nicht gestattet, an gedeckten Tischen selbstgekochten Kaffee zu trinken.“ Ein höflicher Wirt würde schreiben: „Bitte, selbstgekochten Kaffee nicht an gedeckten Tischen zu trinken. Aber, welche Fassung man dieser Anordnung auch geben mag, in jedem Fall muß sie diejenigen, auf die sie sich bezieht, peinlich berühren. Wenn es sich nur um die Tischdecke handelt, möchte man es noch hingehen lassen. Die kann man in einem Gartenlokal allenfalls entbehren. Aber die gedeckten Tische stehen an bevorzugten Plätzen, die ungedeckten meist im Hintergrunde des Gartens. So zieht der Wirt also eine scharfe Grenze zwischen seinen Gästen. Er scheidet sie in zwei Klassen und verletzt dadurch diejenigen, die er in die zweite Klasse verweist.

Warum wird eine solche Klassenscheidung gemacht? Ist das Geld, welches Kaffee kochende Familien im Wirtshause lassen, nicht ebensoviel wert wie das Geld anderer Gäste? Wenn das Familienkaffeekochen für die Gastwirte ein schlechtes Geschäft wäre, dann würden sie die Kaffeeküchen längst geschlossen haben. Es kann doch wirklich kein schlechtes Geschäft sein, wenn an einem Sonntagnachmittag in einem Lokal mehrere hundert Familien einkehren, von denen jede für einen Topf dünner Milch, der als „ein Liter“ bezeichnet wird, meist aber nicht mehr als dreiviertel Liter enthält, nebst einer Kanne heißen Wassers und Benutzung einiger Tassen 80 Pf. bis 1 Mk. zahlt. Uebrigens bleibt es ja nicht beim Kaffee. Es werden doch auch noch andere Getränke gekauft. Wie kommen also die Wirte dazu, diese Gäste als solche zweiter Klasse zu behandeln und ihnen im Polizeistil vorzuschreiben, was ihnen nicht gestattet ist. Das kann man doch wohl verlangen, daß in einem Wirtshause kein Unterschied in der Behandlung der Gäste gemacht wird.

Die Freunde des gemütlichen Kaffeekochens nach altem Brauch finden übrigens noch Lokale genug, wo sie nicht vom Wirt in die zweite Klasse verwiesen und vom Kellner schief angesehen werden. In solchen Lokalen fühle ich mich heimisch, weil ich als Gleicher unter Gleichen behandelt und durch keine Plakatvorschrift verletzt werde. Diejenigen Lokale aber, wo man die Gäste in Klassen scheidet, meide ich gern. Wenn alle Freunde des alten Brauches ebenso denken, dann werden die Wirte, welche auf die hübsche Einnahme aus dem Kaffeekochen nicht verzichten wollen, bald aufhören, die Kaffee kochenden Familien als Gäste zweiter Klasse zu behandeln.

Die einheitliche Regelung der Polizeistunde

wird seit Jahren von den Angehörigen des Gastwirtsgewerbes verlangt, um endlich der Polizeiwillkür einen Riegel vorzuschieben. Heute ist es vielfach von dem guten Willen eines Polizeileutnants abhängig, die Polizeistunde für einzelne Lokale festzusetzen und die Gastwirte sind direkt auf das Wohlwollen der Polizei angewiesen. Die Entscheidung über das Offenhalten eines Lokales wird fast durchgängig von dem Gutachten der unteren Polizeiorgane abhängig gemacht. Dazu kommt die Verschiedenartigkeit der Polizeistunde für die verschiedenen Lokale. Lokale obskurer Art werden nach Ansicht vieler Gastwirte besser behandelt, als solche mit anständigem Arbeiterverkehr. Aus diesen Gründen sind die Fachorganisationen der Gastwirte, zuletzt der Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg beim Polizeipräsidium um die einheitliche Regelung der Polizeistunde vorstellig geworden. Das Gesuch ist aber abgelehnt worden. Der Wortlaut des polizeilichen Bescheides ist folgender: „Auf die Eingabe vom 13. d. M. erwidere ich ergebenst, daß es mir bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse von Berlin und den Vororten nicht angezeigt erscheint, auf eine einheitliche Regelung der Polizeistunde für Groß-Berlin hinzuwirken. Jagow.“

Der Verband will sich bei diesem Bescheide nicht beruhigen.

Volkskonzerte im August.

Das Berliner Philharmonische Orchester veranstaltet im August folgende Volkskonzerte: Am Freitag, den 9., und Mittwoch, den 28. August, in der Brauerei Friedrichshain; am Mittwoch, den 14., und Sonnabend, den 31. August, in der Berliner Bockbrauerei; am Sonnabend, den 17. August, in der Brauerei Königstadt; am Sonnabend, den 3., und Mittwoch, den 21. August, in den Konkordia-Festsälen; am Mittwoch, den 7., und Sonnabend, den 24. August, in den Germania-Prachtsälen. Die Eintrittskarte kostet 30 Pf. Karten für die städtische Arbeiterschaft sind außer durch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt auch bei der Gewerkschaftskommission erhältlich. Die Konzerte dauern von 7½ bis etwa 10¼ Uhr abends. Es werden zwei Pausen von je 15 Minuten gemacht, in denen die Konzertbesucher Gelegenheit haben, sich im Freien zu ergehen. In diesen Pausen können Speisen und Getränke eingenommen werden, während der Musik wird nichts verabreicht. Garderobengeld wird nicht erhoben, auch wenn etwa wegen der Witterung eine Abnahme der Garderobe nötig werden sollte. Stühle im Saale dürfen mit Garderobe nicht belegt werden.

Wieder mal ein Postzöpfchen. Bekanntlich ist unsere Postverwaltung äußerst genau in der Prüfung von Legitimationen vor Auszahlung von Geldern oder Auslieferung von Wertpaketen in den Posträumen, nachdem der Adressat in seiner Wohnung nicht angetroffen wurde. Zieht heute jemand in Schlafstelle, so wird ihm eine am selben Tage eingehende Wertsendung ohne weiteres ausgehändigt, ohne überhaupt Legitimation zu verlangen. Auf Herz und Nieren wird dagegen der Adressat geprüft, sobald er zur Post gehen muß. Standesamtliche oder pfarramtliche Geburtszeugnisse, Steuerzettel, Mietskontrakte und dergleichen Papiere haben in den Augen der Postverwaltung keine legitimierende Gültigkeit. Es wird ein amtliches Ausweispapier verlangt, das neben der Photographie und der eigenhändigen Unterschrift noch eine genaue Personalbeschreibung enthält. Solche Ausweispapiere sind Paß und Paßkarte, Gewerbelegitimationskarte, Wandergewerbeschein und insbesondere die grüne Postausweiskarte. Letztere kann jeder Interessent gegen Zahlung von 50 Pfennig bei seinem zuständigen Postamt ausgefertigt erhalten, das heißt auch erst nach Vorlegung des Taufscheins oder eines ähnlichen ausreichenden Amtspapiers und nach Rekognoszierung durch den Bestellbriefträger. Wird nun bei Präsentierung eines Wertpakets durch den Postschaffner der Adressat nicht angetroffen, so läßt der Schaffner eine Karte zurück, auf der vermerkt steht, daß bei der Abholung vom Hofpostamt in der Spandauer Straße ein „noch gültiges“ Ausweispapier obenerwähnter Art vorzulegen ist. Wann ist denn nun aber das Ausweispapier noch gültig? Postausweiskarten werden auf Zeit ausgestellt, stets auf ein Jahr. Berechtigt eine solche Karte nach Ablauf des Jahres nicht mehr zur Abholung von Wertsendungen? Es kommt doch darauf an, daß das Aussehen und die Unterschrift des Abholers, also des Vorzeigers der Karte, genau übereinstimmt mit der Photographie und der Unterschrift in der Postausweiskarte. Alles andere ist nebensächlich. Deshalb kann es der Post auch völlig gleichgültig sein, ob der Zeitraum, für welchen die Karte ausgestellt wurde, bereits abgelaufen ist, wenn man nicht annehmen will, daß es der Post um die Gebührenvermehrung zu tun ist. Genau so verhält es sich mit der Abholung von Geld, das auf Postanweisung eingezahlt ist. Manche Postbeamte sind kulant und händigen auch bei Vorlegung einer zeitlich abgelaufenen Karte aus, andere weisen auf den Zeitablauf hin und machen Schwierigkeiten. Die Aushändigung sollte aber unseres Erachtens doch nur dann beanstandet werden können, wenn es nicht möglich ist, den Vorzeiger der Postausweiskarte oder eines anderen Ausweises aus dem Inhalte zu identifizieren.

Aus der städtischen Straßenreinigung.

Noch immer müssen die städtischen Straßenreiniger in der Sonnenglut die berühmte Halsbinde um den Hals tragen, da ohne dieses Bekleidungsstück die Straßen der Stadt Berlin nicht sauber genug gemacht werden können, wenigstens scheint diese Ansicht bei der Direktion der städtischen Straßenreinigung zu herrschen. Während die Straßenreiniger in benachbarten Vororten möglichst leicht gekleidet gehen und auch ohne Halsbinde die Straßen rein fegen, kommt die Berliner Verwaltung ohne dieses militärische Bekleidungsstück nicht aus. Das ist nur zu erklären durch den Geist, der in der Berliner Direktion herrscht. Kürzlich hat die Direktion einen neuen Beweis erbracht für die Art, in der regiert wird. Am 29. Juni wurde bei der Konferenz den Aufsehern strengste Anweisung gegeben, daß der Besen vorschriftsmäßig angefaßt und gehalten wird; daß sich nicht etwa ein Arbeiter erlaubt, den Besenstiel etwas zu hoch zu halten, oder gar den Stiel vor die Brust setzt, um den schweren Kehricht etwas leichter zusammenschieben zu können. Solche Vorkommnisse sollen sofort zur Meldung gebracht werden, damit dem Arbeiter, der sich derartiges zuschulden kommen läßt, die gebührende Strafe zuteil wird. Damit ist den Aufsehern eine neue Handhabe gegeben, um die ihnen unliebsamen Arbeiter nach allen Regeln der Kunst schikanieren zu können. Selbst den Burschen ist es verboten, den Kehricht vor sich herzuschieben, obgleich es für einen jugendlichen Arbeiter schon an sich eine Unmöglichkeit ist, den ganzen Tag mit dem schweren Schienenbesen zu arbeiten. Die Direktion beweist mit derartigen Verfügungen nur, wie wenig Ahnung sie von der praktischen Arbeit hat, und welcher Art die „Fürsorge“ ist, die sie den Arbeitern angedeihen läßt.

Die allgemeine Behandlung der Mannschaften in den einzelnen Abteilungen gleicht eher der von Sträflingen als der von ehrenhaften Arbeitern. Die Kommandierrolle ist ein Schmerzenskind in vielen Abteilungen und wird zum Nachteil der Arbeiter gehandhabt. Die Gießkanne wird durch die Art der Verteilung durch die Aufseher zu einem Instrument zur Zwiebelung der Arbeiter. Dazu kommt, daß in manchen Straßen die Brunnen vier Wochen und noch länger, trotz Anmeldung durch die Vorarbeiter, kein Wasser geben; ein Schlauchständer wird auch nicht benutzt. Der kleine Handsprengwagen wäre von großem Nutzen, leider aber ist er nicht in allen Abteilungen im Gebrauch. In verschiedenen Abteilungen muß ihn ein einzelner Arbeiter, oft sogar ein einzelner jugendlicher Arbeiter in der Sonnenglut auf dem heißen Asphalt handhaben, obwohl zwei Arbeiter oder ein Arbeiter und ein Bursche zur Bedienung notwendig sind. Es kommt vor, daß tagelang verschiedene Straßen überhaupt nicht gesprengt werden.

Diese Mißstände sind — wie schon wiederholt an dieser Stelle durch Tatsachenmaterial bewiesen wurde — in der Straßenreinigung Legion und haben ihre Ursache in dem im Kommißstil wirtschaftenden Beamtentum. Die intellektuelle Unfähigkeit feiert da geradezu Triumphe, wie ein krasses Beispiel beweisen mag. Im Oberaufseherbezirk II dauert die Lohnzahlung stets mehrere Stunden. Jede der dazu gehörigen fünf Abteilungen (je 50 Arbeiter im Durchschnitt) muß gesondert antreten. Dann beginnt die Auszahlung, aber nicht etwa so, daß jeder Arbeiter Lohn und eventuelle Nebenbezüge zusammen erhält — keineswegs! Erst kommt eine Abteilung heran; sämtliche Arbeiter derselben bekommen zunächst der Reihe nach den blanken Lohn und treten zurück in Reih' und Glied. Es folgt nun in derselben Weise die Zahlung des Zuschusses zum Krankengeld an diejenigen, welche in der Lohnperiode krank waren; dann wieder der Reihe nach durch werden die Ueberstunden und andere Extravergütungen ausgezahlt. Ist so eine Abteilung endlich abgefertigt, dann wird feierlich militärisch der Befehl „Abtreten!“ erteilt. Jetzt rückt die nächste Abteilung vor und mit ihr geht derselbe Unfug von vorne an. Im selben Schneckentempo folgt so eine Abteilung nach der anderen, ganz unbekümmert darum, ob die Arbeiter stundenlang auf den Lohn warten müssen und um ihre Freizeit gebracht werden. Solche unglaubliche Entlohnungsmethode kann nur eine tief im Bureaukratismus und Krämergeist steckende Beamtenhierarchie heraustifteln. Allerdings ist von Leuten, welche auf dem Kasernenhof ihre „Ausbildung“ erhalten haben, nicht mehr zu erwarten; nur ein Schelm gibt mehr als er hat.

Es wird die höchste Zeit, daß in der Verwaltung der Straßenreinigung endlich einmal ein großes Reinemachen einsetzt und die hinterwäldlerischen Methoden der Behandlung von ehrlichen Arbeitern als Rekruten mit eisernem Besen ausgefegt werden.

Englische Hygieniker in Berlin. Die angesehenste und größte englische Korporation für das öffentliche Gesundheitswesen, das Royal Institut of Public Health, ist gestern in Berlin im Herrenhause zu ihrer Jahresversammlung zusammengetreten, begrüßt von Vertretern wissenschaftlicher, staatlicher und städtischer Behörden.

Ruhrerkrankungen im Döberitzer Lager. Bei dem militärischen Arbeitskommando des Truppenübungsplatzes Döberitz sind in den letzten Tagen sechs Mann an ruhrverdächtigen Erscheinungen erkrankt, bei vier von ihnen ist bakteriologisch Ruhr festgestellt. Der Verlauf der Krankheit ist bisher durchweg leicht. Die Militärbehörde hat alle Vorkehrungen getroffen, um einer Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen. Man nimmt an, daß die genannten Krankheitsfälle mit der vorjährigen Ruhrepidemie auf dem Truppenübungsplatz Döberitz in ursächlichem Zusammenhang stehen.

Eine Berlinerin in Bansin erschossen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwochabend im Ostseebade Bansin. Die Kaufmannsfrau Gertrud Levy aus der Düsseldorfer Str. 47 in Berlin erschoß sich im Tanzsaal des Hotels Meeresstrand aus Unvorsichtigkeit mit einer Browningpistole. Der Tod trat auf der Stelle ein. Frau Gertrud Levy, die Gattin eines Berliner Kaufmanns, weilte seit kurzem in Heringsdorf zur Kur und hatte Mittwoch abend die Reunion im Hotel Meeresstrand zu Bansin besucht, das an der See liegt. Die Dame beteiligte sich lebhaft am Tanz. In einer Pause begab sie sich in Gesellschaft zweier Herren in den Hotelgarten, wo sie mit einer größeren Anzahl von Bekannten in froher Runde saß. Einer der Herren trug eine Browningpistole bei sich. Frau Levy bat, ihr die Waffe doch auch einmal zu zeigen. Sie erhielt auch die Pistole mit der ausdrücklichen warnenden Bemerkung, daß sie scharf geladen sei. Kaum hatte sie die Waffe in der Hand, da ertönte ein Schuß und Frau Levy sank mit einem Aufschrei zu Boden. Die Kugel war ihr in die Brust gedrungen und hatte anscheinend das Herz getroffen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Ein zufällig anwesender Arzt konnte keine Hilfe mehr bringen.

Die Portiersfrau Friedrich aus Steglitz ist gestern aus dem Kreiskrankenhause in Steglitz entlassen worden und wurde als Haftgefangene der städtischen Irrenanstalt zu Dalldorf zur Beobachtung ihres Geisteszustandes zugeführt.

Weil er nicht mehr arbeiten konnte. Im Friedrichshain erhängt aufgefunden wurde gestern morgen der 57 Jahre alte Arbeiter Friedrich Krause aus der Andreasstraße 49. Der Mann, der verheiratet und Vater von zwei noch schulpflichtigen Kindern ist, hatte seit neun Monaten keine Beschäftigung finden können. Am vergangenen Montag fand er Arbeit, die er jedoch seines Brustleidens wegen nicht bewältigen konnte und daher aufgeben mußte. Aus Gram darüber beschloß er in den Tod zu gehen. Gestern abend kehrte er nicht mehr von der Stellungsuche in seine Wohnung zurück. Er war zum Friedrichshain gegangen und hatte sich dort gegenüber dem Hause Landsberger Allee 11 an einem Baume erhängt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwochabend gegen 6 Uhr in der Lindenstraße. Dort wollte vor dem Hause Nr. 9 der zwanzigjährige Walter Punkt aus der Mariendorfer Straße 14 auf seinem Zweirade vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 64 das Gleis kreuzen. Dabei wurde das Vorderrad der Maschine in der Schienenrille eingeklemmt und der Radler infolgedessen von dem Waggon erfaßt und zur Seite geschleudert. P. stürzte mit solcher Wucht auf das Straßenpflaster, daß er außer erheblichen Quetschungen eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation am Tempelhofer Ufer die erste Hilfe und wurde von dort in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Urban-Krankenhause geschafft.

Acht Tage tot in seiner Stube gelegen hat der 49 Jahre alte Rentenempfänger Max Drath aus der Büschingstraße 9. Der Mann, der eines Lungenleidens wegen schon seit langer Zeit arbeitsunfähig war und von seinen Renten lebte, bewohnte im vierten Stock des Vorderhauses für sich allein eine kleine Stube. Weil man ihn seit acht Tagen nicht mehr gesehen hatte und er seine Briefschaften nicht aus dem Kasten holte, öffnete man gestern nachmittag sein Zimmer. Jetzt fand man ihn tot auf dem Fußboden liegen. Er war schon so stark in Verwesung übergegangen, daß der Arzt die Todesursache nicht mehr feststellen konnte. Da neben ihm eine große Blutlache aufgefunden wurde, wird angenommen, daß er einen Blutsturz erlitten hat. Seine Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

In einer Autodroschke erschossen hat sich gestern mittag an der Ecke der Leipziger und Wilhelmstraße eine bisher noch unbekannte Frau von ungefähr 35—40 Jahren. Die Frau stieg auf dem Leipziger Platz in die Autodroschke und gab dem Chauffeur als Reiseziel die Joachimstraße an. Kaum war der Führer die kurze Strecke gefahren, als er einen Schuß hinter sich fallen hörte. Als er nachsah, lag die Frau bewußtlos in seinem Wagen. Sie hatte sich eine Kugel in die Brust geschossen. Er fuhr mit ihr zur Charité, wo sie bald nach der Aufnahme starb. Die Tote ist ungefähr 1,60 Meter groß und schlank, hat dunkelblondes Haar und trug einen schwarzen Rock, eine weiße Bluse und einen schwarzen Strohhut mit roten Rosen. Ihr Taschentuch ist E. H. gezeichnet. In der Hand hatte sie außer dem Revolver noch eine weiß-blaue Perlentasche, in der sich zwei Schlüssel befanden. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Die Brandstiftungen wollen kein Ende nehmen. Der Brand des Hauses Reinickendorfer Str. 68, der die Feuerwehr bis Mitternacht beschäftigte und bei dem der Feuerwehrmann Karius durch die Zwischendecke brach und in die Flammen stürzte, ist nach dem Ergebnis der Ermittelungen von böswilliger Hand verursacht worden. Karius mußte nach dem Kaiser-Friedrich-Kinderkrankenhaus gebracht und dort verbunden werden. Er hat Brandwunden an Händen und Armen erlitten, so daß er keinen Dienst tun kann. Die Ermittelungen nach dem Brandstifter waren bisher ergebnislos.

Gestern früh um 6 Uhr kam schon wieder in der Reinickendorfer Straße Feuer aus. Es brannten alter Hausrat, Lumpen, Papier und anderes auf dem Boden des großen Eckhauses Nr. 86 an der Wiesenstraße. Die Aufregung unter den zahlreichen Mietern war

nicht gering. In diesem Falle glückte es aber, den Brand auf den Boden zu beschränken. Den Mietern und Hauswirten kann nicht dringend genug empfohlen werden, ein wachsames Auge auf Fremde zu haben und die Böden dauernd zu kontrollieren.

Vorort-Nachrichten.

Ungesetzliche Maßnahmen einer Polizeibehörde.

Der Lehrling H. aus Nowawes war bei dem Tischlermeister Irrgang in Potsdam in der Lehre, von dem erzählt wird, daß er seinen Lehrlingen oft einen unsanften Hieb versetzt. Der Lehrling H. soll ebenfalls von Herrn Irrgang geschlagen worden sein, so daß der Vater seinen Sohn aus der Lehre nahm und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattete. Der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten ab und verwies den Vater auf den Weg der Privatklage. Der Vater schickte aber seinen Sohn nicht wieder zurück, sondern hob das Lehrverhältnis auf, indem er folgendes ärztliche Attest beibrachte:

> Max H., den ich heute ärztlich untersucht habe, ist stark bleichsüchtig, hat einen beginnenden Lungenspitzenkatarrh und starke Schmerzen in der rechten Bauchseite. Er ist für sein Alter sehr groß in die Höhe geschossen. Er ist untauglich für jegliche Arbeit in geschlossenen Räumen bei staubiger Luft, da sonst eine ernste Erkrankung der Lungen zu befürchten ist.
>
> Dr. Gleiß, Arzt.

Trotz dieses Gutachtens bestand der Lehrherr auf der Rückkehr des Lehrlings und er wandte sich an die Polizeibehörde in Nowawes. Diese führte dem Lehrherrn den Lehrling denn auch wieder zu. Da dieser aber sofort wieder entlief, erhielt der Lehrling von der Polizeibehörde eine Strafverfügung über 50 Mark oder fünf Tage Haft.

Gegen diese Verfügung erhob der Vater Beschwerde beim Landrat und erhielt darauf folgendes Schreiben:

> Nach den angestellten Ermittelungen hat Ihr Sohn die Lehre ohne gesetzlichen Grund und ohne Zustimmung des Lehrherrn verlassen. Die Maßnahmen der Ortspolizeibehörde bewegen sich im Rahmen des § 127 d der Reichsgewerbeordnung. Die erhobene Beschwerde muß mithin als unbegründet zurückgewiesen werden.
>
> Der Landrat des Kreises Teltow.

Da der Vater nun keinen Ausweg mehr wußte, wandte er sich um Rat an das Potsdamer Arbeiterauskunftsbureau. Von diesem wurde dann eine Beschwerde gegen den Bescheid des Landrats an den Regierungspräsidenten in Potsdam als die vorgesetzte Behörde des Landrats gerichtet, in dem zunächst darauf hingewiesen wurde, daß die Polizeibehörde Nowawes überhaupt nicht berechtigt war, den Lehrling zurückzuführen und eine Strafverfügung zu erlassen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen des § 127d der Gewerbeordnung überhaupt nicht vorliegen, denn die Lehre war nicht verlassen, sondern auf Grund eines ärztlichen Gutachtens aufgelöst worden.

Diese Beschwerde gegen den Landrat an den Regierungspräsidenten muß nach den gesetzlichen Bestimmungen immer an den Landrat gehen und dieser gibt sie dann an den Regierungspräsidenten weiter. Auf diese Beschwerde ging nun am 13. Juli folgende Antwort vom Landrat an den Vater des Lehrlings ein:

> Bei Abweisung der von Ihnen gegen die Verfügung des Herrn Amtsvorstehers in Nowawes vom 14. März d. J. erhobenen Beschwerde ist übersehen worden, daß Ihr Sohn in Potsdam im Lehrverhältnis war. Selbstverständlich war die Polizeibehörde in Nowawes zum Erlasse der polizeilichen Verfügung nicht zuständig. Ich habe deshalb den Herrn Amtsvorsteher ersucht, die Verfügung zurückzunehmen, und habe, da sich die Beschwerde somit erledigt, von ihrer Weitergabe an den Herrn Regierungspräsidenten Abstand genommen.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie oberflächlich zuweilen bei den Behörden gearbeitet wird. Die Polizeibehörde in Nowawes hätte wissen müssen, daß sie gar nicht zu der ihr übertragenen Arbeit zuständig war. Aber auch auf dem Landratsamt hätte man sofort erkennen müssen, daß die Maßnahmen der Polizeibehörde nicht nur in bezug auf die Zuständigkeit, so auch auf Grund dieses doch gewiß deutlich sprechenden ärztlichen Gutachtens unzulässig waren. Jeder Arbeiter tut gut, bei irgendwelchen gewerblichen Streitigkeiten und dergleichen sofort eine der gewerkschaftlichen Auskunftseinrichtungen aufzusuchen, denn es werden ihm dann mancherlei Scherereien erspart bleiben.

Wilmersdorf.

Schwerer Automobilunfall. Als die zehnjährige Schülerin Else Arndt aus der Augustastr. 28 gestern den Fahrdamm dieses Straßenzuges überschreiten wollte, geriet sie, hinter einem anderen Wagen herumgehend, gegen ein in schneller Fahrt aus der entgegengesetzten Richtung herannahendes Privatautomobil. Das Mädchen wurde umgerissen, zur Seite geschleudert und blieb blutüberströmt und besinnungslos liegen. Die Verunglückte wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht, wo neben anderen Verletzungen ein Bruch des rechten Knöchels, eine klaffende Kopfwunde und erhebliche Quetschungen am rechten Knie und an der linken Schulter festgestellt wurden. Nach Anlegung von Notverbänden wurde das Kind auf Wunsch der Eltern nach der Wohnung geschafft.

Steglitz.

Im Traum aus dem Fenster gesprungen. Der elfjährige Sohn Max des Fuhrwerksbesitzers Skora, Mommsenstr. 47, litt seit einigen Tagen an starkem Fieber und hatte dabei Angstträume. In der Nacht wurde der Aermste derart von Träumen geplagt, daß er in seinem Zustand die Lagerstätte verließ und sich aus der Höhe des zweiten Stockwerks in die Tiefe hinabstürzte. Er erlitt einen Schädelbruch sowie Schenkelbrüche und wurde nach dem Kreiskrankenhause Groß-Lichterfelde übergeführt.

Neukölln.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Dienstag Stellung zum Chemnitzer Parteitag. In Anbetracht der tiefeinschneidenden Fragen der Reorganisation unserer Partei, ließ der Besuch der Versammlung zu wünschen übrig. Genosse Feller führte als Referent etwa folgendes aus:

Die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages umfaßt nicht nur viele Punkte und wichtige Dinge, die man der Diskussion überlassen sollte, sondern es ist notwendig sie eingehend zu behandeln. Auf allen Parteitagen ist es die eine oder andere Frage, welche in den Vordergrund der politischen Ereignisse tritt. Beim Punkt Vorstandsbericht wird u. a. über die Sanierung des Göppinger Parteiblattes diskutiert werden. Partei- und Landesvorstand dürfen nur im äußersten Notfall eingreifen und Redakteure nur entlassen, wenn eine Programmverletzung vorliegt. Die überwachende Tätigkeit muß man den Genossen des Ortes überlassen. Der Ausschluß des Genosse Hildebrandt ist als unangenehme zu bezeichnen, da sehr bekannte Parteigenossen schwere Vorwürfe gegen das Schiedsgericht erhoben haben. Allerdings darf es nicht soweit kommen, daß unsere Partei zum Tummelplatz aller möglichen Streber und Projektemacher wird. Der Alkoholfrage muß sich unsere Reichstagsfraktion mehr zuwenden und dem Alkohol schärfer zu Leibe gehen. Für nicht bedenklich kann man auch die Besprechungen von Landsmannschaften vor Kongressen oder Parteitagen halten, weil hier, ohne Rücksicht auf die Richtung, die Vertreter zusammenkommen. Ganz anders dagegen sind die Sonderkonferenzen zu bewerten, die die zwei Richtungen in der Partei in letzter Zeit abhielten.

Beim Punkt Reichstagswahlen wird sicher mit dem Parteivorstand wegen der „Dämpfung" des Wahlkampfes ein Wörtchen geredet werden. — Ueber die Maifeier ist nicht viel zu reden, denn es wird abzuwarten sein, was die nächste Internationale daran ändert. — Zur Reorganisation des Organisationsstatuts sind eine ganze Anzahl Vorschläge gemacht worden. Der letzte Parteitag griff insofern ein, als er zur Bewältigung der laufenden Arbeiten zwei neue Sekretäre wählte und eine Kommission von 22 Mitgliedern einsetzte, die einen neuen Entwurf ausarbeitete. Der Beitrag kann für männliche Mitglieder auf 40 Pf. monatlich oder 10 Pf. wöchentlich und für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. monatlich oder 5 Pf. wöchentlich festgesetzt werden. Was die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag anlangte so ist der Vorschlag des Genossen Ledebour der glücklichste, alle 110 Abgeordnete nur mit beratender Stimme zuzulassen. Gegen die Tätigkeit der 32er Kommission läßt sich viel einwenden, warum sollen aber nicht 7 unbesoldete Beisitzer dem Parteivorstande angegliedert werden. Möge der Parteitag in Chemnitz es als höchste Aufgabe betrachten, die Vielheit unserer Organisationsgebilde zusammenzufassen und das beste für die Mitglieder herausschälen.

Vor Eintritt in die Diskussion teilte der Vorsitzende Genosse Schulz die eingegangenen Anträge mit. Der 17. Bezirk fordert eine schärfere Propaganda zur Maifeier; Genosse Krille beantragte: a) alle Reichstagsabgeordneten an den Verhandlungen des Parteitages ohne Stimmrecht teilnehmen zu lassen; b) sich gegen den geplanten Parteiausschuß zu erklären; ferner lag eine Resolution vor, die zur schärfsten Durchführung des Branntweinboykotts auffordert. — Erster Diskussionsredner ist Genosse Zepomik. Er wundert sich, daß man soweit gekommen ist, einen 32er Ausschuß zu wählen, um den Parteivorstand mundtot zu machen. Das Hindernis gegen die wirksamere Durchführung der Maifeier seien die Gewerkschaftsführer, sie wollen die Kasse schonen; dies sei der reine Geschäftsstandpunkt. Redner wendet sich unter großer Unruhe dagegen, daß die proletarischen Polen noch zum Teil als Nationalisten verschrien werden. Genosse Klüß hält dem Vorredner zugute, daß er es wohl ehrlich meine, als Pole aber doch noch etwas eigenartige Ansichten über unsere Forderungen habe. Der Maifeier-Antrag sei abzulehnen, weil sie in dieser Form nicht durchführbar. Den nach Chemnitz gehenden Delegierten ersucht Redner, sich an den Debatten über das Stichwahlabkommen rege zu beteiligen, selbstverständlich im versöhnlichen Sinne. Klüß hat durchaus nichts gegen Zusammenkünfte, ganz gleich welcher Art, wenn sie nur der Partei dienen.

Genosse Kotte begründet den Antrag des 17. Bezirks; seine Hauptausführungen gipfeln darin, daß es unwürdig sei, sich durch einen Betrag von der Maifeier loszukaufen. Genosse Neumann ist gegen den Maiantrag, da man seit 1890 der achtstündigen Arbeitszeit immer näher gekommen, sei die Entrüstung gegen die Gewerkschaftsführer nicht immer am Platze. Eine Reichstagsfraktion ohne Stimmrecht auf dem Parteitag könne er sich nicht denken.

Genosse Franke hält es für ratsam, sämtlichen Instanzen auf dem Parteitag das Stimmrecht abzusprechen. Ueber das Stichwahlabkommen müsse eingehend geredet werden, zur Verhütung ähnlicher Fälle. — Genosse Pilz erklärt, daß wir ohne das Stichwahlabkommen keine 110 Mandate erobert hätten. Den Parteivorstand tadeln, hieße ihm Unrecht tun. — Genosse Pätzel bekundet, daß man am Parteivorstand nicht immer seine Reibungsfläche suchen dürfe, denn seine Mitglieder seien kampferprobte Genossen, die selbstverständlich der Kritik unterstehen.

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung wurden die Anträge Krille und der des 17. Bezirks abgelehnt. Gegen fünf Stimmen wurde der Antrag Feller, den Parteivorstand durch sieben unbesoldete Beisitzer zu verstärken, angenommen und der Resolution zur schärferen Durchführung des Schnapsboykotts einstimmig zugestimmt.

Der Kreisgeneralversammlung sollen als Delegierte zum Parteitag Genosse Feller und Genossin Röhl vorgeschlagen werden.

Die Ferienspiele, die von opferfreudigen Genossinnen geleitet werden, haben bisher einen befriedigenden Verlauf genommen. Die Helferinnen tauschen ihre Erfahrungen aus, um neue Anregungen zu erhalten. Das soll besonders am heutigen Freitagabend 8½ Uhr in einer Zusammenkunft bei Hoppe, Hermannstr. 49, geschehen.

Weißensee.

Die Milchverwertung des Birkholzer Gutes in eigener Regie durch die Gemeinde hat die „Staatsbürger-Zeitung" zu einem heftigen Ausfall gegen die Gemeindemitglieder und nicht zuletzt gegen den Bürgermeister Dr. Woelck veranlaßt, die zu dem Beschluß beigetragen haben. Dieser Beschluß soll nach dem genannten Blatte bereits den Weg zum Zukunftsstaat bedeuten. Das Blatt weiß in seiner Unkenntnis gar nicht, daß in vielen anderen Gemeinden längst das besteht, was in Weißensee eingeführt werden soll. „Kommt das Vorhaben zur Ausführung," so faselt der Artikelschreiber, „dann werden nicht nur die Milchhändler am Orte wirtschaftlich ruiniert, sondern auch die Molkereibesitzer müssen ihren Betrieb einschränken oder aufgeben, wenn die „Bollewagen" der Gemeinde durch die Straßen fahren und allmählich die gesamte Kundschaft an sich ziehen, da die Kommune um einen Pfennig unter den ortsüblichen Preis heruntergehen will. Durch diesen direkt mittelstandsfeindlichen Plan würden 60 bis 70 selbständige Existenzen mit einem Schlage zugrunde gerichtet, um ihren Erwerb gebracht und mit ihren Familien ins Proletariat hinabgestoßen. Was heute den Melkern und Milchhändlern geschehe, könne morgen den Bäckern und Fleischern, den Kolonialwarengeschäften, den Schuhmachern und Schneidern widerfahren. Die Gemeindevertretung beschließt dann die Uebernahme von Handwerk und Gewerbe in eigener Regie, der einzige Arbeitgeber sei nur noch die Kommune und der Zukunftsstaat sei auf friedlichem Wege errichtet, ohne Generalstreik, ohne Revolution und Blutvergießen. Selbstverständlich sind es die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die den mittelstandmordenden Plan ausgeheckt haben und sie erfreuten sich dabei der tatkräftigen Unterstützung des Gemeindevorstehers Dr. Woelck." Mit diesem Geseiere will man besonders dem Bürgermeister eins auswischen. Den Gipfel erklimmt das staatsbürgerliche Blättchen durch folgende verwerfliche Denunziation: „Da sich die bürgerlichen Parteien häufig schroff gegenüberstehen, so bilden die Roten das Zünglein an der Wage, auf sie stützt sich das Gemeindeoberhaupt, sie sind seine Kerntruppen und beide arbeiten Hand in Hand."

Dann schüttet sich der ganze Groll auf den Genossen Frentz aus, der als Kurator des dem Säuglingskrankenhause angegliederten Musterkuhstalles für neun Monate für 45 000 M. Futter angekauft haben soll, während für nur 6000 Mark gebraucht wird. Der Sozialdemokrat Frentz habe sich in zwanzigjähriger Tätigkeit als Parteibudiker alle die Spezialkenntnisse angeeignet, die erforderlich seien, ein landwirtschaftliches Unternehmen, wie den Musterkuhstall zu leiten. Daß ein jüdischer Großhändler hierbei auch eine Rolle spielt, nimmt nach der Tendenz des Blattes kein Wunder, hinter den Worten: „man darf auf die Weiterentwicklung der Sache gespannt sein" liegt der versteckte Vorwurf, daß Genosse Frentz wohl den Ankauf nicht so „glatt" abgewickelt hat. Ferner wird der staunenden Oeffentlichkeit kundgegeben, daß die Milchwirtschaft in Birkholz von drei Genossen revidiert wird und zwar Frentz, dem Tischler Fuhrmann und dem früheren Schriftsetzer, jetzigen Parteibudiker Taubmann. Diese drei landwirtschaftlichen Sachverständigen musterten mit scharfem, sachkritischem Blicke die Ställe, den Viehbestand und die Milchverwertung, sie fanden nichts daran auszusetzen. Zum Schluß wird behauptet, obendrein schließen die Birkholzer Milchwirtschaft mit einer Unterbilanz von 60 000 bis 80 000 M. ab.

Mit Wonne wird natürlich dieser Artikel abgedruckt, so hat der amtliche „Tegeler Anzeiger" für diesen Schwindel nur die Worte übrig: „Weißensee liegt auch im Kreise Niederbarnim, der schon viel von sich reden machte". Mit noch größerer Wonne hat auch das hiesige G. m. b. H.-Organ sich der Sache angenommen, ohne jedwede Bemerkung natürlich, trotzdem es wissen muß, daß größere Unwahrheiten nicht verbreitet werden konnten. Der Ertrag der Birkholzer Milch beträgt im Höchstfalle 1500 Liter pro Tag, hierdurch können keine 60—70 Existenzen vernichtet werden. Auch hat man den Genossen Frentz erst seit vier Monaten zu der Kommission als Mitglied zugezogen, er kann daher am 1. Oktober v. J. keine Futtermittel angekauft haben. Ferner hat das Rieselgut Birkholz keine Revisoren, die noch dazu aus drei Genossen bestehen sollen. Ebenso ist aus dem Betriebe in Birkholz immer noch ein Ueberschuß herausgerechnet worden, der im letzten Etat mit 35 000 M. vorgesehen ist, die Unterbilanz von 60—80 000 M. ist eine rein willkürliche Annahme, die Differenz der Summe bezeugt das schon. All dies hätte das G. m. b. H.-Organ richtigstellen können, wenn es wollte, aber das paßte nicht in den Kram hinein. Da man bei gewissenhafter Prüfung an die Sache nicht herankann, müssen eben die Tatsachen gefälscht werden, sonst schimpft es sich auch nicht so gut.

Hermsdorf i. M.

Der neue Bahnsteig ist vergangene Woche endlich dem Verkehr übergeben worden. Die Aufschüttungsarbeiten der in der Mitte liegenden Gleise haben nunmehr freie Bahn, so daß der neue Tunnel wohl auch bald in Angriff genommen werden kann. Wenn die seit Jahren währenden Umbauarbeiten beendet sein werden, wird man erleichtert aufatmen. Das Uebergangsstadium des ewig unfertigen Zustandes, die Staubbelästigung und häßliches Aussehen des Bahnkörpers, sind dem Orte nicht gerade förderlich gewesen.

Nowawes.

Der Konsumverein beschloß in seiner außerordentlichen Generalversammlung am Montagabend die wegen der Verschmelzung mit der Potsdamer Konsumgenossenschaft „Hoffnung" notwendig gewordene Liquidation und wählte zu Liquidatoren die Genossen Paul Krüger (Geschäftsführer) und Karl Sabrowski (Kassierer). Während der bisherige Vorstand nunmehr seine Tätigkeit einstellt, bleibt der Aufsichtsrat solange im Amte, bis die Liquidation beendet ist. Da mit obigem Beschluß der Konsumverein für Nowawes und Umgegend aufgelöst ist, dürfen die Verkaufsstellen laut Gesetz an solche Personen, die der Potsdamer Konsumgenossenschaft noch nicht beigetreten sind, keine Waren verabfolgen. Es ist daher denjenigen, die das ihnen zugesandte Uebertrittsformular noch nicht ausgefüllt und in einer der Geschäftsstellen abgegeben haben, dringend zu raten, dies schleunigst nachzuholen. Der Schluß des laufenden Geschäftsjahres erfolgt am Sonntag, den 4. August. Da die bisherigen Rabattmarken für das nächste Jahr keine Gültigkeit haben, sind sie bei der letzten Markenabgabe mit zu verrechnen.

Spandau.

Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins, die sich mit der in der vorhergegangenen Generalversammlung unerledigten Tagesordnung beschäftigte, tagte am Dienstagabend bei Köpenick. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Maurers Hänisch und nahm dann die Berichte der einzelnen Kommissionen entgegen. Beim Bericht der Lokalkommission wurde bemängelt, daß Lokale, die ein Sitzungszimmer besitzen, nicht mit in die Lokalliste aufgenommen werden. Dem wurde entgegengehalten, daß laut Beschluß nur diejenigen Lokale erwähnt werden, deren Sitzungszimmer mehr als 75 Personen fassen. — Die Veranstaltungen des Bildungsausschusses haben nicht die gewünschte Unterstützung gefunden und deshalb mit einem Defizit abgeschlossen. Die Neuwahlen der Kommissionen hatten folgendes Ergebnis: Lokalkommission: Kasmierzack, Behrend, Paul Bartel; Schiedskommission: Mette sen. (1. Abteilung), Röhr und Salzwedel (2. Abteilung), Dürlich und Schächter (3. Abt.), Beuser (Abt. Nonnendamm). Dem Bildungsausschuß gehören W. Jahnke, Trompler, Dahlke und Frau Gebhardt an. — Als 2. Kassierer wurde Genosse Ganzer gewählt und als Leiterin der Frauen-Leseabende Genossin Peczilis. — Der Vorstand hatte noch eine Reihe Anträge eingebracht; angenommen wurde der Antrag, alle halbe Jahre eine intensive Agitation zugunsten des Konsumvereins zu unternehmen. Die Initiative soll die Propagandakommission ergreifen. Weiter wurde beschlossen, in öffentlicher Versammlung die kommunale Steuerpolitik durch einen geeigneten Referenten behandeln zu lassen. — Dem 1. Kassierer sollen in Zukunft alljährlich 75 und dem 2. Kassierer 20 Mark als Mankogelder bewilligt werden.

Hierauf wurde Stellung zu der am 18. August stattfindenden Kreisgeneralversammlung genommen und die einzelnen Tagesordnungspunkte einer eingehenden Erörterung unterzogen. Dabei gelangten folgende Anträge zur Annahme: 1. Die Kreisgeneralversammlung wolle beschließen, die Wahl der Delegierten nach dem Proportionalwahlsystem vorzunehmen, bis zu 100 Mitgliedern einen und für jede weiteren 200 Mitglieder wieder je einen Delegierten zu wählen; 2. den 13. Wochenbeitrag dem Bildungsausschusse zu überweisen; 3. zum Parteitag zwei Delegierte zu entsenden. — Zum Kreisvorstand sollen folgende Genossen vorgeschlagen werden: Schubert und Pieper (Vorsitzende), Stahl und Hornig (Kassierer), Reinhardt (Schriftführer). Nachdem die Delegierten zur Kreisgeneralversammlung gewählt wurden, machte der Vorsitzende noch auf die Dampfertour nach Velten am Sonntag aufmerksam.

Aus der Frauenbewegung.

Die Agitation zu dem eucharistischen Kongreß.

Im September wird in Wien der eucharistische Kongreß stattfinden. Es soll dieser zur Anbetung und besonderen Verehrung des Altarsakramentes eingesetzte Kongreß aber nicht vor allem für die Religion veranstaltet werden, wenn er auch von den höchsten Würdenträgern der Kirche gefördert und geleitet wird. Die Religion soll nur der Deckmantel für die klerikale Propaganda abgeben, welche durch den Kongreß betrieben werden wird. Die Agitation soll die Massen zusammenrufen, um sie dem klerikalen Heerbann einzuordnen.

Seit vielen Monaten wird diese Agitation, deren Kosten vornehmlich einige reiche Juden decken, in der umfangreichsten Weise durchgeführt. Alle Erzherzoginnen, allen voran die älteste Tochter des Kaisers, stellen sich in den Dienst der Agitation. Wie schreien die Klerikalen, wenn die Kinder der Arbeiter an den Festen und Umzügen der Arbeiterschaft teilnehmen, aber wenn sie die Agitation in die Schulen tragen, dann werden sie nicht von Kindermißbrauch reden. Tausende Flugblätter werden schon in den Wiener Schulen verteilt und auch in der Provinz ist es vorgekommen, daß die Kinder aufgefordert wurden, an den Veranstaltungen teilzunehmen und auch die Eltern auf diese aufmerksam zu machen. Es sollen an einem Tag 20 000 Kinder der Wiener Schulen im Schwarzenberg-Garten beichten und kommunizieren. Der Stefansdom, die schönste Kirche Wiens, soll in ein Versammlungslokal umgewandelt werden, damit dort die Agitatoren des Pius-vereins Reden für die christliche Presse halten können.

Aber nicht die Reden allein sollen die Kirchen zu Versammlungslokalen stempeln, es sollen dort auch kinematographische Darstellungen vor sich gehen, um den Gläubigen die Bedeutung des Kongresses durch Anschauungsunterricht zu vermitteln. Der Papst hat in einem eigenem Erlaß geboten, daß diese Vorstellungen, bei denen es ja dunkel werden muß, nur für die Männer oder die Frauen veranstaltet werden, niemals aber für beide Geschlechter gemeinsam. Hat man so wenig Vertrauen in die Sittenreinheit der frommen Schäfchen, daß man sie nur getrennt zur Sittlichkeit bekehren kann.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Nowawes. Die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins in Nowawes machen am Sonntag, den 28. Juli, einen Spaziergang nach Bornim (Lokal Wotzwobt, Mittelstraße). Die Genossinnen versammeln sich im Lokal von Hiemke, Wallstraße 55.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9½ Uhr abends — Sonnabends von 4½—6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Fahrstuhl) statt.

E. H. 49. Sie können Ihr Gesuch eventuell nochmals bei dem Kommandeur des Truppenteils, zu welchem Sie eingezogen werden, wiederholen, sonst läßt sich leider nichts dagegen machen. Nehmen Sie eventuell Bescheinigungen über den Zustand Ihrer Frau zur Uebung mit. — **A. W. 66.** Die Einschätzungskommission in Berlin ist berechtigt, Sie von neuem einzuschätzen. — **R. 44.** Das kommt ganz auf die Art der Leistungen an. Bei einer regelmäßigen Geburt bis 30 M., bei einer schweren bis 45 M. Sie können die Gebührenordnung bei uns einsehen. — **Auto 30.** 1. Nach der Lehrzeit vom Polizeipräsidium. 3 M. Stempel und Schreibgebühren. 2. Die Strafe wird vermerkt, ist aber wohl kaum hinderlich. 3. und 4. Im Transportarbeiterverband, wo Sie auch das Nähere erfahren. — **B. P. Zorndorf.** Ja. — **K. S. 15.** Beschweren Sie sich beim Magistrat. Dessen Entscheidung kann wiederum binnen zwei Wochen durch Beschwerde beim Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg angefochten werden. Dieser entscheidet endgültig.

B. 21. Erst müssen Sie verklagt werden. Nach Erlaß des Urteils kann gepfändet werden. — **M. R. 1.** und 2. Ohne Einwilligung des Gegners nicht. 3. Eventuell ja. Sie können sogar auf Abnahme der Sachen verklagt werden. — **O. St. 100.** Wir halten in diesem Falle die Strafverfügung für nicht begründet. — **A. B. 10.** Wo das Kind verbleibt, bestimmt der Vormund. Sie können nicht Vormund werden. **B. K. 77c.** Nein, Sie müssen aber nachweisen, daß sich das Mädchen in der betreffenden Zeit mit anderen Männern eingelassen hat. — **H. E. 100.** Wenden Sie sich mal an das Auswärtige Amt. — **E. Wesch.** Man kann nur dringend abraten. — **Pankow 62.** Fragen Sie bei der Schuldeputation an, Berlin, Rathaus. **P. W. 83.** Senden Sie Probe ein! — **E. B.** 1. Schon von den alten Griechen und Römern entdeckt und weiter beobachtet. Kleine Experimente am Bernstein usw. Dann die Entdeckungen von 1600 und 1700 bis 1900. 2. Damals handelte es sich um Versuche mit Dampfwagen. — **K. B.** Nein. — **T. B.** Lieber nicht. — **Pr. S.** Das stimmt. — **Frankfurt a. O.** 1756. — **R. 10.** Nein. **P. S.** 1. und 2. Ja. 3. Das kann nicht geschehen. — **M. F. 99.** Von wem haben Sie die Aufforderung bekommen? — **M. F. R.** Sie müssen zunächst angeben, wer gestorben ist. — **H. 36.** 1. Ja. 2. Solange Sie nicht die erforderlichen Papiere haben, können Sie nicht heiraten. 3. Das ist noch unbekannt. 4. Melden Sie Ihre Braut als Wirtschafterin an. — **Luz 10 Neukölln.** Wenn die Sachen während der Ehe geschenkt sind, und es existiert ein Ehevertrag nicht, kann der Mann darüber verfügen. — **H. W.** 1. Nein. Der Besitzer kann auf Herausgabe klagen. 2. Das Wort hat mit dem Gesetz nichts zu tun. — **Anni 25.** An das Versicherungsamt, wo Sie jetzt wohnen.

Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 28. Juli: Wanderung von Melchow über Samithsee, Schöpfurt, Steinfurt, Uedersee, Werbellinsee. Abfahrt I am 27. Juli, abends 7.40 nach Biesenthal; II. am 28. Juli, früh 6.59 nach Melchow vom Stett. Bahnhof. Treffpunkt Fischerhütte am Samithsee.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, den 28. Juli: Wanderfahrt nach Fangschleuse—Löcknitz—Kl. Wall—Kienbaum—Hangelsberg—Mönchswinkel—Fangschleuse. Abfahrt 5.50 Schlesischer Bahnhof.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 28. Juli. I. Neu-Ruppin—Fh. Rottstiel—Zermützelsee—Molchow — Neu-Ruppin. Abf. Stett. Fernbahnhof Sonnabendabend 9.29 Uhr. — II. Frohnau—Mühlenbecker See—Mönchsmühle—Nordend. Abf. Stett. Vorortbahnhof 6.45 Uhr vorm. — III. Angermünde—Wollietzsee—Glambecker Mühle—Herzsprung. Abf. Stett. Fernbahnhof Sonnabendabend 10.45 Uhr. — IV. Erkner—Stienitzsee—Strausberg. Abf. Schles. Bahnhof 5.53 Uhr vorm. — V. Bernau—Liepnitzsee—Bernau. Abf. Stett. Vorortbahnhof 6.40 Uhr. vorm. — VI. Zehlendorf—Klein-Machnow—Gr.-Lichterfelde-Ost. Treffp. 2 Uhr Bahnhof Zehlendorf. — VII. Kinderwanderung. Tegel—Hermsdorf. Treffp. 1. Schles. Bahnhof (Ecke Frucht- und Madaistraße ½8 Uhr vorm. 2. Bahnhof Wedding (Eing. Nettelbeckplatz) 8 Uhr vorm. Gäste willkommen.

Marktbericht von Berlin am 24. Juli 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Aale 1,20—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 0,80—2,40. Schleie 1,20—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 25. Juli 1912.

Stationen	Barometer 0° u. Meeresniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer 0° u. Meeresniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	764	OSO	2	heiter	20	Haparanda	764	O	2	heiter	16
Hamburg	763	OSO	3	wolkenl	20	Petersburg	764	W	1	wolkenl	16
Berlin	763	SO	1	wolkenl	20	Scilly	754	S	4	wolkig	14
Frankf. a. M.	760	NO	1	Dunst	19	Aberdeen	761	Still		Nebel	14
München	760	NO	2	heiter	16	Paris	759	W	1	Regen	16
Wien	761	NNO	1	wolkenl	19						

Wetterprognose für Freitag, den 26. Juli 1912.

Sehr warm, zunächst vorwiegend heiter bei mäßigen südöstlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 24. 7. cm	seit 23. 7. cm¹)	Wasserstand	am 24. 7. cm	seit 23. 7. cm¹)
Memel, Tilsit	70	—2	Saale, Grochlitz	50	0
Pregel, Insterburg	—	—	Havel, Spandau²)	18	—2
Weichsel, Thorn	12	—4	„ Rathenow²)	24	—4
Oder, Ratibor	486³)	+266	Spree, Spremberg²)	58	0
„ Krossen	46	—4	„ Beeskow	77	—1
„ Frankfurt	54	—4	Weser, Münden	100	+8
Warthe, Schrimm	—40	—2	„ Minden	172	0
„ Landsberg	—57	0	Rhein, Maximiliansau	514	—6
Netze, Vordamm	—36	+8	„ Kaub	277	+31
Elbe, Leitmeritz	122	+56	„ Köln	229	+17
„ Dresden	—50	+114	Neckar, Heilbronn	125	—55
„ Barby	59	—1	Main, Hanau	99	—3
„ Magdeburg	58	—3	Mosel, Trier	20	?

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) am 25. früh Wasserstand nur noch 336 cm und weiter fallend.

Todes-Anzeigen

Am Mittwochnachmittag entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftsetzer 2592b

Max Voss

im 46. Lebensjahr.

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchdrucker

Max Voß

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Stralauer Viertel. Bezirk 336 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Reinhold Matthes

Boxhagener Str. 22, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
218/9 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Landsberg. Viertel. Bez. 420 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Richard Nobereit

Hufelandstr. 18, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt. 218/10

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung unserer Tochter **Irmgard** sprechen wir an dieser Stelle allen Kollegen, Genossinnen und Genossen, ganz besonders dem Gesangverein des D. T.-K.-Verbandes unseren herzlichsten Dank aus.

Otto Ortmann und Frau,
Reuchlinstraße 4 III.

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Monteur

Karl Schneider

Weichselstraße 34 (4. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zuleger

Otto Böder,

Reichenberger Str. 130, am 24. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
121/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Köpenick.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Louis Lehnert

im Alter von 43 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute**, Freitag, den 26. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der hiesigen Leichenhalle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
87/2 **Die Ortsverwaltung.**

Am Dienstag entschlief sanft nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Karoline Reschke

im 57. Lebensjahre. [312A

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofs, Nordend, aus statt.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reiche Kranzspendung bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Olga Schnieber

sagen wir allen Beteiligten, besonders Herrn Stadtverordneten Gottfried Schulz für die zu Herzen gehenden Worte unseren herzlichsten Dank.

Hermann Schnieber
25955 nebst Kindern.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Unsern Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege

Hermann Osburg

an Lungenschwindsucht verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Pius-Kirchhofes, Wilhelmsberg, aus statt.

48/2 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns eines unserer Mitglieder, der Kollege

August Naujoks

welcher im Betriebe der Straßenreinigung, 8. Abteilung, beschäftigt war, entrissen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in Pankow, Wollankstraße, aus statt.

35/4 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse f. Textilarbeiter etc. E. H.
Oertliche Verwaltung Berlin.

Nachruf.

Am 22. Juli verstarb unser Mitglied, Frau

Charlotte Hoffmann

im Alter von 67 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

197/7 **Die Verwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben, guten Mannes, unseres guten Bruders, Schwagers und Onkels, des Gastwirts

Oskar Kay

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, meinen werten Gästen, dem Wahlverein, dem Verein Moabiter Gastwirte, insbesondere Herrn Genossen Moses für die trostreichen Worte meinen herzlichsten Dank.

Berlin NW. 23,
Holsteiner Ufer 14. 114/13
Frau Anna Kay geb. Taubert.

Am Dienstag, den 23. Juli, abends 9½ Uhr, verschied meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter

Marie Uecker

geb. **Barleben.**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Kolonie Kupferhammer bei Eberswalde aus statt. 25a

Die trauernden Hinterbliebenen
Ferd. Uecker nebst Kindern.

Ziehung am 1. u. 2. August in Bonn.

Erste Rheinische Pferde-Lotterie.

5717 Gewinne, Gesamtwert M.

80000
40 Pferde, Wert Mark

50000
5677 Silbergewinne Mark

30000
1. Hauptgewinn Wert Mark

10000

Rheinische Lose à 1 M.
11 Lose = 10 M., Porto u. Liste 30 Pf.
in allen Lotteriegeschäften,
Loseverkaufsstellen und durch
Lud. Müller & Co.
Berlin C. Breite Str. 5.

Zähne, **Plomben,** beste Ausführung, billigste Preise. Gegr. 1889.
Olga Jacobson, **Invalidenstr. 145, II.**

Sozialdemokrat. Wahlverein Grünau

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 22. Juli, unser Genosse

Max Scheyer

am Herzschlag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung der Leiche findet in Gotha statt.

202/15 **Der Vorstand.**

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter, Tochter und Schwester

Luise Nachtigall

geb. **Reinhardt**

sagen wir allen Leidtragenden, besonders den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Kollegen und Kolleginnen der A. E. G., Schlegelstraße, Abteil. Meister Engel, dem Sparverein Wiesenburg, den Mietern des Hauses Hochstr. 1b und dem Gesangverein der freien Vereinigung unseren herzlichsten Dank. 25a

Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung! Tabakarbeiter!

Mit Rücksicht auf unser Sommerfest bei Lipps fällt am Sonnabend, den 27. Juli 1912, der Zahlabend aus.

187/16 **Der Vertrauensmann.**

Kautabak

Nur echt, wenn jedes Röllchen nebenstehenden Zettel enthält.

G. A. Hanewacker
Nordhausen.
Schutzmarke.

Hauptniederlage:
H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engelufer 5.
Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in **der seit** 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

---

Tariflich geregelte Friseurgeschäfte.

Nachzutragen der Liste vom Sonntag, den 21. Juli, sind folgende Betriebe:

Berlin:
Figurski, Petersburgerstr. 65.
Jurkat, Cadinerstr. 21.
Kleinfeld, Waldemarstr. 12.
Knoblauch, Weberstr. 13.
Swidurski, Wollinerstr. 31.

Neukölln:
Hanisch, Emserstr. 130/131.

Neu bewilligt:

Berlin:
Andersch, Naugardterstr. 3.
Dommisch, Driesenerstr. 4.
Kaue, Reichenbergerstr. 88.
Kuhera, Goßlerstraße 17.
Marx, Heidenfeldstr. 16.
Schulz, Münchebergerstr. 20.

Neukölln:
Heitner, Treptowerstr. 92/93.
Kieckhöfel, Friedelstr. 1.

Adlershof:
Brych, Bismarckstr. 18.

Nieder-Schöneweide:
Kaiser, Berlinerstr. 108.

Die beschäftigten Gehilfen sind im Besitz einer weißen mit rotem Rand versehenen Kontrollkarte, welche der leichten Kontrolle wegen am Spiegel steckt. Geschäfte, in denen kein Personal beschäftigt wird, gelten ebenfalls als geregelt.

294/4 **Verband der Friseurgehilfen. Zweigverband Berlin und Vororte.**

Jeder **Arbeiter,** jeder **Handwerker,** jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Rixdorf am Ringbahnh.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

VERA 3 Pf JOSETTI Cigarette

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Küchenmöbel-Branche

Montag, den 29. Juli 1912, abends 6 Uhr, Englischer Garten, Alexanderstraße 27:

Versammlung.

Tagesordnung: 87/1

1. Der Verbandstag in Berlin. — 2. Branchenangelegenheiten.

Sitzung der Ortsverwaltung

fällt diesen Freitag aus.

Die Ortsverwaltung.

---

35 **Verkauf nur im Fabrikgebäude!** 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf **nur** im **Fabrikgebäude** — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jedes Paket von Dr. Gentner's Veilchenseifenpulver

Goldperle

enthält ein reizendes praktisches Geschenk.

Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcrême „Nigrin“: **Carl Gentner, Göppingen.**

Vertretung für Groß-Berlin: 200/12*
Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 218. Tel. Neukölln 9280.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 28. Juli:

1. Abt.: 6 und 12 Uhr: Wandlitz (Gesellschaftshaus). Start: Bülowstraße 58.

2. Abt.: 4 Uhr: Buckow (Schweizerhaus. 1 Uhr: Kiekemal (Heidekrug). Start: Schönleinstraße 6.

3. Abt.: 6½ Uhr: Hirschgarten (Wilhelmshof, Schnitzeljagd). Start: Lausitzer Platz 11. Bei schlechtem Wetter per Bahn.

4. Abt.: Am 27., abends 8 Uhr: Oderberg, am 28., 5 Uhr: Freienwalde, 1 Uhr: Ahrensfelde (Schneider): Start: Küstriner Platz.

5. Abt.: 3 Uhr: Frankfurt a. Oder. 5 Uhr: Steinfurt. 1 Uhr: Saatwinkel. Start: Elysium.

6. Abt.: 5 Uhr: Steinfurt. 12 Uhr: Bernau (Salzmann). Start: Oderberger Str. 28.

7. Abt.: 6, 10 und 12 Uhr: Gorinsee. Start: Schulstr. 29.

8. Abt.: Am 27., abends 8 Uhr: Plötzensee (Deutscher Kaiser), am 28., 2 Uhr: Saatwinkel. Start: Levetzowstraße 21.

9. Abt.: 8 Uhr: Hohenschöpping, 1½ Uhr: Hennigsdorf (Brose). Start: Schillingstraße 22.

Jugendliche Bundesgenossen: Badetour nach dem Blumenthalsee. Start: 6½ Uhr: Stralauer Brücke 3.

Agitationstour.

Tour wird am Sammelstart bekanntgegeben; derselbe ist 12 Uhr am Bahnhof Weißensee. Die Genossen werden dringend ersucht, sich an der Tour rege zu beteiligen.

Wegen der Generalversammlung findet die Zentralfahrwartssitzung am Freitag, den 9. August, statt.
Der Zentralfahrwart.

Reinickendorf.

1. Abt.: Tegelort. Start: 2 Uhr bei Lüning. 12/7

Tischler Otto Nickstedt,

geb. 1890 zu Magdeburg, wird ersucht, sich sofort zu melden (wegen Erbschaft). Antwort unter „Erbschaft“, Bennungen postlagernd. 205/15*

Heute

eröffne wieder meine

Gänse-Ausschlächterei
Frau M. Schöning,
Annenstr. 22.
25835

Saison-Ausverkauf!

Voranzeige für morgen

Wir bitten um Beachtung der Einkaufsvorteile bei den von morgen ab zum Ausverkauf gelangenden

Herren- und Jünglings-Anzügen

BaerSohn

Kleider-Werke ▫ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Str. 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenfrei!

Theater und Vergnügungen

Freitag, 26. Juli 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Von Meran zum Ortler.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürstenoper. Der Tanzanwalt.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller-Charlottenburg. Das Konzert.
Thalia. Autoliebchen.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Viktoria-Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Lessing. Vergnügungsreise.
Neues Schauspielhaus. Sylvester Schäfer. 1. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich m. b. H.
Neues Operetten. Parkettsitz Nr. 10.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Die Tragödie einer Ehe.
Folies Caprice. Parisiana-Ensemble.

Anfang 8½ Uhr.

Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater
Charlottenburg.

Das Konzert.

Lustspiel in 3 Akten von Herm. Bahr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Morgen und folgende Tage: **Das Konzert.**

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:

Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:

Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

ZOO
LOGISCHER GARTEN

Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Die Tragödie einer Ehe.
Anfang 8¼ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Apollo Theater

Letzte Tage!
Ab 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Clown Alf. Daniels
mit seinen Zirkuspäßen.
Ada Paginl
Kgl. Kammervirtuosin,
und **10 weitere gr. Attraktionen.**

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.

Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

IKLA

Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Solo. 25 Pf. **50 Pf.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Montag, den 29. Juli 1912:

:: Großes Kinder-Fest ::

in den Lokalen

Mentes „Volksgarten“, Lichtenberg, Röderstraße, Ludwigs „Viktoriagarten“, Am Treptower Park.

Kinderspiele mit Verteilung von Bonbons
Garten-Konzert und Tanz

Billett 20 Pf. 218/11* **Anfang 4 Uhr.**

Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon für Stocklaterne und Karussell gratis!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis

:: :: 16., 20., 21. und 22. Abteilung :: ::

Sonntag, den 28. Juli 1912:

Sommerfest

im Insel-Restaurant
(Inh.: Neumüller), Plötzensee, Seestraße

Mitwirkende:
Konzertorchester „Moabit“ (Zivilberufsmusiker)
Turner — Spezialitätenvorstellung
Auftreten des „Berliner Ulk-Trio“

In den Sälen:

GROSSER BALL

Teilnehmende Herren zahlen 50 Pf.
— Anfang 4 Uhr **Billett 25 Pfennig —**
Jedes Kind erhält zwei Bons, gültig für eine Karussellfahrt und eine Stocklaterne

231/2 **Das Komitee.**

Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen · Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsstück m. Tanz und Gesang in 5 Bildern.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Vom 16. Juli bis 1. August: **8 Glanznummern** und **„Die weiße Dame“**
Schwank mit Gesang.

LUNA PARK

Morgen Sonnabend: **Gala-Tag** mit **großem Riesen-Front-Feuerwerk** (Deichmann & Gallwitz).
Sonntag: Elite-Sonntag mit **Gala-Front-Feuerwerk.**

Reichshallen-Theater.

Gastspiel
der
berühmten Dresdener Victoria-Sänger.

Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7½ Uhr.

Admiralspalast

am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Heute **2 große Vorstellungen 2.**
Nachmittags und abends:
Das sensationelle Eisballett „Yvonne“. Willi Frick, der kleinste Eislaufkünstler.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Abfahrtstelle Schillingsbrücke
(am Schlesischen Bahnhof).

(Großer Ausnahmetag) **Morgen Sonnabend** (Großer Ausnahmetag)

fast umsonst nach Woltersdorfer Schleuse

Abfahrt: Früh 8, 9, 10 Uhr, mittags 2 Uhr. Jeder Dampfer mit Musik. Daselbst großes Garten-Konzert. **Hin und zurück 30 Pf., Kinder 10 Pf.**
Es ladet freundlichst ein **E. Schmitz.**

Vereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das

Restaurant Wald-Idyll

Schmöckwitz i. d. Mark.
Ausschank von Schultheiß-Bieren. — Anerkannt gute Küche.
Inh.: **Ernst Roack.** Telephon: Zeuthen 31.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.